

II.

Die Frühjahrsession des Reichstages 1884.

1. Das politische Andenken Laskers.

13. März 1884.

Am 4. Januar 1884 verstarb auf einer nach Nordamerika unternommenen Erholungsreise zu New-York der Abgeordnete Lasker. Während seine politischen Freunde in der Heimat sich anschickten, ihre Trauer durch geräuschvolle Feierlichkeiten, deren Spitze sich gegen die Regierung kehrte, an den Tag zu legen, sah sich auch das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten zu einer Beileidsresolution gemüßigt, in welcher dem Verstorbenen das Zeugnis ausgestellt ward, „daß seine feste und beharrliche Vertretung freier und liberaler Ideen die soziale, politische und wirtschaftliche Lage seines Volkes wesentlich gefördert habe“. Das Haus betraute den nordamerikanischen Gesandten in Berlin, Mr. Sargent, mit der Uebermittlung dieser Kundgebung an den deutschen Reichskanzler, damit der letztere sie weiter an den Reichstag befördere. Fürst Bismarck aber schickte die Resolution durch den kaiserlichen Gesandten Eisendecker in Washington an den amerikanischen Staatssekretär Frelinghuysen zurück, mit dem Ausdruck des Bedauerns, dem Wunsche des Repräsentantenhauses nicht willfahren zu können, da er nicht im stande sei, das in dem Schriftstück ausgesprochene

Urteil sich amtlich anzueignen und beim Kaiser zu vertreten. Die nordamerikanische Regierung fügte sich ohne weiteres, das Repräsentantenhaus nach einigen Debatten ebenfalls in das Geschehene. Mr. Sargent, der sich auch andere Taktlosigkeiten hatte zu schulden kommen lassen, ward bald darauf von seinem Berliner Gesandtschaftsposten abberufen.

Mittlerweile war am 6. März 1884 die vierte Session der fünften Legislaturperiode des Reichstages eröffnet worden. In der zweiten Sitzung, am 7., gedachte der Präsident v. Levekov in üblicher Weise der inzwischen verstorbenen Mitglieder, darunter „eines der parlamentischen Führer, den wir sonst immer an seinem Platze sahen“. Diese Gelegenheit benutzte der Abgeordnete Ricker, um, nachdem er „zur Geschäftsordnung“ das Wort erbeten, im Namen der zahlreichen Freunde Lasfers insbesondere dem Repräsentantenhause der Vereinigten Staaten für die bewiesene Teilnahme zu danken. Der Präsident erklärte diese Neußerung für nicht zur Geschäftsordnung gehörig, und der Abgeordnete Frh. v. Hammerstein protestierte dagegen namens der Rechten. Hieraus entspann sich eine weitere Geschäftsordnungsdebatte, in der die Abgeordneten Hänel und Richter, deren Fraktion, die Fortschrittspartei, sich soeben, am 5. März, mit den Sezessionisten, den Genossen Lasfers, zu einer einzigen Fraktion der „Deutschfreisinnigen“ verschmolzen hatte, das Auftreten Rickers lebhaft in Schutz nahmen. Abgeordneter Richter sprach dabei von einer „unbefugten Einmischung des Reichskanzlers“; eine Kritik, gegen die der Staatssekretär v. Bötticher sofort Verwahrung einlegte. Durch diese Vorgänge sah sich Fürst Bismarck, der am 12. März von Friedrichruh in der Hauptstadt eintraf, bewogen, in der vierten Sitzung, am 13., vor dem Eintritt in die Tagesordnung folgendermaßen das Wort zu ergreifen.

Ich halte es für meine Pflicht, bei meinem ersten Erscheinen in diesem Hause dem Reichstage die Gründe darzulegen, welche mich abgehalten haben, eine Mitteilung, die mir für den Reichstag von seiten des hiesigen Gesandten der Vereinigten Staaten zugegangen war, an Ihre Adresse gelangen zu lassen. Ich habe diese Pflicht zu erfüllen einmal als eine solche der Höflichkeit gegen

diese hohe Versammlung, indem ich hier die Gründe auseinandersetze, die mich bewogen hatten, eine an ihre Adresse gerichtete Mitteilung nicht zu befördern. Zweitens erfülle ich damit eine Pflicht meines Auswärtigen Amtes, indem ich feststelle, daß die Vorgänge, um die es sich handelt, weder als Wirkung noch als Ursache mit den freundschaftlichen Beziehungen, die uns mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika verbinden, in irgendwelchem Zusammenhange stehen.

Ich hätte zweifelhaft sein können, ob es noch opportun ist, nach den ausführlichen Debatten in der Presse, die über diesen Vorfall zum Teil voreilig stattgefunden haben, die Sache noch von neuem zu berühren, wenn ich nicht durch die Art, wie er hier vor einigen Tagen besprochen worden ist, genötigt würde, jeden Zweifel schwinden zu lassen.

Der Herr Abgeordnete Richter hat sich darüber beklagt, daß die Sache, ich weiß nicht wie, verdorben wäre durch eine unberufene oder unbefugte Einmischung des Reichskanzlers. Wenn das wahr wäre, so könnte das ja so aussehen, als wenn ich mutwilligerweise eine für keinen der Beteiligten angenehme und bequeme Amtshandlung vorgenommen hätte, die mir nicht zustand. Es könnte das in Amerika, wenn es wirklich so wäre, daß ich mich unberufen in die Sache gemischt hätte, den Eindruck machen, als wenn mir die Erhaltung unserer guten Beziehungen weniger am Herzen läge, als es in der That der Fall ist; und bei der Wichtigkeit der Stellung, die der Herr Abgeordnete Richter an der Spitze der zahlreichsten Fraktion dieses Hauses einnimmt, bei seiner langjährigen parlamentarischen Erfahrung, bei seiner genauen Kenntniss unserer verfassungs- und staatsrechtlichen

Zustände wird man im Auslande schwerlich annehmen, daß ein Mann von dieser Bedeutung sich oder andere getäuscht hätte, indem er meine Einmischung in die Sache eine unberufene nennt. Dieses Vorgehen also des Herrn Abgeordneten Richter legt mir die Notwendigkeit auf, auch wenn ich nicht wollte, das Wort zu ergreifen und über meine Stellung zur Sache mich auszusprechen.

Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die durch das Verhalten unserer oppositionellen Presse, durch Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Richter, kurz und gut durch Schritte, die nicht von mir abhängen, die aber absichtlich oder unabsichtlich die Wirkung haben, diesseits und jenseits des Ozeans Verstimmung hervorzurufen, mehr gefährdet werden, als durch mein Verhalten, diese Beziehungen sind so alt wie die Vereinigten Staaten. Bekanntlich war Friedrich der Große der erste Monarch in Europa, der den Vereinigten Staaten näher trat, und seitdem sind die guten Beziehungen zwischen Preußen und Amerika ein preußisches Erbteil geblieben, welches wir in das Reich mit eingebracht haben; und seitdem ich an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten von Preußen und Deutschland stehe, bin ich unausgesetzt bemüht gewesen, diese Beziehungen zu pflegen. Es war dies insbesondere der Fall im Anfange meiner ministeriellen Laufbahn, wo in Amerika bekanntlich der Sezessionskrieg zum Ausbruch kam, und wir den Versuchungen widerstanden haben, die uns von anderer Seite, von seiten anderer bedeutender Mächte, nahe traten, uns in diese inneren Streitigkeiten Amerikas zu mischen und auf den Zerfall des großen Reichs der Vereinigten Staaten zu spekulieren, indem wir die Südstaaten als kriegsführende Macht

anerkannt haben würden. Die Thatsache, daß wir uns jeder Mitwirkung geweigert haben, daß wir nicht ohne Verdienst darum sind, daß dergleichen Versuche thatsächlich unterblieben, hat nicht verfehlt, einen dauernd günstigen Eindruck in Amerika zu Gunsten einer Regierung hervorzurufen, die damals nicht für eine liberale, kaum für eine „freisinnige“ galt. Aber auch so lange ich nachher Minister gewesen bin, habe ich wahrnehmen können, daß unsere Beziehungen zu Amerika immer vortreffliche waren. Nach den großen Kriegen von 1866 und 1870 habe ich vielfache Beweise von Sympathien von dort bekommen, nicht nur für Preußen, für die Entwicklung Deutschlands im allgemeinen und nicht nur von den Deutschen dort, sondern auch für meine Person und meine Politik viele schmeichelhafte Beweise von Wohlwollen. Und bekannt ist, daß beispielsweise im französischen Kriege die deutschen Interessen durch die amerikanische Gesandtschaft in Paris vertreten wurden, mit viel Erfolg und mit vieler Wärme vertreten wurden. Ich kann also wohl sagen, daß vom Anfange meines Ministeriums bis auf den heutigen Tag nichts geschehen ist, um die gegenseitigen Beziehungen zu trüben, und daß ich ihnen noch heute dieselbe Kraft und Innigkeit zuschreibe, die ich bei meinem Amtsantritt vorgefunden habe, und daß diese Vorgänge, über die ich augenblicklich spreche, ganz ohne Einfluß darauf sind und bleiben werden.

Ich habe in der Annahme der sogenannten Caserschen Resolution von seiten des amerikanischen Repräsentantenhauses von Hause aus nichts anderes gesehen, als einen Ausdruck des Wohlwollens der Amerikaner für Deutschland, und zwar eines von mir seit lange ge-

pflegten und beförderten Wohlwollens, welches nur für oppositionelle Zwecke durch private Einwirkungen, auf die ich nicht zurückkommen will, utlisiert worden ist gegen mich oder hat utlisiert werden wollen gegen mich. Die günstige Meinung, die in Amerika für Deutschland vorhanden war, hat man benutzt, um eine Resolution in ihrer Totalität zum Antrage zu bringen, deren Einzelheiten sich der genauen Prüfung entzogen.

Nun würde ich diese Resolution ja ohne weiteres an den Reichstag befördert haben, und ohne mich auf die prinzipielle Erörterung der Frage einzulassen, ob Kommunikationen von Parlament zu Parlament völkerrechtlich ohne direkte oder indirekte Vermittlung des beiderseitigen Staatsoberhauptes überhaupt thunlich sind, würde ich Amerika gegenüber das Völkerrecht nicht so auf die Waagschale gelegt haben. Daran hinderte mich indessen eine Wendung, die in dieser Resolution enthalten war, die sich nicht auf den allgemeinen Ausdruck der Sympathien für die Person des Verstorbenen oder für Deutschland beschränkte, sondern die Ueberzeugung aussprach, daß die politische Thätigkeit des Verstorbenen eine für Deutschland nützliche gewesen sei — ich werde darauf zurückkommen. — Diese Klausel müßte jemand, der die Verhältnisse nicht näher kannte, hüben und drüben leicht für einen berechneten und beabsichtigten Stich auf die Regierungspolitik, die deutsche, ansehen, so wie ich sie nach den Befehlen des Kaisers seit Jahren vertreten habe, und so wie sie der Herr Abgeordnete Lasfer seit Jahren bekämpft hat. Hatte Lasfer Recht, hat seine Politik wirklich für Deutschland den Nutzen gestiftet, der ihm in jenen Worten beigelegt wurde, dann hatte die Politik des Kaisers und die meinige Unrecht, denn ich

hatte von Lasfer nicht Förderung meiner Politik, sondern Opposition von Anfang an gefunden; — (Widerspruch links) ich werde auf diesen Punkt zurückkommen.

Ich habe nur die Gegenwart ins Auge zu fassen, und da mache ich darauf aufmerksam, daß der Abgeordnete Lasfer Mitglied derjenigen Fraktion war, deren Existenzunterlage, so lange sie selbständig vorhanden war, nur die gemeinsame Abneigung gegen mich und die von mir vertretene kaiserliche Politik war. Positive Bindemittel hatten die Herren nicht; une haine commune, wie man in Frankreich sagt, war das einzige positive Bindemittel. Sie werden niemand einreden, daß die sezeßionistische Fraktion nicht eine Oppositionspartei *κατ' ἐξοχήν* unter allen Umständen gewesen ist. Indessen ich wiederhole, man hat in Amerika wahrscheinlich nichts Näheres über die politische Stellung und die Thätigkeit des Abgeordneten Lasfer gewußt. Jeder von uns ist ja in der Lage, die Richtigkeit dieser meiner Ansicht zu prüfen, wenn er sich fragt, wie viel Abgeordnete des amerikanischen Repräsentantenhauses er seinerseits im stande wäre zu nennen, viel weniger ihre Parteistellung und ihre Verdienste und Leistungen zu qualifizieren. Nun sind wir Deutsche aber ein Volk, welches sich viel mehr um das Ausland bekümmert, als das Ausland um uns. Wenn wir also einräumen müssen, daß wir außer stande wären, wenn plötzlich hier ein Antrag käme, über irgend einen verstorbenen Abgeordneten, vielleicht Dchiltree, uns ein Urtheil zu bilden: wie viele würden dann in der Lage sein, zu wissen, was er ist, und wie viele würden im stande sein, der Behauptung, daß er sich um Amerika Verdienste erworben habe, irgendwie mit begründeten Unterlagen widersprechen zu können? Also ich nehme den

Amerikanern dies in keiner Weise übel und habe nie daran geglaubt, daß irgend ein Stich, eine Malice gegen mich und die kaiserliche Politik, daß der Tadel des Kaisers und seiner Politik, der objektiv darin liegt, von irgend einem Amerikaner je beabsichtigt worden wäre; sie haben eben nicht gewußt, wer und was Herr Lasker war. Ich beklage mich also nicht — oder vielmehr ich hätte, wenn es sich bloß um meine Auffassung der auswärtigen Politik handelte und der Beziehungen zu Amerika, von dieser ganzen Sache gar keine Notiz genommen.

Nun kam aber dazu, daß die Parteigenossen des verstorbenen Abgeordneten Lasker zu derselben Zeit das Privilegium, welches ihnen die Stellung am Grabe eines Freundes gab, in einer so maßlosen Weise in der Presse ausbeuteten unter Umständen, wo ein Widerspruch, eine Kritik dem tief in unseren Herzen stehenden „de mortuis nil nisi bene“ widersprach — das haben sie ausgenutzt in einer wucherischen Weise (Unruhe links und Rufe: Pfui!) um nun auch, wo . . . — Meine Herren (nach links), wer da „Pfui“ sagt, beleidigt mich in einer — ich will es nicht anders charakterisieren, wie unhöflichen Weise. Er wird vielleicht auch die Freundlichkeit haben, sich zu nennen, sonst rufe ich gegen ihn das Pfui der Verachtung, die mich gegen jeden anonymen Beschimpfer beseelt. (Bravo! rechts.) „Pfui!“ hätten Sie sagen sollen, wie Sie am Grabe des Verstorbenen Politik getrieben haben. (Bewegung.)

Das politische Vermögen, das der Abgeordnete Lasker hinterließ, kam ja notwendig seinen Parteigenossen — ich spreche natürlich nicht von den Anwesenden hier — zu gute. Dieses Vermögen also nach Möglichkeit zu vergrößern, aufzubauschen, das war ein ganz natürliches

Bestreben; nur hätte ich es gern gesehen, wenn einiges Maß und Ziel darin beobachtet worden wäre. Nachdem das nicht geschehen war, mußte ich diesem Satz der Anerkennung des Herrn Lasfer meine Aufmerksamkeit zuwenden, denn ich konnte unmöglich zugeben, daß man mich, den Reichskanzler, vor den Triumphwagen der Opposition einspannte und von dort aus dem Kaiser sagte: Deine Politik ist fehlerhaft gewesen, wir haben hier das Zeugnis einer großen parlamentarischen Versammlung, und Dein Kanzler ist genötigt gewesen, sein Visa darunter zu setzen und es uns einzuhändigen.

Nun bin ich ja nicht in der Lage, auch nur das Accreditiv von der Hand des befreundetsten Monarchen dem Kaiser vorzulegen, ohne daß ich eine copia vidimata oder copie figurée, will ich lieber sagen — davon habe und mich von dem Inhalt überzeuge, ob ich es vorlegen kann. Wie kann man mir also zumuten, daß ich einen solchen feierlichen Akt, wie einen Parlamentsbeschluß, dem hiesigen Parlament im Namen des Kaisers ungelesen mitteilen soll? — denn ich kann Ihnen nur im Namen des Kaisers Mitteilungen machen; ich bin Beamter des Kaisers, und ohne dessen vorausgesetzte stillschweigende oder ausdrückliche Genehmigung kann ich überhaupt nicht zu Ihnen reden. Daß ich also einen solchen Akt mit meinem Visa versehen soll, der eine Kritik der Politik des Kaisers enthält, ja, daß ich das hätte thun sollen, scheint eigentlich in der Aeußerung des Herrn Abgeordneten Richter zu liegen, wenn er sagt, ich hätte mich „unberufen eingemischt“. Der Hergang, daß ich eine amtliche Mitteilung bekommen habe, daß ich mich geweigert habe, sie ihres Inhalts wegen amtlich weiter zu befördern, kann ihm doch nicht entgangen sein. Er

stellt mich als Kanzler des Reichs mit dem Briefträger in eine Kategorie, der nicht das Recht hat, eine Postkarte zu lesen und sich ein Urteil darüber zu bilden, was darin steht, ob er sie auch bestellen kann. Anders kann ich mir die „unbefugte Einmischung“ nicht erklären. Ich bin allerdings als Reichskanzler auch der höchste Beamte der Reichspost, aber ich möchte dem Herrn Abgeordneten Richter doch empfehlen, sich den Unterschied zwischen dem Reichskanzler und dem Briefträger klar zu machen und nicht die Ansichten des Auslandes zu verwirren über das, was der Reichskanzler hätte thun können und müssen, fehlerhafte Vorstellungen zu verbreiten, die, wenn nicht darauf berechnet, doch sehr geeignet sind, das Ausland gegen uns zu verstimmen und im Auslande Hilfe zu suchen für innere Parteibestrebungen, die keine Chance haben, wenn sie nicht fremde Unterstützung finden. (Bravo! rechts.)

Herr Lasker hat bei seiner Ankunft in Amerika sofort eine Stellung genommen, die mir in Berichten gemeldet wurde, und die auch meine Aufmerksamkeit auf den Wortlaut der Resolution ziehen mußte.

Ich habe aus all den Berichten mit den Belägen von Zeitungen und Zeitungsausschnitten dazu mir nur eins ausschneiden lassen, welches lautet:

Gleich bei der ersten Interview mit Reportern bei seiner Landung führte er sich als den Vorkämpfer der Freiheit in Deutschland gegen die freiheitsfeindlichen Mächte ein, welche, — so hieß es wörtlich in den Berichten über diese Interview, die durch alle Zeitungen Amerikas gingen —
— groß gedruckt! —
„wie der Kaiser und der Reichskanzler,

der politischen Entwicklung Deutschlands im Wege ständen“.

Haben also der Kaiser und meine Wenigkeit der politischen Entwicklung in Deutschland im Wege gestanden, so kann ich noch weniger mich zum Briefträger eines Schreibens machen, in dem die Politik dieses Oppositionsmitgliedes, das sich so geäußert hat, verherrlicht wird, nachdem das bereits hier im Uebermaß geschehen war.

In einer anderen Interview in Galveston äußerte er sich folgendermaßen:

Ich glaubte, es sei notwendig, eine entschiedenere und allgemeinere Opposition gegen Bismarck einzuleiten, der damals die reaktionäre Politik wieder aufnahm, und welche ihren höchsten Ausdruck in der Besteuerung der notwendigsten Lebensmittel fand.

Er hat sich außerdem noch bei anderen Gelegenheiten als Redner über unsere Zollpolitik und Gesundheitsmaßregeln in einer Weise ausgesprochen, als wenn er die Sache in Ordnung bringen würde, wenn er nur erst wieder zurück wäre.

Das alles mußte mich natürlich veranlassen, auf die Klausel, die zu meinem Bedauern in die Resolution eingeschaltet war, ein größeres Gewicht zu legen, als ich sonst darauf gelegt haben würde.

Ich hatte nicht erwartet, daß irgend jemand in Amerika über diese Lage der Dinge Bescheid wußte; aber ich hatte wohl darauf gerechnet, daß der hiesige Vertreter der nordamerikanischen Freistaaten mit unseren inneren Verhältnissen und der Geschichte der letzten Jahre hinreichend vertraut gewesen wäre, oder daß die Berater,

die er innerhalb der Parteigenossen des verstorbenen Lasker gehabt hat, aufrichtig genug gewesen wären, um ihn dazu zu veranlassen, daß er vielleicht eine vertrauliche Besprechung erst über diese Mitteilung gesucht hätte. Es ist das aber nicht der Fall gewesen. Mir blieb also nichts anderes übrig, als in höflicher Weise die mir zugedachte Briefträgerrolle abzulehnen. Ich habe dies, wie ich schon bemerkte, absichtlich unter Vermeidung jeder Erörterung völkerrechtlicher Prinzipien gethan und ohne Bezugnahme auf den republikanischen Gedanken, der in einigen unserer revolutionären Blätter vertreten gewesen ist, daß man leider den richtigen Modus des Völkerverkehrs von Parlament zu Parlament noch nicht entdeckt hätte — Sie werden ihn auch schwerlich entdecken: auch wenn Sie sich auf die Stellung des französischen Konvents zurückziehen, so werden Sie doch nicht dazu im stande sein. Man sieht daraus, was in allen diesen Kreisen, die in der Presse wirken, für utopische und für die Ruhe des menschlichen Geschlechts im höchsten Grade bedenkliche Anschauungen von Völkerrecht und Staatsrecht spuken. So lange ich im stande bin, meinen Mund in hörbarer Weise zu öffnen, werden Sie mich auch am Platze finden, zu kämpfen gegen eine durch und durch revolutionäre Auffassung von Völkerrecht. (Bravo! rechts.)

Ich habe deshalb in einem, wie ich glaube, höflichen Schreiben unseren Gesandten in Amerika instruiert, zu erklären, daß ich wegen dieses bedauerlichen Zusazes nicht in der Möglichkeit wäre, die Resolution zu übergeben. Dieses Schreiben ist in unserer Presse systematisch totgeschwiegen; es paßte nicht in den Charakter, den man mir gegeben hat, in das Zeugnis, was man mir

Amerika gegenüber ausgestellt hat, daß ich die Sache mit Wohlwollen Amerika gegenüber behandelt habe: man mußte jede Veröffentlichung unterdrücken, die sich der Behauptung entgegenstellte, ich hätte „uns eine schöne Suppe eingebrockt, die müßten wir nun ausessen,“ — sagte irgend ein revolutionäres Blatt.

Ich habe also damals geschrieben — ich lasse den Eingang weg —:

Jede Anerkennung, welche die persönlichen Eigenschaften eines Deutschen im Auslande finden, kann für unser Nationalgefühl nur erfreulich sein, insbesondere, wenn sie von einer so hervorragenden Körperschaft ausgeht, wie das amerikanische Repräsentantenhaus —

wobei ich erwähne, daß die Manifestation nicht vom amerikanischen Kongreß, sondern vom Repräsentantenhaus allein ausging —.

Ich würde deshalb die Mitteilung des Herrn Sargent dankbar entgegengenommen und Seine Majestät den Kaiser um Ermächtigung zur Vorlage derselben an den Reichstag gebeten haben, wenn nicht die Resolution vom 9. v. Mts. zugleich ein Urteil über die Richtung und die Wirkungen der politischen Thätigkeit des Abgeordneten Lasfer enthielte, welches mit meiner Ueberzeugung im Widerspruch steht.

Es heißt in der Resolution mit Bezug auf den Verstorbenen,

— ich habe den englischen Text beibehalten, weil er schwer zu übersetzen ist —

daß „his firm and constant exposition of free and liberal ideas have materially advanced

the social, political and economic condition of those people“.

— Das sind wir nämlich. (Heiterkeit.)

Nach meiner Kenntnis des Herganges der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Volkes kann ich dieses Urteil nicht als ein solches ansehen, welches den von mir erlebten Thatsachen entspricht. Ich würde nicht wagen, mein eigenes Urteil dem einer so erlauchten Körperschaft, wie das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten, gegenüberzustellen, wenn ich nicht bezüglich der inneren Politik Deutschlands durch eine mehr als 30jährige aktive Beteiligung an derselben eine Erfahrung gewonnen hätte, die mich ermutigt, auch meinem Urteil innerhalb dieses Gebietes eine gewisse Kompetenz beizulegen.

Ich kann mich nicht entschließen, bei Seiner Majestät dem Kaiser die nötige Ermächtigung zur Mitteilung der Resolution des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten an den deutschen Reichstag zu beantragen, weil ich dazu ein Urteil mir amtlich aneignen und bei Sr. Majestät vertreten müßte, welches ich als zutreffend nicht zu erkennen vermag.

Ich habe also nur aus dem Gesichtspunkte unserer inneren Politik die Sache abgelehnt, keinesfalls aus einem Gefühle innerer Kränkung, die ich etwa glaubte von Amerika empfangen zu haben, und die ich glaubte erwidern zu müssen. Ich halte mich in der That in der deutschen Politik und darüber, ob ein Abgeordneter uns geholfen, ob er dabei mitgewirkt oder gehindert hat, das deutsche Reich auf seine Füße zu stellen, für einen zweifel-

Los kompetenten Zeugen, und mein Zeugnis gebe ich dahin ab, daß die nationalliberale Fraktion, der der Abgeordnete Lasfer angehörte, die Bemühungen der verbündeten Regierungen, das Reich auf sichere Basen hinzustellen, wesentlich gefördert hat, daß ich dieser Fraktion als einem Ganzen für ihre Hilfe, die sie mir besonders in einer Zeit geleistet hat, wo mich die Fraktion, der ich ursprünglich, ehe ich Minister wurde, angehört hatte, vollständig im Stiche gelassen hat — daß ich ihr dafür stets dankbar geblieben bin und dankbar bleiben werde. Es fragt sich nur: wie stand der Abgeordnete Lasfer in und zu der nationalliberalen Fraktion, der ich diesen Dank ausspreche, und der ich alles Gedeihen für die Zukunft wünsche? Er hat jede Unterstützung, die die Regierung und ich als Kanzler von dieser Fraktion erwarten konnte, nach Möglichkeit abgeschwächt, verwässert, sozusagen die Suppe versalzen, — die Sache, wenn er sie unterstützte, nach einer anderen Seite hinübergeschoben, wo sie weniger nützlich, weniger annehmbar war. Ich erinnere diejenigen, die zugegen waren, an die Beratung über die Verfassung, namentlich über das ganze Justizwesen, wo ja keine Regierungsvorlage angenommen werden konnte, wenn nicht der Stempel Lasfer darauf gesetzt war, und der war nur unter Bedingungen zu haben, die die Sache nach meiner Meinung verschlechterten. Aber er hat diese Fraktion, die einzige, die je einen Anlauf genommen hat, eine Majoritätsfraktion zu werden (sie hatte, glaube ich, 180 Mitglieder), das zu werden, was uns fehlt, — sie könnte von links oder von rechts kommen, es wäre jede Art der Einheitlichkeit besser, als die Zerrissenheit unseres Fraktionswesens — die einzige Möglichkeit, die einzige Annäherung, die an ein solches Ziel gemacht ist, hat der Abgeordnete

Lasker dadurch zerstört, daß er zuerst durch seinen Einfluß gegen meinen politischen und persönlichen Freund Herrn von Bennigsen es dazu gebracht hat, daß der rechte Flügel der nationalliberalen Partei unter der Gruppe Schauß-Völk zum Austritt gezwungen wurde; er konnte nicht aufkommen gegen die überlegene, aber verderbliche Beredsamkeit des Kollegen Lasker in der Fraktion. Demnächst ist letzterer nach Möglichkeit bemüht gewesen, die verkleinerte Fraktion nach links hinüberschieben und in ihrem alten fortschrittlichen Bett wieder unterzubringen, von dem sie abgeleitet war, und es ist eine gewisse Ironie des Schicksals, daß das erst nach seinem Tode den Ueberresten seiner Getreuen gelungen ist. Aber er ist dann, nachdem es ihm nicht gelang, die ganze Fraktion nach links hinüberzuziehen, zu dieser Sezession, in der die letzte Schwächung der nationalliberalen Partei gefunden werden konnte, übergegangen, er hat die Brücke damit betreten, die schließlich auf das fortschrittliche Ufer die früheren fortschrittlichen Mitglieder aus der Konfliktzeit her wieder zurückgeführt hat.

Dafür soll ich dem Herrn dankbar sein? oder soll mich zum Organ seines Lobes amtlich machen? Wenn auch alles übrige, so würde ich schon dies nicht verzeihen können. Das „de mortuis nil nisi bene“ hört hier auf; wo es sich um die Interessen unseres Landes und um die Rechtfertigung unserer Politik handelt, da kann ich mich nicht dem Zwange fügen, daß ich hier einer unhöflichen Ausrufung ausgesetzt sein sollte, sobald ich meine Ueberzeugung ausspreche. Ich habe so gut wie jeder andere Preuße im Lande das Recht, meine Meinung durch Druck, Schrift und Bild zu vervielfältigen und kundzugeben, und glaube, daß ich namentlich von der

καὶ ἐξοχῆν „freisinnigen“ Partei eine achtungsvolle Berücksichtigung dieses meines preußischen Grundrechtes in diesen Räumen beanspruchen darf, und ich bemerke das auf die Töne, die meine Worte begleiteten, wie ich zum erstenmal davon sprach, daß ich dem Abgeordneten Lasfer keinen Dank schuldig bin, daß ich der national-liberalen Fraktion diesen Dank schuldig zu sein glaube, und daß ich ihm hauptsächlich die Schuld der Entfremdung gebe, die im Jahre 1878, gerade da, als ich mit Herrn von Bennigsen in Unterhandlung war über seinen Eintritt in das Ministerium, stattgefunden hat; diese Entfremdung sehe ich hauptsächlich als das Werk des früheren Abgeordneten Lasfer und seiner näheren Freunde an. Auch die ganze Bekämpfung unserer wirtschaftlichen, kurz und gut unserer gesamten Politik ist sein Werk gewesen, und Sie werden nicht verlangen, daß ich mich ruhig an den Triumphwagen eines Verstorbenen anspannen lassen soll, der mir das Leben in dem Wenigen, was ich für Deutschland habe thun können, saurer gemacht hat, als irgend ein anderer.

Ich war Ihnen und namentlich unseren auswärtigen Beziehungen diese Auseinandersetzung schuldig. Ich hatte darauf gerechnet, über diese Frage, wie die Zeitungen das in Aussicht gestellt hatten, interpelliert zu werden, und hatte mich darauf gefreut, ungezwungen Gelegenheit zu haben, um mich über die Motive auszusprechen, die omni exceptione majoris den Satz beweisen, daß zwischen uns und Amerika dies weder das Ergebnis irgend einer Verstimmung noch eine Ursache zur Verstimmung sein kann, und daß mein Wunsch und meine Bestrebungen, die intimen Beziehungen zwischen diesen beiden seit hundert Jahren befreundeten Nationen aufrecht zu erhalten,

dieselben sind vorher wie nachher. Nur ein Mißbrauch ist es, der mit diesem unter exceptionellen Umständen stattgehabten Zwischenfall getrieben worden ist, und der seinen Gipfel in dem Versuch fand, mich selbst zum Boten eines Desaveus meiner eigenen Politik zu machen, ja mich dem Kaiser gegenüber in eine Stellung zu bringen, wo Seine Majestät hätte sagen müssen: wie können Sie ungelesen so etwas weiter befördern? hat Lasker diese Verdienste gehabt, — so würde Seine Majestät sagen, — dann haben Sie und Ich selbst den Fehler begangen, diesen Mann nicht längst in die Regierung zu berufen, anstatt seine Opposition zu bekämpfen. Es werden viele von Ihnen sein, die sich dessen erinnern, daß die Uebereinstimmung zwischen Lasker und mir, wenn je vorhanden, doch fast ausnahmslos in dem Zustande der Trübung sich befunden hat, und daß zwischen jener Stelle, wo er saß, und dieser hier, wo ich stehe, häufiger, als mir lieb ist, die unfreundlichsten Reden von beiden Seiten gewechselt sind, kurz, daß er Oppositionsmitglied *κατ' ἐξοχήν* war, und ich kann nur die Versicherung geben, daß, wenn in einem fremden Lande ein Oppositionsmitglied einmal stirbt, ich mich vorher sicher erkundigen werde: wie steht es zur Regierung? und wenn etwa bei uns das Herrenhaus beispielsweise seine Sympathien kundgeben wollte über den Tod eines konservativen Oppositionsmitgliedes gegen das heutige Ministerium in England, so würde ich sicherlich nicht den deutschen Botschafter in England beauftragen, den Minister Gladstone zu ersuchen, er möchte das Lob dieses Gegners dem dortigen Parlamente amtlich kundgeben. Daß hier Aehnliches geschehen ist, ist, wie gesagt, nicht die Schuld des amerikanischen Repräsentantenhauses, von dem ich

nichts anderes annehme, als daß es ein Wohlwollen für Deutschland zum Ausdruck bringen wollte, über dessen herzliche Erwiderung unferseitig ich keinen Zweifel zu lassen wünschte, und hauptsächlich deshalb habe ich diese Worte gesprochen. (Bravo! rechts.)

Abgeordneter Hänel entgegnete in einer empfindsamen Rede, aus der nur hervorzuheben ist, daß er wider die „gänzlich unbeglaubigten amerikanischen Interviewer“, auf deren Aussage sich der Reichskanzler berufen, das Zeugnis Paul Lindaus in einem Feuilleton der Nationalzeitung ins Feld führte, dem zufolge Lasfer sich jenseit des Ozeans auch einmal freundlicher über Bismarck ausgesprochen. Uebrigens stimmte er dem Tadel der „utopischen Anschauung“ lebhaft bei, als sei ein Völkerverkehr von Parlament zu Parlament rechtlich statthast, verwandelte jedoch dabei ungenau den vom Reichskanzler gewählten Ausdruck „utopisch“ in „verrückt“. Die übrigen in Betracht kommenden Wendungen seiner Rede erhellen unmittelbar aus der nachstehenden Replik des Fürsten Bismarck:

Der Herr Abgeordnete hat die Motivierung meiner Ablehnung eine schwache genannt. Nun, meine Herren, jedermann gibt, was er hat, und ein Schelm, der mehr gibt. Ich will dem Herrn Abgeordneten das Kompliment nicht erwidern, ich will im Gegenteil ihm gerne einräumen, daß seine Erwiderung eine ganz außerordentlich durchschlagende und treffende gewesen ist, (hört! hört! links; Heiterkeit rechts) und das wird sich ja auch in der Deffentlichkeit gewiß zeigen, er hat alles widerlegt, was ich gesagt habe. Ich bin einmal schwach und muß um Ihre Nachsicht und um die Nachsicht des Herrn Abgeordneten bitten. Vielleicht ist das alles Irrtum, daß der Herr Abgeordnete Lasfer der Opposition angehört hat, daß er mit mir schwere Kämpfe gehabt hat, daß er die Politik des Kaisers nicht gebilligt hat. Viel-

leicht habe ich mich darüber getäuscht. Verläßt mich da vielleicht mein Gedächtnis? Ich berufe mich auf das der Versammlung. Wenn aber der Herr Abgeordnete sagt, ich hätte ein Totengericht über Lasfer hier aufgerufen, so ist das doch eine Uebertreibung, die eigentlich gar nicht hierher gehört, wo wir nüchtern die Geschäfte behandeln. Ich habe das nicht aufgerufen, sondern diejenigen, die den toten Lasfer mir gegenüber ausgespielt haben. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich bin ein Christ, aber doch als Reichskanzler nicht so, daß, wenn ich eine Ohrfeige auf die eine Backe bekomme, ich die andere hinhalte und sage: ist dir nicht die zweite gefällig? Wenn man mich angreift, so wehre ich mich; aber das ehrliche Recht der Selbstverteidigung bei dem ersten Beamten des Reichs, wenn er in seiner Politik mit gewandten aber nicht ganz ritterlichen Waffen angegriffen wird auf diese Weise, indem die Toten gegen ihn ins Feld geführt werden und Zeugnisse des Auslandes gegen seine inländische Politik aufgeführt werden, — wenn man das als die Herausforderung eines Totengerichts, wenn man das als eine Art von unmenschlicher Rücksichtslosigkeit auf Grab und Tod hier bezeichnen will: ja, meine Herren, dann sehe ich gar nicht ein, wozu ich hier nötig bin. Ich bin hier, um die Geschäfte zu besprechen, aber nicht um Sentimentalitäten auszutauschen. (Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat bedauert und mir gewissermaßen vorgeworfen, daß ich in meiner Herzeshärtigkeit für die Anhänglichkeit des Abgeordneten Lasfer gar keinen Sinn gehabt hätte und keine Erwiderung des Dankes. Meine Herren, für eine solche Anhänglichkeit danke ich, die mich öffentlich lobt und anerkennt,

um dem Tadel und der Opposition gegen mich einen nur um so stärkeren Nachdruck zu geben, indem man sagt: ich bin ja gar nicht der Feind dieses Mannes, ich bin sein Freund, ich bin gar nicht blind für seine guten Eigenschaften, aber so übel wie er sich aufführt, da muß selbst ich, sein Freund gegen ihn auftreten; wenn ich sein Feind wäre, so wäre mein Zeugnis verdächtig, aber weil ich sein Freund und Anhänger bin, so wird meine Opposition viel mehr Gewicht haben. Das war die Politik, die wir von der Seite hier auch erlebt haben; man getraute sich noch nicht, sich offen von mir loszusagen; es wurde auch bei den Wahlreden immer eine gewisse Anhänglichkeit und Freundschaft mit mir zur Schau gestellt. Das Publikum war früher noch nicht reif, in eine Verurteilung meiner Persönlichkeit so vollständig einzustimmen, wie bei den letzten Wahlen; deshalb bedurfte man noch des Scheines, als wenn man mit mir befreundet wäre. Aber das konnte doch höchstens den Vorwurf, den ich Lasker nie gemacht habe, den Vorwurf der Doppelzüngigkeit, gegen ihn involvieren, und von dem spreche ich ihn ganz frei; er hatte nur je nach seiner Impressionabilität nicht mehr am Donnerstag denselben Eindruck wie am Montag, und wenn er gefragt wurde und seine Meinung gehört wurde, so sah er die Sache günstiger an, als wenn er nicht gefragt wurde; er war impressionabel im höchsten Grade und deshalb nicht immer gleich. Aber daß ich mich daran kehren sollte, deshalb meine eigene politische Ehre und Würde in die Schanze schlagen sollte, weil der verstorbene Lasker unter Umständen nach dem Zeugnis von Paul Lindau von Anhänglichkeit zu mir gesprochen hat, — da verkennen Sie den Ernst der politischen Stellung, die ich einnehme;

mit solchen Einwendungen kommen Sie mir nicht! Prinzipiell war er mein Freund, thatsächlich mein Gegner; eins schloß das andere nicht aus; er hat mich gelobt, aber bekämpft, und wenn mich einer unter den größten Lobeserhebungen auf der politischen Mensur über den Haufen sticht, so kann ich ihm natürlich nicht dankbar sein. (Heiterkeit rechts.)

Sodann hat der Herr Abgeordnete — und da habe ich seine sonst so schlagende Hermeneutik der Entwicklung der Ideen vermißt — er hat mir vorgeworfen, daß ich das selbst gesagt hätte: wenn es sich nur um eine Beileidsbezeugung gehandelt hätte, also um das rein Menschliche, dann würde ich gar nichts gethan haben. Das wäre aber gerade der Fall. Daß zufällig noch mit ein paar Worten eine scharfe Kritik meiner und der kaiserlichen, der Regierungspolitik, interpoliert war, das ändere ja an dem allgemein Menschlichen, an dem rein Menschlichen gar nichts. Für den Herrn Abgeordneten mag die Politik, die Opposition, die Verurteilung des Gegners zu den Erfordernissen des „allgemein Menschlichen“ und des „Herzens“ gehören; ich habe dieses Gebiet der Gemütlichkeit so weit nicht ausgedehnt; gerade das Künstliche dieses Zusatzes, eingeflochten in die Beileidsbezeugung, das gab ihr ja erst die politische Bedeutung. Der Herr Abgeordnete scheint mir nicht mit der Aufmerksamkeit, mit der ich ihm zugehört habe, meiner Verlesung zugehört zu haben. Darauf habe ich ja gerade gesagt, ich würde gar kein Bedenken tragen, wenn dieser über das rein Menschliche hinausgehende politische Zusatz nicht gewesen wäre, der für meine hiesige politische Stellung, für die Politik und für die Interessen des Reichs nachtheilig ist, wenn ich ihn ohne Kritik gehen lasse.

Der Herr Abgeordnete hat mir in demselben tragischen Tone vorgeworfen, daß ich dem Toten Lästerei — oder ich weiß nicht was — nachrufe. Das ist ja gar nicht der Fall, — man hat den Toten zitiert gegen mich und hat ihn reden lassen; Sie haben Spiritismus gespielt mit Laster, mir gegenüber zitiert, als wenn er redete; und wenn Sie glauben, daß Sie mir durch den Mund des Toten alle möglichen Injurien sagen können, ohne daß ich darauf reagiere, so irren Sie sich; mögen Sie in eigener Person sprechen, oder den toten Freund gegen mich reden lassen, das ist mir völlig einerlei.

Der Herr Abgeordnete hat ferner den Gedanken, daß ein Volk mit dem andern von Parlament zu Parlament in politischen Verkehr treten könne, als einen „verrückten“ bezeichnet. Ich habe mich so stark nicht ausdrücken wollen, weil ich mir nicht ganz klar war, ob nicht bei den ganz zweifellosen Aeußerungen, die ich darüber in der Presse gelesen habe, irgend jemand beteiligt sein könnte, den mit einem so harten Worte zu kränken mir meine amtliche Stellung verbietet; aber ich erinnere mich noch sehr genau — und alle die Herren, die hier sitzen, werden es gelesen haben —, daß in Berliner Blättern, die keiner anderen Partei als der fortschrittlichen angehört haben können, die Klage darüber stand, daß die richtigen Mittel des Völkerverkehrs von Parlament zu Parlament noch nicht gefunden wären, — habe ich mich darin getäuscht? hat mich auch darin mein Gedächtnis verlassen? — Wenn der Herr Abgeordnete aber dieses zugeben muß, dann bitte ich, daß er in seinem Namen die „verrückten“ Zeitungen, die das geschrieben haben, desavouiert. — Ich bin im stande, sie vorzulegen, nur im Augenblick nicht. — Man hat über die Sache seit

vierzehn Tagen eine ganz andere Anschauung bekommen. Meine Hoffnung, daß Sie die Sache in Form einer Interpellation zur Sprache bringen werden, hat sich nicht verwirklicht, weil Sie sich überzeugt haben, daß eine unpatriotische Presse wieder einmal viel zu früh Lärm geschlagen; und wer hindert den Herrn Abgeordneten, der mir den Vorwurf macht, daß ich dem amerikanischen Repräsentantenhause den Dank verkümmern wollte, — das kann ich nicht, — heute noch mit seiner zahlreichen Klientel von 110 Freunden den Antrag zu stellen auf Beschlußfassung einer Dankadresse? Stellen doch Sie das zur Diskussion, aber verlangen Sie nicht von mir, daß ich das thue! Sie kennen ja die ganze Sache.

Ich habe auf die Bemerkung des Herrn Abgeordneten erwidert, was mir der Augenblick eingab, und was mir meine immer noch nicht vollständig hergestellte Kraft erlaubt. Wenn ich aber auch hierbei wiederum schwach gewesen bin, so bitte ich den Herrn Abgeordneten um seine Nachsicht, und es würde jedenfalls liebenswürdiger von ihm sein, wenn er mir diese Schwäche nicht so vor versammeltem Kriegsvolke vorwerfen würde. (Bravo! rechts.)

2. Letzter Kampf für das Unfallversicherungsgesetz.

15. März 1884.

Für ein Gesetz über die Unfallversicherung der Arbeiter — einen der wesentlichsten Bestandteile seines sozialpolitischen Reformprogramms — war der Reichskanzler am 2. April 1881 im Namen des „praktischen Christentums“ nachdrücklich eingetreten*). Seine

*) Vgl. Bd. XI, S. 143 ff.

erste Vorlage ging jedoch aus den Verhandlungen des Reichstags in so verstümmelter Gestalt hervor, daß deren Annahme den verbündeten Regierungen unmöglich ward. Ein zweiter, vielfach umgearbeiteter Entwurf fand 1882—83 in den Kommissionsberatungen der zweiten Session der fünften Legislaturperiode keine Erledigung. Dagegen ward damals durch die Annahme des Krankenkassengesetzes, am 31. Mai, ein erster Schritt auf der Bahn der neuen Sozialgesetzgebung gethan: die obligatorische Krankenversicherung für alle nicht ländlichen Arbeiter ward hierdurch angeordnet. Auf diese Vorgänge zurückdeutend, ließ sich die durch den Staatsminister v. Bötticher zur Eröffnung der vierten Session am 6. März 1884 verlesene Rede über die weiteren Ziele der Politik des Fürsten Bismarck also vernehmen:

„Die bedeutsamste Aufgabe des Reichstags liegt auch für die bevorstehende Session auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung. Der zu wiederholtenmalen feierlich und mit besonderem Nachdruck ausgesprochene Wunsch Sr. Maj. des Kaisers, die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter durch organische Gesetze zu heben und dadurch den Frieden unter den Bevölkerungsklassen zu fördern, hat im deutschen Volke volles Verständnis gefunden. Die Verhandlungen über das im vergangenen Jahre dank Ihrer hingebenden Mitarbeit zu stande gekommene Krankenversicherungsgesetz haben den erfreulichen Beweis geliefert, daß der Reichstag sich mit den verbündeten Regierungen im Bewußtsein der Bedeutung und Dringlichkeit der erstrebten sozialen Reformen begegnet. — Der nächste Schritt auf diesem Gebiete besteht in der endlichen gesetzlichen Regelung der Fürsorge für die durch Betriebsunfälle verunglückten Arbeiter und deren Hinterbliebene. Nachdem auch der im Frühjahr 1882 Ihnen vorgelegte Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes zum legislatorischen Abschluß nicht gelangt war, ist derselbe unter Berücksichtigung der aus dem bisherigen Entwicklungsgange geschöpften Erfahrungen nochmals einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden. Dieselbe hat zu dem Plane einer anderweitigen Ausgestaltung der in Aussicht genommenen berufsgenossenschaftlichen Organisation der gewerblichen Unternehmer auf der Grundlage ausgedehnter Selbstverwaltung,

sowie einer erweiterten Beteiligung der Arbeiter behufs Wahrung ihrer Interessen geführt. Die auf diese Grundlagen gestellte neue Vorlage wird Ihnen unverzüglich zugehen. — Nach dem Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes wird es unsere Aufgabe sein, auf entsprechender organisatorischer Grundlage eine befriedigende Fürsorge für die durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werdenden Arbeiter anzustreben. — Die Erfüllung dieser Pflicht gegen die arbeitende Bevölkerung soll in dieser die Segnungen der friedlichen Entwicklung des geeinten Vaterlandes zum vollen Bewußtsein bringen, damit den auf den Umsturz göttlicher und menschlicher Ordnung gerichteten Bestrebungen revolutionärer Elemente der Boden entzogen und die Beseitigung der erlassenen Ausnahmemaßregeln angebahnt werde. Die verbündeten Regierungen werden ihrerseits bemüht sein, auf diesem Wege den Erwartungen und Zusagen zu entsprechen, welche die Vorbereitung und den Erlaß des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 begleiteten. In der Hoffnung auf Ihre erfolgreiche Mitwirkung an diesem Werke werden die verbündeten Regierungen Ihre Zustimmung zu einer Verlängerung jenes Gesetzes, dessen Geltung mit dem 30. September d. J. abläuft, nachsuchen.“ —

Die Generaldiskussion über den neuen Gesetzentwurf betreffend die Unfallversicherung begann in der vierten Sitzung am 13. März mit einer tadelnden Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten v. Bollmar; im ganzen zustimmend, nur im einzelnen kritisch sprachen sich darauf von konservativer und nationalliberaler Seite die Abgeordneten v. Maltzahn-Gülk und Dchelhäuser aus. Unter den Rednern des folgenden Tages trat als Gegner des Gesetzes besonders der deutschfreisinnige Abgeordnete Bamberger hervor, der sich unter anderem auf ein abschätziges Urteil des französischen Nationalökonomén Léon Say über „die sozialistischen Unternehmungen des Fürsten Bismarck“ bezog. Den Standpunkt der Regierung verteidigte darauf der Staatssekretär des Inneren v. Bötticher. Zu Anfang der sechsten Sitzung am 15. März griff der Reichskanzler selbst mit folgenden Worten in die Debatte ein:

Wenn ich in der Generaldebatte über den vorliegen-

den Gegenstand das Wort nehme, so kann es nicht meine Absicht sein, in erschöpfende Aeußerungen über das ausgedehnte Gesamtgebiet des Gegenstandes, der uns beschäftigt, einzugehen, und noch weniger der Spezialdebatte über die große Anzahl von Artikeln, die die Vorlage hat, in irgend einer Weise vorzugreifen. Ich halte aber doch für notwendig, über die Stellung der verbündeten Regierungen zu der Genesis der heutigen Vorlage und zu den Absichten, welche sie mit derselben verbinden, einige Worte zu sagen, die ich wohl am besten an eine Besprechung derjenigen Einwendungen knüpfe, welche in der bisherigen Debatte gegen das Prinzip des Gesetzes im allgemeinen gemacht sind, um dadurch einen Leitfaden zu erhalten.

Ich wende mich zuerst den Aeußerungen des ersten Herrn Redners, des Abgeordneten von Bollmar, zu, die ich vorgestern zwar gehört, aber doch im Augenblick nur gegenwärtig habe nach Maßgabe eines Auszuges, der sich in meinen Händen befindet, da ich mit zu vielen andern Geschäften in den ersten Tagen meines Hierseins überhäuft bin, um die Sache so gründlich zu prüfen und zu beleuchten, wie es sonst meine Pflicht sein würde.

Der Herr Abgeordnete von Bollmar hat zuerst eine gewisse Genugthuung, die nicht frei von Schadenfreude war, darüber ausgesprochen, daß die hochfliegenden sozialistischen Pläne, die der ersten Einbringung dieser Vorlage zu Grunde gelegen hätten, verschwunden wären. Ja, meine Herren, das ist doch nur scheinbar der Fall. Die Aehnlichkeit unserer dreimaligen Vorlage mit den sibyllinischen Büchern ist keine vollständige; dasjenige, was wir heute nicht mit vorlegen, ist nicht dem Feuer überantwortet, sondern nur zurückgelegt. Wir haben eine

terra incognita zu erforschen. Das Feld dieser Gesetzgebung ist zuerst mit der Haftpflicht im Jahre 1871 von Deutschland betreten worden und von den übrigen Regierungen bisher nur im Anschluß an die mehr theoretischen als praktischen Vorgänge der diesseitigen Gesetzgebung angeschnitten worden — von einigen mehr, von andern weniger. Da haben wir uns schließlich überzeugt, daß die Schwierigkeiten um so größer sind, je breiter die Front ist, in der wir zuerst auftreten und durch die enge Pforte Ihrer Zustimmung zu marschieren versuchen. Wir haben uns — und zwar auf meinen eigenen Antrag, und deshalb gerade halte ich es für meine Pflicht, mich darüber auszusprechen — wir haben uns zunächst auf den engsten notwendigen Rahmen beschränkt. Mein Kollege von Bötticher hat gestern schon auseinandergesetzt, daß wir damit nicht die Absicht verbinden, die übrigen Berufszweige fallen zu lassen und nicht zu berücksichtigen, sondern daß wir uns nur vor den Gefahren in acht nehmen wollen, auf die das Sprichwort hinweist, daß das Bessere des Guten Feind ist, und daß, wenn man zu viel im einzelnen versucht, man Gefahr läuft, gar nichts zu erreichen. Ich möchte, daß wir und der gegenwärtige Reichstag das Verdienst hätten, wenigstens etwas, wenigstens den ersten Anfang auf diesem Gebiete zu machen, und auch darin den übrigen europäischen Staaten voranzugehen. Die Beschränkung ist geboten durch die Betrachtung, daß, je breiter und umfassender die Vorlage ist, je mehr Interessen berührt sind, desto mehr Widerspruch sie bei den Trägern dieser Interessen nach der einen oder andern Richtung hin wachrufen und hier zur Sprache bringen muß, daß also die Annahme desto schwieriger ist. Das Maß der Beschränkung war meiner

Ueberzeugung nach durch das Maß des Haftpflichtgesetzes geboten; denn ich betrachte es als die erste Aufgabe eines Schrittes auf diesem Gebiete, die Mängel, die sich an den ersten Versuch von 1871, an das Haftpflichtgesetz geknüpft haben, zu beseitigen. Der Herr Abgeordnete von Bollmar hat sich dahin ausgesprochen, daß man das Haftpflichtgesetz früher nicht schlecht genug machen konnte und nun doch an dieses Haftpflichtgesetz anknüpfte. Aber gerade dadurch, daß das Haftpflichtgesetz viele Mängel hat, ist ja die Anknüpfung an dasselbe geboten. Die Gesetzgebung muß sich damit beschäftigen, Durchführungsmängel zu beseitigen, ehe sie neue Eroberungen auf dem Gebiete der Nützlichkeit zu machen bestrebt ist. Damit ist die Anknüpfung an das Haftpflichtgesetz gegeben. Die Klagen darüber, die uns zugekommen sind, sind ziemlich allgemein, jedenfalls allgemein genug bekannt, um mich einer Recapitulation derselben hier zu überheben. Das Resultat ist für uns gewesen: das Haftpflichtgesetz hat nicht zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, wie wir es anstreben, beigetragen. In welcher Art seine Mängel schließlich zu beseitigen sind, ob es nützlich sein kann, die Ungewißheit und die Chancen der Prozesse, die Veranlassung zu Verstimmungen, die das Haftpflichtgesetz geboten hat, auf alle Betriebe auszudehnen, das will ich hier nicht erwägen, dazu werden wir später Zeit haben.

Der Herr Abgeordnete von Bollmar hat darüber seine Verwunderung ausgesprochen, daß wir nicht vorwärts gekommen sind mit dieser Gesetzgebung seit mehreren Jahren, daß wir neue und andere Vorlagen machen. Ja, meine Herren, unsere Schuld ist das ja nicht. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat gestern den Beruf der

Regierung verglichen mit dem eines Schusters, welcher die Schuhe annimmt, die er danach beurteilt, ob sie ihm passen oder nicht, und danach annimmt oder zurückschickt. Ich bin durchaus nicht unzufrieden mit diesem bescheidenen Vergleich, durch den Sie die verbündeten Regierungen auf den Standpunkt eines für Herrn Bamberger maßnehmenden Schuhmachers stellen. Der Beruf der Regierung im Sinne Friedrichs des Großen ist, dem Volke zu dienen, und sei es auch als Schuster; der Gegensatz ist, das Volk zu beherrschen. Wir wollen dem Volke dienen. Aber ich mache an Herrn Bamberger den Anspruch, daß er mein Mitschuster sei, um zu verhüten, daß jemand im Volke barfuß gehe, um dazu zu gelangen, daß dem Volke ein passender Schuh auf diesem brennenden Gebiet gemacht werde. (Bravo!) Das vermisse ich bisher.

Der Herr Abgeordnete von Bollmar ist dann übergegangen auf den Zusammenhang, in welchen er diese unsere Vorlage mit dem Sozialistengesetz bringt. Das ist so, wie er es auffaßt, nicht richtig, daß wir die Vorlage machten, um dadurch mehr Stimmung für das Sozialistengesetz zu gewinnen. Ein Zusammenhang ist ja da, aber er ist ein anderer. Bei Einbringung des Sozialistengesetzes hat die Regierung und namentlich Seine Majestät der Kaiser und, wenn ich nicht irre, auch der Reichstag in seiner Majorität gewisse Wechsel für die Zukunft unterzeichnet und Versprechungen gegeben dahin, daß als Korollär dieses Sozialistengesetzes die ernsthafteste Bemühung für eine Besserung des Schicksals der Arbeiter Hand in Hand mit demselben gehen solle. Das ist meines Erachtens das Komplement für das Sozialistengesetz; und wenn Sie dauernd entschlossen sind, die Lage der Ar-

beiter nicht zu verbessern, dann begreife ich, daß Sie das Sozialistengesetz ablehnen. Denn es ist eine Ungerechtigkeit, auf der einen Seite die Selbstverteidigung einer zahlreichen Klasse unserer Mitbürger zu verhindern und auf der andern Seite ihnen nicht die Hand entgegenreichen zur Abhilfe desjenigen, was unzufrieden macht. Daß die Führer der Sozialdemokratie diesem Gesetz keinen Vorteil wünschen, das begreife ich; sie brauchen eben unzufriedene Arbeiter. Ihre Aufgabe ist es, zu führen, zu herrschen, und die notwendige Vorbedingung dafür sind zahlreiche unzufriedene Klassen. Jedem Versuch der Regierung, diesem Zustand abzuhelpfen, mag er noch so gut gemeint sein, müssen sie natürlich entgentreten, wenn sie die Herrschaft über die von ihnen irgeleiteten Massen nicht verlieren wollen.

Also auf die Einwendungen, die von den Führern der Sozialdemokratie kommen, lege ich keinen Wert; auf die Einwendungen, die von Arbeitern im allgemeinen kommen, würde ich einen sehr hohen Wert legen. Unsere Arbeiter sind, Gott sei Dank, nicht alle Sozialdemokraten und sind nicht in dem Maße unempänglich für die Bestrebungen der verbündeten Regierungen, ihnen zu helfen, vielleicht auch nicht für die Schwierigkeiten, denen diese Bestrebungen auf dem parlamentarischen Gebiete begegnen. Das Parlament hat ja das Recht, jeden Fortschritt in unserer Gesetzgebung zu hindern; Sie haben das unbedingte Veto in der Gesetzgebung, und durch unbeschränkte Ausübung dieses Vetos, sei es, indem Sie die Regierung prinzipiell, sei es, indem Sie sie nur angebrachtermaßen, aber in jedem einzelnen Falle regelmäßig abweisen, können Sie die Gesetzgebung natürlicherweise lahm legen. Aber es fehlt dem Parlament dabei noch

ein anderes Element, was ich für die Sicherheit unserer Zukunft ganz unentbehrlich halte. Das parlamentarische Element, wenn es nur als Hemmschuh benutzt wird, wenn der Beweis dem Volke geliefert wird, daß es wohlwollenden Absichten der Regierung seine Mitwirkung versagt, daß es nur ein einfaches Nein hat, daß es keinen Versuch macht, der Regierung zu helfen, — das muß sich natürlich in hohem Maße abnützen und abschwächen, was ich für ein großes Unglück halten würde, denn ich weiß nicht, wie wir das ersetzen sollen. Ich bin in keiner Weise für eine absolutistische Regierung, ich halte eine richtig geübte parlamentarische Mitwirkung für ebenso notwendig und nützlich, wie ich eine parlamentarische Herrschaft für schädlich und unmöglich halte. (Bravo! rechts.) Das Parlament soll Uebel verhindern können; es soll den Gefahren, die bei einer monarchischen Regierung und bei jeder Regierung mit Verschwendung, mit bureaukratischer Beschränktheit und Auffassung vom grünen Tisch, mit Protektionswesen, männlichem und weiblichem, verbunden sein können, — denen soll es sein Veto entgegensetzen können. Es soll verhindern können, daß schlechte Gesetze gemacht werden, es soll verhindern können, daß das Geld des Landes verschwendet wird; aber regieren, meine Herren, kann es nicht. — Ich will darauf nicht eingehen; es wird sich noch andere Gelegenheit finden, eine Vorlesung über die fundamentalen Auffassungen in dieser Beziehung zu halten.

Ich weiß auch nicht, was man an die Stelle eines Parlaments setzen würde, um den Gefahren, mit denen eine unparlamentarische, eine Regierung ohne Oeffentlichkeit, ohne Pressfreiheit, verbunden wäre, vorzubeugen. Ich meine das vollständig ernsthaft. Ich bin über-

haupt kein Parteimann und kein Parteikämpfer — und wenn ich in dergleichen verfallte, so kommt das davon, weil der Widerspruch gegen mich immer vom Partei-standpunkte geführt wird; deshalb muß ich notwendigerweise mich auf diese Basis stellen. Meine Befürchtung für die Zukunft ist, daß das Deutsche Reich, das die verbündeten Fürsten und Freien Städte, das das Heer und das die preußische Dynastie geschaffen haben, wenn wir die Unterstützung des Parlaments, deren wir bedürfen, nicht erreichen können, wenn sie überhaupt nicht zu haben ist, für niemand und für keine Seite im vollen Maße einer Majorität, — daß das Deutsche Reich wirklich Gefahr läuft, daß es durch Reden und Presse, durch Nichtvertrauen wieder auseinanderfalle, oder wenigstens doch in seinen Bestandteilen so locker werde, daß keine sehr großen europäischen Krisen dazu gehören, um dem Bau, auf dem Sie Kämpfe ausführen, als ob Sie auf Felsengrund, der in der Natur gewachsen ist, ständen — Risse und Erschütterungen beizubringen. Ich hoffe meinerseits, die Verwirklichung dieser meiner Befürchtung nicht zu erleben. Aber wir sind, wenn wir auf diese Weise fortfahren mit dieser Leidenschaftlichkeit der Parteikämpfe untereinander, mit dieser Zerrissenheit der Parteien, auf dem besten Wege, den zementierten Bau, den die Thaten unseres Heeres und die Politik unseres Kaisers geschaffen haben, zu erschüttern; wenn wir ihn auch nicht zertrümmern, so schwächen wir ihn doch in einer Weise, daß er die imponierende Stellung, die er jetzt in Europa hat, und das Vertrauen verliert, (sehr wahr! rechts) und ich kann nicht unterlassen, meine warnende Stimme vor der Fortsetzung dieses Krieges zu erheben. Ich werde ja nicht mehr lange dazu im stande sein; denn

ich bin nur unter der Bedingung dauernd gesund, daß ich dem Beruf, den ich bisher vertrete, Valet sage. Aber ich kann das nicht ungesagt lassen.

Der Herr Abgeordnete von Bollmar hat auch seinerseits beklagt, daß wir recht gefährliche Betriebe, deren Aufnahmen er dringend wünscht, nicht in diese Vorlage aufgenommen haben. Ich habe nun die Gründe auseinandergesetzt, die uns zu dieser Beschränkung veranlassen haben. Ich will aber die Zusage für die Zukunft geben, daß, soweit ich auf das Geschäft Einfluß habe, wir sofort nach Annahme dieses Gesetzes, ohne Sie mit einer Sommer Sitzung zu belästigen, aber sofort nach Annahme von irgend einer haltbaren Substanz dieses Gesetzes, mit der Erweiterung und mit der Ausdehnung desselben auf andere, und zwar in erster Linie auf die Baugewerbe und auch, wenn die Interessenten sich nicht entschieden dagegen wehren, auf das landwirtschaftliche Gewerbe kommen und ihnen Vorlagen in dieser Beziehung machen werden. (Bravo! rechts.) Das ist eine Zusage, die, wenn ich noch im Dienste bin, jedenfalls eingelöst werden wird, sobald diese unsere jetzige Vorlage nur eine entgegenkommendere und fruchtbarere Aufnahme bei Ihnen findet, als die bisherigen. Wenn sie sie nicht findet, nun, dann bleibt nichts anderes übrig, als dasselbe Spiel einer erneuten Vorlage, vielleicht in einer anderen Gestalt, zu wiederholen. Ich würde mich nicht ermüden lassen dadurch, daß wir hier nur Kritik finden. Die Kritik ist bekanntlich leicht, und die Kunst ist schwer. Die Politik ist keine Wissenschaft, wie viele der Herren Professoren sich einbilden, sie ist eben eine Kunst. Sie ist ebensowenig eine Wissenschaft, wie das Bildhauen und das Malen. Man kann sehr scharfer

Kritiker sein und doch kein Künstler, und selbst der Meister aller Kritiker, Lessing, würde es nie unternehmen haben, einen Laotsoon zu machen. Ich möchte die Herren doch bitten, die die Fähigkeit zu etwas mehr, als zur sterilen Negation in sich fühlen, sich zu erinnern, daß auch der Reichstag die Initiative zur Gesetzgebung hat, damit Sie nicht bloß zu allem „Nein“ und, wie zu einer schlecht gemachten Ferienarbeit, sagen: sie taugt nichts, noch einmal machen! sondern Ihrerseits mehr als bisher thun, um sie so zu corrigieren, wie Sie glauben, auf der Basis, die ihnen die Regierung bringt, und die die Regierung für annehmbar hält, die Sache mundrecht machen zu können. Auf die entgegengesetzte Basis wird die Regierung, aber unter Angabe ihrer Gründe nicht eingehen können, worauf ich nachher kommen werde. Bedenken Sie, daß auf die Dauer im Volke man sich doch auch sagen muß: die Regierung gibt sich alle mögliche Mühe, auf diesem in der That schwierigen und sehr brennenden Gebiete irgend etwas zu stande zu bringen, sie findet aber keine Gegenliebe dafür im Reichstage; alles was sie bringt, wird einfach verworfen. Die Klage von Herrn von Bollmar, daß sich das schon jahrelang unfruchtbar hinzieht, wird sich vielleicht noch ebenso viele Jahre wiederholen. Aber ich konstatiere vor dem Volke und vor den Wählern, daß die Regierung an dieser Verschleppung unschuldig ist, und daß sie, um vorwärts zu kommen, nicht die nötige Unterstützung gefunden hat.

Also die Ausschließung von einigen Gewerben, welche Herr von Bollmar gehässig nennt, ist nur eine provisorische und vorübergehende. Es wird vielleicht nützlich sein, wenn diese Vorlage wieder abgelehnt wird oder ange-

brachtermaßen abgelehnt wird, Ihnen eine noch kleinere Front zu stellen bis auf ein Minimum, damit wir endlich den Punkt der Einigung finden, an dem wir dann krystallisierend weiter bilden können, bis zu dem großen Umfange, den wir früher in den ersten Vorlagen erstrebt haben. In dieser Beziehung stimme ich vollständig überein mit dem, was der zweite Redner, Herr v. Malzahn, darüber sagte, indem er als sein Ziel die möglichst auskömmliche Versicherung der Arbeiter, und zwar in Zukunft aller Arbeiter, hinstellte. Damit stimme ich vollständig überein. Er wirft dabei den anderen Parteien vor, die Herren wollen die Privatversicherungsgesellschaften nicht aufgeben und wollen den staatlichen Behörden nicht das nötige Maß von Einfluß bewilligen.

Ich nehme hier Gelegenheit, sofort das Thema der Konkurrenz der Privatversicherungsgesellschaften zur Sprache zu bringen. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat namentlich in diesem Punkte Anklagen gegen die Vorlage erhoben; ich komme auf die Ausdrücke, die er gebraucht hat, nachher zurück, aber ich will hier das Prinzip aussprechen im Namen der verbündeten Regierungen, daß wir Unfälle und Unglücksfälle überhaupt nicht für eine geeignete Operationsbasis zur Gewinnung hoher Zinsen und Dividenden halten (Bravo! rechts), daß wir dem Arbeiter die Versicherung gegen diese und andere Uebel so wohlfeil verschaffen wollen, wie es irgend möglich ist, und daß wir es für unsere Pflicht halten, den Preis der Versicherung so weit als möglich herunter zu drücken im Interesse der Arbeiter und der Industrie, der Arbeitgeber ebenso wie der Arbeiter. Nun, glaube ich, gibt es niemand, der den Preis so wohlfeil stellen kann, wie er durch die Gegenseitigkeit der Versicherung, die jede

Verzinsung perhorresziert, durch den Staat, durch das Reich, gemacht werden kann. Sie haben den Reichszuschuß verworfen, und ich habe mich, um nur etwas zu stande zu bringen, dieser Notwendigkeit gefügt — oder, ich will richtiger sagen: die verbündeten Regierungen haben sich der Notwendigkeit gefügt, diese ihre Absicht fallen zu lassen und Ihnen soweit entgegenzukommen, daß der Reichszuschuß aus dem Gesetz entfernt ist. Daß jemand eine Privatversicherungsgesellschaft bildet, halte ich nicht für unmoralisch, und ich halte es menschlich auch für ganz natürlich, daß er in diesem Geschäft die Verzinsung seiner Kapitalien erstrebt, wenn es sein kann, auch einen erheblichen Ueberschuß, eine möglichst hohe Dividende. Aber die ungeheuerlichen Dividenden, welche einige Feuerversicherungsaktiengesellschaften — 38 bis 50, oder wie viel Prozent jährliche Dividende — verdient haben, halte ich in der That mit den Grundsätzen der öffentlichen Moral nicht vollständig vereinbar; wenigstens kann der Staat auf diesen Gedanken nicht eingehen.

Etwas anderes aber ist es, ob der Staat das Recht hat — unter „Staat“ hier immer das Reich gedacht — ob der Staat das Recht hat, die Erfüllung einer staatlichen Pflicht, nämlich der, den Arbeiter vor Unfall und vor Not, wenn er geschädigt oder wenn er alt wird, zu schützen, dem Zufall zu überlassen, daß sich Aktiengesellschaften bilden, und daß diese von den Arbeitern und den Arbeitgebern so hohe Beiträge nehmen, wie sie nur irgend erreichen können. Ob er sich diesen Erscheinungen, diesen Schäden gegenüber der Erfüllung der Pflicht, seinerseits zur Verbesserung der Lage etwas zu thun, entziehen will oder nicht, ist eine andere Frage. Sobald

aber der Staat überhaupt diese Sache in die Hand nimmt, — und ich glaube, es ist seine Pflicht, sie in die Hand zu nehmen, so muß er die wohlfeilste Form erstreben und muß seinerseits keinen Vorteil davon ziehen, sondern den Vorteil der Armen und Bedürftigen in erster Linie im Auge behalten. Man könnte ja sonst die Erfüllung von bestimmten Staatspflichten, wie es also unter anderen die Armenpflege im weitesten Sinne des Wortes ist, wie es die Schulpflicht und die Landesverteidigung sind — man könnte ja die Erfüllung aller dieser Staatspflichten mit mehr Recht Aktiengesellschaften überlassen und sich fragen, wer es am wohlfeilsten thut, und wer es am wirksamsten thut. Ist die Fürsorge für den Bedürftigen in höherem Maße, als die jetzige Armen-gesetzgebung es thut, eine Staatspflicht, dann muß der Staat sie auch in die Hand nehmen, er kann sich nicht damit trösten, daß eine Aktiengesellschaft das übernehmen wird. Es kommt dabei dasselbe zur Sprache, wie bei Privateisenbahnen, denen das Verkehrsmonopol ganzer Provinzen in Ausbeutung gegeben wurde. Ebenso kann man auch weiter glauben, daß die gesamte Staatspflicht schließlich der freiwilligen Bildung von Aktiengesellschaften überlassen werden müsse. Das Ganze liegt in der Frage begründet: hat der Staat die Pflicht, für seine hilflosen Mitbürger zu sorgen, oder hat er sie nicht? Ich behaupte, er hat diese Pflicht, und zwar nicht bloß der christliche Staat, wie ich mir mit den Worten „praktisches Christentum“ einmal anzudeuten erlaubte, sondern jeder Staat an und für sich. Diejenigen Zwecke, die der Einzelne erfüllen kann, wäre es Thorheit für eine Korporation oder gemeinsam in die Hand zu nehmen; diejenigen Zwecke, die die Gemeinde mit Gerechtigkeit und

Nutzen erfüllen kann, wird man der Gemeinde überlassen. Es gibt Zwecke, die nur der Staat in seiner Gesamtheit erfüllen kann. Ich will über die über der Gemeinde liegende Korporation der Provinz oder des Einzelstaates hinweggehen. Zu diesen letzten Zwecken gehört die Landesverteidigung, gehört das allgemeine Verkehrswesen, gehört alles mögliche, was in der Verfassung in Artikel 4 besagt ist. Zu diesen gehört auch die Hilfe der Nothleidenden und die Verhinderung solcher berechtigter Klagen, wie sie das wirklich nutzbare Material zur Ausbeutung durch die Sozialdemokratie ja in der That gibt. Das ist die Staatsaufgabe, der wird sich der Staat nicht auf die Dauer entziehen können.

Wenn man mir dagegen sagt, das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht. Es fragt sich, wo liegt die erlaubte Grenze des Staatssozialismus? Ohne eine solche können wir überhaupt nicht wirtschaften. Jedes Armenpflegegesetz ist Sozialismus. Es gibt ja Staaten, die sich vom Sozialismus so fern halten, daß Armen-gesetze überhaupt nicht bestehen; — ich erinnere Sie an Frankreich. Aus diesen französischen Zuständen erklärt sich ganz natürlich die Auffassung des ausgezeichneten Sozialpolitikers, den der Herr Abgeordnete Bamberger zitierte, Léon Say; in diesem spricht sich eben die französische Auffassung aus, daß jeder französische Staatsbürger das Recht hat, zu verhungern, und daß der Staat nicht die Verpflichtung hat, ihn an der Ausübung dieses Rechtes zu verhindern. (Hört, hört! rechts.)

Sie sehen auch, daß dort die sozialen Zustände seit Jahren, seit der Regierung der Julimonarchie, nicht vollständig haben zur Ruhe kommen können, und ich glaube, daß Frankreich nicht auf die Dauer umhin können wird,

etwas mehr Staatssozialismus zu treiben, als es bisher getrieben hat. War nicht z. B. auch die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung gloriosen Angedenkens, an deren staatsrechtlicher Berechtigung, an deren Zweckmäßigkeit heutzutage niemand mehr zweifeln wird, staatssozialistisch? Gibt es einen stärkeren Staatssozialismus, als wenn das Gesetz erklärt, ich nehme dem Grundbesitzer einen bestimmten Teil des Grundbesizes weg und gebe denselben an den Pächter, den er bisher darauf gehabt hat, und zwar nicht nach Maßgabe des Bedürfnisses dieses Pächters, wie es beispielsweise in Rußland geschehen ist, sondern nach Maßgabe der Größe des Pachtobjektes, wie es früher bestanden hat? Wer den Staatssozialismus als solchen vollständig verwirft, muß auch die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung verwerfen, der muß überhaupt dem Staate das Recht absprechen, da, wo sich Gesetz und Recht zu einer Kette und zu einem Zwang, der unsere freie Atmung hindert, verbinden, mit dem Messer des Operateurs einzuschneiden und neue und gesunde Zustände herzustellen. Für mich ist es ganz einerlei, ob diese Theorie Anklang findet; ich thue aus eigenem Antriebe meine Pflicht, ich halte dies für meine Pflicht und werde dafür kämpfen, so lange ich hier das Wort nehmen kann. (Bravo! rechts.) Die Frage, ob ich damit Erfolg habe oder nicht, liegt mir außerordentlich fern, die geht mich nichts an; für die Abstimmungen des Reichstages sind die abstimmenden Herren verantwortlich, nicht ich, und wenn der Reichstag über das, was die verbündeten Regierungen vorschlagen, anderer Meinung ist, so bin ich weit entfernt, dies, wie gewöhnlich der triumphierende Ausdruck der Opposition lautet, als eine Niederlage der Regierung zu betrachten.

Ja, wer die Niederlage dabei erleidet — *plectuntur Achivi*. Ist das Gesetz, das sie abgelehnt haben, wirklich objektiv betrachtet ein gutes gewesen, so wird die Niederlage im Zeugnis der Geschichte und in der guten Meinung des Landes schließlich auf Seite der Ablehnenden sein; ist es schlecht, ist es fehlerhaft gewesen, nun, dann bin ich der letzte, der sich für so unfehlbar hält, daß er sich nicht nach Jahren freuen würde, daß er verhindert worden ist, ein schlechtes Gesetz zu machen. Das ist eben, wie ich vorher sagte, die Aufgabe der allgemeinen Zensur, der unsere Gesetze unterworfen sind, des Siebes, durch das sie gehen müssen, ehe sie, wie in der absoluten Monarchie sofort, die Gesetzeskraft erreichen.

Ich kann die Einwendungen übergehen, die der Herr Abgeordnete Dechelhäuser gemacht hat, weil ich die Unmöglichkeit, in diesem Gesetze eine Dividende von Unglücksfällen zuzulassen, oder vielmehr mit als Grundlage des Gesetzes hinzustellen, schon erwähnt habe, und weil seine übrigen Bemerkungen sich doch mehr auf die Spezialdiskussion beziehen, als auf die generellen Punkte, die uns gegenwärtig beschäftigen.

Ich kann überhaupt zu den Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Bamberger übergehen, weil derselbe in den seinigen die Vorredner einigermaßen resümiert und so als Leitfaden dienen kann. Der Herr Abgeordnete hat im Eingang seiner Rede erwähnt, daß „gestern — also vorgestern — als Vorspiel der Tagesordnung wieder einmal das Verderbliche und Verwerfliche jeder Opposition auseinandergesetzt worden“ ist. Meine Herren, das ist doch gar nicht gerecht, meine Stellungnahme zu der Sache so zu charakterisieren, als ob ich jede Opposition als verwerflich behandelt hätte, ich habe es nur

abgelehnt, meinerseits mitzuwirken zu den Zwecken der Opposition; meine ganze Rede von damals resümiert sich in dem Satze: ich will mich nicht vorspannen lassen vor den Triumphwagen der Opposition. Ich habe selbst Opposition gemacht in meinem Leben unter anderen Ministerien. Der Herr Abgeordnete hat doch wohl zu viel gesagt, und bei der milden Auffassung, die ihm ja in seiner ganzen Rede eigentümlich ist, wird er auch gern einsehen, daß er mir unrecht gethan hat. Bei der Kritik, die er nachher macht, vergißt er einigermaßen doch seine Stellung als — wie ich vorher sagte, und der Kürze halber wiederhole — als Mitschuster, da er nämlich verpflichtet ist, mit uns in Gemeinschaft den Weg zu gehen, auf dem wir uns auf dieser neuen terra incognita bewegen können, oder mit klaren Worten zu sagen: wir wollen überhaupt keine Aenderung der Gesetzgebung, wir wollen den status quo beibehalten und sind mit ihm zufrieden. Das hat er aber nicht gesagt, er hat im Gegenteil im Anfang seiner Rede die Hoffnung auf das Zustandekommen ausgesprochen; ich glaube aber, er wäre der Aufrichtigkeit unserer gegenseitigen Beziehungen schuldig, entweder Nein zu sagen und zu sagen: ich will nichts derartiges, oder wenn er etwas derartiges will, doch seinerseits zu präzisieren, wie er es will.

Er nennt die ganze Sache künstlich. Ja, meine Herren, die Sache ist in der That nicht so leicht, und ohne Künstlichkeit lassen sich so verwickelte, schwierige, umfängliche Fragen, wie die vorliegende ist, nicht lösen. Wenn die Sache so einfach wäre, dann könnten Sie uns mit Recht den Vorwurf machen, daß wir ein so künstliches Gebäude aufrichten. Machen Sie es doch Ihrer-

seits besser, weniger künstlich und einfacher — der Reichstag hat die Initiative der Gesetzgebung — aber stellen Sie sich nicht ganz passiv zu dieser Sache, oder bekennen Sie aufrichtig: wir wollen fortfahren, die Aktiengesellschaften in ihren Dividenden zu schützen, und nach Kräften die Kapitalien, die in diesen Gesellschaften stecken, auszubenten, so gut wir können. Das ist auch ein Standpunkt.

Der Herr Abgeordnete hat es als etwas ganz Neues bezeichnet, daß wir ein sozialistisches Element in die Gesetzgebung einführen wollten. Ich habe schon vorhin vorweggenommen, daß das sozialistische Element nichts Neues ist, und der Staat gar nicht ohne einen gewissen Sozialismus bestehen kann. Die ganze parlamentarische Bewegung hat sich seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo man anfing, die Rudimente der konstitutionellen Regierung auszuarbeiten, in mißverständener Analogie mit der historisch herausgewachsenen von England, mit der Teilung zwischen Exekutive und Legislative beschäftigt, und die Parteien, die es da gab, waren nur politische. Meine Herren, daraus sind gewisse Grundsätze stationär geworden, die man in neuester Zeit wieder vergißt, wie der der Trennung zwischen Exekutive und Legislative. Dieselben vermischen sich häufig und es entstehen Konflikte dadurch, daß die Legislative in die Exekutive übergreift. Diese drei Momente, Exekutive, Legislative und Rechtsprechung sind ein wirklich nutzbarer Niederschlag von all den Experimenten, die seit Montesquieu und Anderen auf diesem Gebiete stattgefunden haben. Daran könnten wir festhalten; im übrigen aber glaube ich, daß die politischen Parteien und die Gruppierung nach hoher Politik und politischen

Programmen sich überlebt haben. Sie werden allmählich, wenn sie es nicht freiwillig thun, gedrängt werden, daß sie Stellung nehmen zu den wirtschaftlichen Fragen und mehr als bisher Interessenpolitik treiben. Es liegt das im Geiste der Zeit, der stärker ist, als sie sein werden. Ich begreife, daß es den Parteiführern, die auf der Basis bestimmter Programme auf politischem Gebiete gewählt sind, wie z. B. die Führer der sozialdemokratischen Partei, die ich auch nur für eine politische, nicht für eine wirtschaftliche halte, schwer wird, die eroberte und befestigte Stellung aufzugeben; aber die Parteien werden in der Politik wie Eis und Schnee verschwinden und schmelzen. Sie werden genötigt sein, sich nach neuen Programmen auf wirtschaftlichem Gebiete umzusehen, und ich zweifle nicht, daß auch auf wirtschaftlichem Gebiete die Wähler, die das gleiche Interesse haben, sich zusammenfinden und es als nützlich einsehen werden, daß sie sich vorzugsweise durch Leute aus ihrer Mitte vertreten lassen, daß sie sich von dem Glauben losmachen werden, daß der beste Redner auch der geschickteste und loyalste Vertreter ihrer Interessen sei. Ich glaube, wir werden es noch erleben, daß man auf den heutigen Standpunkt, der sich noch mehr an die Zeitperiode der dreißiger anschließt, als an die wirkliche Realität des heutigen menschlichen Lebens, mit Achselzucken zurückblicken wird; jedenfalls werden unsere Kinder und Enkel für unsere heutigen Fraktionskämpfe nur ein Achselzucken haben und ihr Bedauern darüber aussprechen, daß unsere Zeit so gehandelt hat. Ein Hauptgrund der Erfolge, die die Führer der Sozialdemokratie mit ihren bisher noch nirgends klar hingestellten Zukunftszielen gehabt haben, liegt meines Erachtens darin, daß der Staat nicht Staatssozialismus genug

treibt; er läßt ein Vakuum an einer Stelle, auf der er thätig sein sollte, und dieses wird von anderen, von Agitatoren, die dem Staat ins Handwerk pfuschen, ausgefüllt. Die Machtmittel, die auf diesem Gebiete zu finden sind, fallen in andere als staatliche Hände, und den Gebrauch, der gemacht wird, können wir doch nicht mit sicherer Ruhe abwarten. Der Herr Abgeordnete von Bollmar hat, wie ich aus diesem vollständigen Resümee, welches der Herr Abgeordnete Bamberger gegeben hat, ersehen habe, seinerseits zugegeben, daß die Ideale der Sozialdemokratie überhaupt in einem einzelnen Staate nicht verwirklicht werden könnten, sondern nur dann erreichbar wären, wenn eine allgemeine internationale Grundlage gegeben wäre. Ich glaube das auch und deshalb halte ich sie für unmöglich, denn diese internationale Grundlage wird nie vorhanden sein; aber selbst wenn das der Fall wäre, so möchte doch die Zwischenzeit lang genug sein, um einen modus vivendi für sie zu finden, der für die Bedrückten und Notleidenden bei uns etwas erträglicher und angenehmer ist. Mit Anweisungen, die vielleicht im nächsten Jahrhundert noch nicht fällig sind, können wir sie doch nicht trösten; wir müssen etwas geben, was von morgen oder übermorgen ab gilt.

Dem Herrn Abgeordneten Bamberger hat sich bei dieser Kapitulation der von Bollmarschen Aeußerungen die Ueberzeugung aufgedrängt, daß der Herr Abgeordnete von Bollmar und die Sozialdemokraten die Sache auf einen praktischeren Standpunkt stellen, als die verbündeten Regierungen, und die Sache geschickter auffassen. Meine Herren, wir wollen über das Maß von Klugheit, das jedem von uns innewohnt, nicht streiten. Ich erkenne

sehr gern an, daß sowohl der Herr Abgeordnete von Bollmar als der Herr Abgeordnete Bamberger beide sehr viel klüger sind, als die gesamten Regierungen; aber wir sind nun einmal nicht klüger und müssen, solange wir an dieser Stelle stehen, so verbraucht werden, wie wir sind, in unserer Beschränktheit. Lassen Sie den Mangel an Begabung, der den Regierungen im Vergleich zu den Abgeordneten von Bollmar und Bamberger innewohnt, die Sache, die wir vertreten, nicht entgelten! Das ist die einzige Bitte.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat eingewendet, daß die vorgeschlagene Organisation mit dem Worte „frei“ und mit dem Begriffe der Freiheit nicht stimmt; es wäre zuviel Zwang dabei, und das Motto des Ganzen wäre: „Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“ Meine Herren, die Freiheit ist ein vager Begriff; die Freiheit, zu verhungern, kann niemand gebrauchen. Aber hier ist die Freiheit meines Erachtens auch gar nicht beschränkt und nicht in Widerspruch mit sich selbst. Die Vorlage will eine Freiheit in der Organisation, aber die Leistung will sie obligatorisch machen. Das Wieder der Leistung überläßt sie den Beteiligten, die ja ihrerseits — um in dem Bambergerschen Bild zu bleiben — wissen werden, welche Sorte Schuhzeug sie am wenigsten drückt, und wie sie das Leder tragen wollen, was wir ihnen bieten.

Das Wort: „Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“ ist ja überhaupt ein unberechtigtes. Es gibt kaum ein Wort heutzutage, mit dem mehr Mißbrauch getrieben wird, als mit dem Worte „frei“, und dabei hat es immer noch mehr Zauber, wenn es vor irgend ein anderes Adjektiv gesetzt wird. (Heiterkeit). Meiner

Erfahrung nach versteht jeder unter „Freiheit“ nur die Freiheit für sich selbst und nicht die für andere, sowie die Verpflichtung der anderen, sich jeder Beschränkung der Freiheit des Empfindenden absolut zu enthalten. Kurz, sie verstehen unter „Freiheit“ eigentlich „Herrschaft“; unter „Freiheit der Rede“ verstehen sie „Herrschaft der Redner“, unter „Freiheit der Presse“ verstehen sie den vorherrschenden und vorwiegenden Einfluß der Redaktionen und der Zeitungen. Ja selbst, meine Herren — ich spreche dabei nicht konfessionell — in allen Konfessionen findet es sehr häufig statt, daß unter „Freiheit der Kirche“ die Herrschaft der Priester verstanden wird — ich nehme unsere Konfession nicht aus, ich bin weit entfernt, dabei an den Kulturkampf oder an menschliche Schwächen überhaupt rühren zu wollen — von der menschlichen Schwäche will ich nicht reden, sondern von der menschlichen Gewohnheit, die eben die Bedeutung der eigenen Person, die Herrschaft der einzelnen Person und ihren Einfluß über die Allgemeinheit stellt unter dem Vorwande, daß die Freiheit es fordere. Das ist ja in unserer deutschen Geschichte markanter ausgeführt, als in irgend einer anderen. Wie scharf ist nicht in den Jahrhunderten des Verfalls des Deutschen Reichs immer die germanische Freiheit accentuiert worden! Was war denn darunter zu verstehen? Die Freiheit der Fürsten vom Kaiser und die Herrschaft des Adels über die Leibeigenen! Sie wollten ihrerseits frei sein; das heißt, „frei sein“ war bei ihnen und auch bei anderen mit dem Begriff „herrschen“ identisch, sie fühlten sich nicht frei, wenn sie nicht herrschten. Deshalb hat mich dieses Wort überall, wo ich „frei“ vor einem anderen Adjektiv lese, argwöhnisch gemacht, auch das Wort „freisinnig“ — sinnig, das mag wohl

sein, (Heiterkeit) aber Freisinnigkeit ist eigentlich gleichbedeutend mit Herrschsucht oder Engherzigkeit oder Unduldsamkeit. Kurz und gut, ich traue dem Worte nicht, (Heiterkeit) aus dem Grunde, weil keiner die Freiheit für alle will, jeder will sie für sich, aber nur so frei, daß die anderen ihm zu gehorchen und zu folgen haben. Ich muß meinerseits gegen die Bezeichnung, die diese Fraktion gewählt hat, mich verwahren und werde sie amtlich nicht benutzen. Ich glaube nicht, daß eine Fraktion das Recht hat, sich ausschließlich eine Gesinnung zu vindizieren, an der wir alle den gleichen Anteil haben. (Zustimmung.) Ich glaube, wir sind alle freisinnig; freisinnig *κατ' ἐξοχήν* — das heißt: wir; die anderen sind es nicht, aber wir. Eine Partei könnte sich gerade so gut nennen die „ehrliche Partei“, was doch lediglich ein Vorwurf für die anderen wäre, daß sie nicht ehrlich sind. (Zuruf links: Konservativ!) — Konservativ allerdings auch, das ist ein sehr bedenklicher Ausdruck, das gebe ich Ihnen zu; aber konservativ sind wirklich einige und andere nicht, freisinnig aber glauben wir alle zu sein und ehrlich glauben wir auch alle zu sein. Es könnte sich auch eine Partei vorzugsweise die monarchische nennen, während wir alle glauben oder behaupten, monarchisch gesinnt zu sein. (Zuruf links: Ober Reichspartei!)

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat sodann gegen das Umlageprinzip im allgemeinen einiges geäußert, was ich nicht so scharf motiviert finde, wie seine Äußerungen sonst zu sein pflegen. Er sagt: wir versündigen uns mit dem Umlageprinzip an der Zukunft des Reichs, namentlich an der Zukunft, die nach 17 Jahren folgen wird, also von 1901 ab. Ich möchte umgekehrt sagen:

wenn wir jetzt sofort die gesamte Last übernehmen, würden wir uns an der Gegenwart versündigen; wir würden uns an der Möglichkeit der Einführung versündigen, wenn wir ganz plötzlich eine sehr viel größere Last, als zur Einleitung und Ausprobierung dieses Systems überhaupt nötig ist, übernehmen wollten. Das ist für mich ein ganz unannehmbarer Gedanke, die Kosten dieser Entdeckungsreise, die wir in ein unbekanntes Land machen, sofort auf einen Maßstab hinauf zu schrauben, der der indizierte wäre, wenn wir dieses unbekanntes Land annektiert haben und mit einem gewissen Luxus regieren.

Ich will mich darauf beschränken, dieser Behauptung der Sünde an der Zukunft zu widersprechen. Die Sünde an der Gegenwart halte ich für eine Todsünde. Die Vergangenheit hat manches an uns gesündigt, und wir müssen es eben auch tragen, aber ich glaube, hier liegt noch gar keine Sünde an der Zukunft vor.

Ich habe vorher bei Gelegenheit der Privatversicherungen und deren Konkurrenz eine Seite der Sache noch zu berühren vergessen, das ist nämlich die Privatversicherung auf Gegenseitigkeit. Ich glaube, daß wir durch deren Zulassung uns die Ausführung des Unternehmens, das die verbündeten Regierungen vorhaben, wesentlich erschweren würden; wir würden auf diese Weise eine Konkurrenz herstellen, deren erstes Ergebnis notwendig eine Verteuerung des Unternehmens sein würde wegen Verkleinerung des Wirkungskreises. Der übergroße Wirkungskreis wird hier getadelt. Herr von Bötticher hat schon gesagt: er ist nicht größer als der mancher Privatgesellschaft. Aber gerade in seiner Größe liegt die Tragfähigkeit, und die staatliche Einrichtung würde außer-

ordentlich viel kostspieliger werden, wenn sie sich nicht auf das Ganze erstreckte. Die Verwaltung jeder einzelnen Genossenschaft würde kostspieliger werden, wenn sie einen beliebigen Unfall ihrerseits in partes übernehmen könnte für eigene Versicherung. Ich würde darin eine Lähmung sehen für das Gedeihen, die die Aufrichtigkeit, die Wirksamkeit unserer Probe, die wir machen, in Zweifel stellen würde, und die ich für gefährlich halte.

Ich würde nicht glauben, wenn ich auch alle diese Sachen der Spezialberatung vorbehalte, der Meinung der verbündeten Regierungen zu präjudizieren, wenn ich es ausspreche, daß ich meiner Ueberzeugung nach nur für eine exklusive einheitliche Versicherung stimmen kann ohne Konkurrenz der freien Versicherung. Ich kann mein Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß wir, um etwas zustande zu bringen, in der Krankenversicherungsfrage diese Konzession haben machen müssen. Indessen das ist jetzt geltiges Recht, darüber läßt sich weiter nicht streiten, und ich füge mich ohne weiteres dem, was besteht. Aber ich möchte diese Schwächung der Institution, die in der Beschränkung der Teilnahme eben liegt, doch nicht weiter ausdehnen.

Der Herr Abgeordnete Bamberger sagt, dies sei keine gewissenhafte Gesetzgebung. Ja, warum treibt ihn sein Gewissen denn nicht, sie anders zu machen durch seine Anträge? Diese Anklage ist ebenfalls eine ungerechte. Sie können vielleicht sagen: es ist eine unpraktische Gesetzgebung, es ist eine ungangbare Gesetzgebung; aber von Haus aus uns anzuklagen, daß wir gewissenlos wären, indem wir sie vorbringen, das ist gerade das Gegenteil von dem, was der Fall ist. Uns treibt nur unser Gewissen. Wir wenigen Leute, die wir jetzt die verbündeten

Regierungen vertreten, was haben wir denn von der Sache, ob es gut oder schlecht geht? Schlechte und gefährliche Entwicklungen können wir ebensogut vertragen wie Sie. Wir müssen es aushalten, wenn es über uns ergeht, wir sind den sozialen Gefahren nicht mehr ausgesetzt als Sie — das ist eine allgemeine Sache; und einen andern Grund als den, daß uns unser Gewissen treibt, unsere staatliche Pflicht, von der wir glauben, daß sie der Regierung obliegt, zu erfüllen, vorauszusetzen, ist eine Ungerechtigkeit, — ich will nicht sagen, eine absichtliche Verdächtigung, aber doch eine objektive Verdächtigung. Es ist ein Redeargument, das Kollegen des Herrn Bamberger wohl öfter anwenden, in Bezug auf die letzten Zwecke der Gesetzgebung. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat sich früher solcher Suggestionen, solcher Appelle an unser eigenes Gewissen enthalten, und ich möchte, daß er dabei bliebe. Daß wir zu den Assignaten kommen könnten, ist eine ungeheure Uebertreibung. Herr Bamberger überschätzt die Ausgabe, wenn er behauptet, sie wird auf 200 bis 300 Millionen kommen können, und selbst das wäre noch keine Assignatenwirtschaft für das Deutsche Reich, da bei weitem der größte Teil dieser Summe doch durch Beitragspflicht der leistungsfähigen und zahlbaren Genossenschaften aufgebracht werden würde. Die Summe aber übersteigt um das Vielfache — wenn die Sachverständigen sich darüber äußern, so werden sie den Irrtum besser nachweisen als ich — sie übersteigt um das Vielfache den wirklichen Betrag.

Der Herr Abgeordnete spricht nachher sein Bedauern aus über die „sozialistische Schrulle“. — Es ist doch eine harte Aeußerung, wenn man die sorgfältigen, drei Jahre lang erwogenen Entschliessungen der verbündeten

Regierungen in Deutschland, die sie Ihnen nochmals, zum dritten Male, vorlegen in der Hoffnung, endlich Ihre Zufriedenheit zu erlangen, mit dem Wort „sozialistische Schrulle“ bezeichnet; eine sozialistische Schrulle ist vielleicht die ganze Staatseinrichtung, und wenn jeder auf eigene Hand leben könnte, so wären vielleicht alle sehr viel freier, aber auch sehr viel weniger geschützt und gedeckt. Wenn der Herr Abgeordnete die Vorlage eine sozialistische Schrulle nennt, so sage ich einfach, es ist nicht wahr, und meine Behauptung hat so viel Recht wie die seinige.

Er braucht ferner den Ausdruck, daß die Alters- und Invalidenversorgung „chimärische Pläne wären“. Es kommt nachher das Wort nochmals in seiner Rede vor „chimärische Unternehmungen“. Der Herr möge mir den Ausdruck verzeihen, — darin liegt eine Ueberhebung des Urteils. Chimärisch ist nichts an unserer Vorlage; unsere Vorlagen sind vollständig natürlich, sie sind der Ausdruck eines vorhandenen Bedürfnisses. Ich habe die Ueberzeugung, der Herr Abgeordnete sieht vielleicht weiter in die Zukunft, er hat das deutsche Reich ja sehr viel früher thatkräftig erstrebt, als wir andern noch in preussischem Partikularismus befangen waren; er sieht also viel weiter in die Zukunft; es kann sein, daß er es ausführt. Dann kann ich nur sagen: „magnum voluisse“ ist auch etwas wert. Aber eine Chimäre ist die Erfüllung einer Staatspflicht niemals, und als solche erkenne ich sie an, als eine Gesetzgebungspflicht. Es ist in der That kein erfreuliches Gewerbe, sich einem Kunden gegenüber, wie der Abgeordnete Bamberger ist, diesen staatlichen Schusterdiensten zu widmen, wenn man uns mit Hohn, mit Undank bei wirklichen Anstrengungen behandelt, wenn

man eine Vorlage, die ausgearbeitet ist, um es Ihnen recht zu machen, als „Schrulle“ und „Chimäre“ bezeichnet. Ich möchte überhaupt empfehlen, daß wir in den Ausdrücken, mit denen wir gegenseitig unsere Bestrebungen charakterisieren, etwas milder wären. Die scharfen Ausdrücke dienen ja selten dazu, den andern dankbar zu überzeugen; im Gegenteil, er sucht nur nach mehr Waffen, um seine Ueberzeugung festzuhalten. Ich möchte doch vorschlagen, daß keiner von uns die Initiative ergreift, den Ton zu verlassen, in dem gebildete Leute bei uns in Berlin überhaupt miteinander zu verkehren pflegen. Ich möchte vorschlagen, denselben namentlich da nicht zu verlassen, wo man sich vor dem Publikum und in zahlreicher Versammlung über viele Stühle hinweg solche unfreundlichen Worte zuruft.

Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger davon spricht, daß einer sozialistischen Schrulle zuliebe das längst befestigte Versicherungswesen im Reiche aufgehoben werden solle, so erwidere ich: wenn der Staat sich überhaupt mit der Unfallversicherung beschäftigt, so ist das jetzige Versicherungswesen eben zu teuer. Es ist gefestigt, aber auf wessen Kosten? auf Kosten der notleidenden Armen und auf Kosten der Industrie, deren Exportfähigkeit durch die Lasten, die ihr durch die Versicherung auferlegt werden, gemindert wird, und diese Lasten gerade wollen wir unsererseits erleichtern durch die generelle und deshalb wohlthätige Einrichtung.

Ich glaube, ich bin am Ende des Fadens, den mir die Vorredner gegeben haben, angelangt, und habe dieser meiner Stellungnahme zu der Diskussion von gestern und vorgestern nur die Bitte hinzuzufügen, daß die Herren den verbündeten Regierungen ihrerseits entgegenkommen

und ihnen als Pfadfinder in einem unbekanntem Lande, das wir betreten, das zu betreten wir für eine staatliche Pflicht halten, als Führer nach Ihrer Erfahrung und Ihrer Ansicht dienen, aber nicht daran zweifeln, daß es uns ehrlich darum zu thun ist, den inneren Frieden und namentlich den Frieden zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu festigen und zu einem Ergebnis zu gelangen, wodurch wir in den Stand gesetzt werden, auf eine Fortsetzung dieses Ausnahmegesetzes, das wir Sozialistengesetz benennen, staatlicherseits zu verzichten, ohne das Gemeinwesen neuen Gefahren dadurch auszusetzen. (Bravo! rechts.)

Abgeordneter Bamberger meldete sich sogleich abermals zum Wort, erhielt dasselbe jedoch erst nach einer Rede des Abgeordneten Sonnemann, zu einer Zeit, wo Fürst Bismarck bereits das Haus verlassen. Er beschwerte sich deshalb über diesen Mangel an „Höflichkeit“, worauf ihm Staatssekretär v. Bötticher die Belehrung erteilte, daß der Reichskanzler durch Befehl des Kaisers zum Vortrage abberufen worden sei.

Das Unfallversicherungsgesetz ward diesmal, mit geringen Modifikationen, durch eine aus Konservativen und Klerikalen gebildete Mehrheit, der sich zuletzt auch die Nationalliberalen anschlossen, am 27. Juni endlich angenommen.

3. Die Verlängerung des Sozialistengesetzes.

20. und 21. März 1884.

Das gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gerichtete Gesetz vom 21. Oktober 1878*), zunächst auf eine dreijährige Dauer bemessen, sodann auf weitere drei Jahre — bis zum 30. September 1884 — erstreckt, ward von der Reichsregierung auch nach dem thatsächlichen Beginn einer positiven Sozialreform als notwendige negative Ergänzung derselben be-

*) Vgl. Bd. IX, S. 182 ff.

trachtet*). Die in der Eröffnungsrede vom 6. März 1884 angekündigte Vorlage, welche eine fernere Verlängerung bis zum 30. September 1886 in Aussicht nahm, gelangte in der 9. und 10. Sitzung, am 20. und 21. März 1884, zur ersten Lesung. Auf eine in ihrer Art glänzende Rede des Abgeordneten Bebel gegen die Vorlage erwiderte am ersten Tage der Debatte der preußische Minister des Inneren v. Puttkamer als Kommissar des Bundesrats, indem er die revolutionären Ziele der Sozialdemokratie hauptsächlich durch Anführungen aus dem Buche eben dieses Parteihauptes über „die Frau der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ grell beleuchtete. Nach ihm sprach der Abgeordnete Windthorst für seinen Antrag, die Vorlage, über deren Zweckmäßigkeit er sich nur zweifelnd und unbestimmt äußerte, zur Vorberatung einer Kommission zu überweisen. Er bestritt die Tragweite theoretischer Darlegungen, wie sie in jenem Bebel'schen Buche enthalten seien, klagte den Staat selber einer gewissen Hinneigung zu sozialdemokratischen Forderungen an — Fürst Bismarck habe neulich (in seiner Rede für das Unfallversicherungsgesetz) sogar von einer durch das Sozialistengesetz verhinderten „Selbstverteidigung“ der Sozialdemokraten gesprochen — und versäumte nicht, in bekannter Weise die kirchliche Gesetzgebung in Preußen als ein Haupthindernis besserer Zustände anzugreifen. Hierauf nahm der Reichskanzler das Wort:

Meine Herren, es lag nicht in meiner Absicht, nach dem erschöpfenden Vortrage, den mein Kollege zur Rechten über die Sache gehalten hat, überhaupt das Wort zu nehmen; ich bin nur dazu veranlaßt durch einige Bemerkungen, in denen meine Thätigkeit und meine Aeußerungen berührt worden sind, und namentlich durch den Appell, den der verehrte Herr Voredner in diesem Augenblick an mich gerichtet hat in Bezug auf den Vorschub, den seiner Meinung nach die preußische Gesetzgebung der Sozialdemokratie so, wie sie Herr von Puttkamer Ihnen geschildert hat, leistet. Ich möchte ihm da die Frage

*) Vgl. oben S. 167.

stellen, ob er mit der kirchlichen Gesetzgebung in Oesterreich seinerseits auch unzufrieden ist, ob da dieselben Ursachen obwalten, und ob sie auch dort als Erklärung für die bedauerlichen Verbrechen, die in neuester Zeit zum Durchbruch gekommen sind, gelten können. Ich habe mich bisher immer gefragt, und es ist ja als Maßstab für mich auch wünschenswert und notwendig, das zu wissen —, ob es richtig ist, daß, wenn die katholische Kirche in Preußen so gestellt wäre, wie in Oesterreich, Sie (zum Zentrum) ganz zufrieden sein würden. (Rufe im Zentrum: Nein!) — Also auch dann noch nicht? (Weiterkeit.)

Welches sind nun die Gründe, weshalb die Sicherheit, die Fortschritte zur rechten Ordnung, die bei uns vermißt werden, und deren Abwesenheit, deren Nichtvorhandensein der Herr Borredner zum Teil wenigstens mit unserer kirchlichen Gesetzgebung in Verbindung bringt, dort in Oesterreich auch etwas viel zu wünschen lassen? Ich möchte der Ueberschätzung entgentreten, die ich bei manchen Katholiken gefunden habe, daß nämlich gerade ihr Glaube stärker gegen die sozialdemokratischen Verirrungen wäre, daß er ein sicherer, festerer Schild dagegen wäre als andere christliche Konfessionen. Gehen Sie die Geschichte der Völker durch, und Sie finden die eigentümliche Erscheinung, daß gerade vorzugsweise die Katholiken sich durch ihre innere Einigkeit, durch innere Ordnung und inneren Frieden nicht ausgezeichnet haben. Nehmen Sie die Polen, nehmen Sie die Irländer, nehmen Sie die romanischen Völker, das allerchristlichste Frankreich: sie sind durch innere Streitigkeiten zerrissen worden. Die italienischen Zustände werden auch dem katholischen Bedürfnis nicht vollständig genügen. Die

katholischen Republiken von Südamerika bieten nicht dasselbe Bild eines geordneten und regelmäßigen Friedens, wie die nordamerikanischen Freistaaten; in England sind die Verhältnisse viel günstiger als in Irland, und die bisher fast ausschließlich evangelischen Staaten, wie Holland, Dänemark und Schweden, lassen in Bezug auf ihren sozialen Frieden kaum etwas zu wünschen übrig. Ich will keine Polemik beginnen, keinen Streit darüber, welche Form unseres Bekenntnisses zu Gott die richtigere und wirksamere auf diesem Felde sein wird, ich will nur gewissermaßen in der Abwehr auf diese Seite der Sache hinweisen, in der Abwehr gegen die Vorwürfe, als ob ich Mittel, die anderweit zur Sicherheit des ruhigen und friedlichen Bürgers getroffen wären, bei uns hinderte angewandt zu werden. Ich habe auf diesem Gebiete überhaupt keine so subjektive vorgefaßte Meinung, daß ich darüber nicht der Diskussion zugänglich wäre; aber man muß doch die Thatsachen prüfen. — Ich habe bei den katholischen Ländern Spanien nicht erwähnt; Sie werden aber auch da finden, daß die Erscheinung der sogenannten „schwarzen Hand“, die den russischen Nihilisten und unseren Sozialdemokraten der nicht parlamentarischen Art am ähnlichsten ist, auch dort durch den großen Einfluß der Priesterschaft nicht hat gehindert werden können.

Ich glaube also nicht, daß wir auf diesem Gebiet allein die Mittel zu suchen haben, um den Nebeln, mit denen wir kämpfen, entgegenzutreten, und ich glaube überhaupt nicht, daß es Mittel gibt, die sehr rasch und schnell wirken.

Wenn hier mehrfach von dem ersten Redner und auch wieder von dem Herrn Abgeordneten Windthorst darauf Gewicht gelegt ist, daß wir nur eine zweijährige

Verlängerung gefordert hätten, und daraus der Schluß gezogen worden ist, als hofften wir in zwei Jahren merklich vorwärts zu kommen mit der Heilung der Krankheit, so erlaube ich mir doch, die Aufmerksamkeit des Reichstags darauf zu verweisen, daß diese Fristbestimmung überhaupt von Hause aus gar nichts mit dem Gedanken zu thun hat, als ließe sich in einer absehbaren Zeit diese außerordentlich schwierige und großartige Aufgabe lösen, sondern daß sie lediglich dem Ausdruck des Mißtrauens der Majorität des Reichstags zu der Art, wie die Regierung ihre Vollmachten benutzen werde, zu danken ist. Sie haben alle paar Jahre sich überzeugen wollen, ob auch nicht von der Schärfe des Einschreitens gegen die Sozialdemokratie irgend ein ätzender Tropfen auf die Fortschrittspartei oder sonst wo abspritzen könnte. Sie haben uns auf zwei Jahre limitiert, um uns kontrollieren zu können; einen andern Grund hat es gar nicht; und wenn ich diesen zwei Jahren zugestimmt habe, so ist es in der Ueberzeugung geschehen, die mein Kollege Herr von Puttkamer auch aussprach, daß manchem die Zustimmung dadurch erleichtert werden würde, daß er nach zwei Jahren sich wieder überzeugen kann, ob die Regierung sich den Instruktionen und der Vollmacht, die sie durch das Gesetz erhalten hat, entsprechend verhält oder nicht.

Daß wir in zwei Jahren etwas erreichen könnten, habe ich nicht entfernt gedacht. Ich berufe mich darauf, — ich glaube, es war die Schlußäußerung in der Session im Oktober 1879, — daß ich schon damals mich für 2 $\frac{1}{2}$ Jahre ausgesprochen und hinzugefügt habe, niemand könne glauben, daß wir uns mit der Hoffnung schmickelten, in dieser kurzen Frist etwas zur Heilung des Uebels zu thun. Die positiven Bestrebungen, auf dem

Wege der Reform den Agitationen einen Teil ihres Bodens zu entziehen — den ganzen ihnen zu entziehen, das lassen wir uns nicht träumen, die Hoffnung haben wir nicht, aber doch die, das Uebel zu vermindern — die positiven Bestrebungen haben eigentlich erst im Jahre 1881 oder 1880 — ich weiß es nicht genau — begonnen mit der damaligen kaiserlichen Botschaft, die mir hier vorliegt, wo Seine Majestät gesagt hat:

Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde.

Also schon 1881 wird von der Sache gesprochen als von etwas Zukünftigem, was erst kommen wird.

In Bezug hierauf wird zunächst von den verbündeten Regierungen das Versicherungsgesetz gegen die Unfälle vorgelegt.

Und dann heißt es weiter:

Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu teil werden können.

Sie sehen, daß dort von der Anwendung der Mittel, von denen wir uns eine Besserung versprechen, doch nur als von etwas Zukünftigem, Langsamem gesprochen ist, und daß wir weit entfernt sind von so sanguinischen und optimistischen Hoffnungen, als könnten wir mit einem so tiefgreifenden Krankheitszustand in so kurzer Zeit fertig

werden. Wenn ich den Herrn Abgeordneten Windthorst richtig verstanden habe, so hat er die Regierung getadelt darüber, daß sie mit ihren Bestrebungen das sozialistische Gebiet beträte, den sozialistischen Zielen ziemlich nahe träte. Ich bin zweifelhaft gewesen, ob ich nach der sonstigen Stellung des Herrn Abgeordneten Windthorst diese Kritik, daß wir im Sozialismus zu weit gehen, auf unsere Reformvorlagen beziehen muß. Beim Abgeordneten Bebel bin ich nicht im Zweifel. Er hat mich willkommen geheißen in dem ihm vertrauten Element und gesagt, auf dem Gebiete würde ich der Lehrling sein und er der Meister. Nun, meine Herren, ich fürchte, dieser Meister wird an seinem Lehrling nicht sehr viel Freude erleben. (Heiterkeit.) Ich möchte auch den Herrn Abgeordneten bitten, zu überlegen, daß, wenn ich mich auf dem Wege der Gesetzgebung bemühen will, Uebel zu bekämpfen, ich den Trägern dieser Uebel in irgend einer Form näher treten muß, und daß meine Pflicht immer bleibt, zu untersuchen, ob ich einen Teil der Beschwerden, die der Krankheit zu Grunde liegen, für gerecht halte, ob ich ihm abhelfen kann und inwieweit. In diesem Sinne bin ich jedem Gegner nahe getreten, in diesem Sinne bin ich nicht bloß den Sozialisten, sondern auch der Fortschrittspartei, ja selbst den ausländischen Gegnern nahe getreten unter Umständen, wie man einer Krankheit nahe tritt, um zu sehen, wie man sie heilen kann. Der Abgeordnete Bebel hat überhaupt kein Recht, mein ziemlich bewegtes politisches Leben in der Weise durchzugehen, als ob ich einmal dies und dann wieder sehr viel anderes gewollt hätte. Ich habe schon öfter erklärt, daß ich in jeder Periode meines Lebens das gewollt und erstrebt habe, was ich für das Vaterland und den Herrn,

dem ich diene, am nützlichsten hielt. Es war nicht in jeder Periode dasselbe. Ich habe nicht in jeder Periode für alles Zeit gehabt. Es ist unmöglich, dafür die Gründe auseinanderzusetzen; sie sind mit unserer hohen — auswärtigen, will ich sagen — Politik eng verknüpft. Ich habe bis zu den Jahren 1876 und 1877 überhaupt nicht Zeit gehabt, mich um andere Angelegenheiten sehr viel zu kümmern, sondern bin genötigt gewesen, dieselben in den Händen Derer zu lassen, denen sie anvertraut waren. Sie werden mir zugeben, daß in den meisten Ländern, in den meisten Staatswesen großer Nationen, und namentlich in solchen, die in der Mitte von Europa liegen, und die Koalitionen und Angriffen anderer, wie die Geschichte nachweist, mehr ausgesetzt sind, als jede andere, die Last der auswärtigen Angelegenheiten allein ausreicht, um die Thätigkeit eines Mannes vollständig zu absorbieren, und daß für die inneren Angelegenheiten so sehr viel Zeit nicht übrig bleibt. Daher habe ich auch in Bezug auf die inneren Angelegenheiten, soweit ich für sie Zeit hatte, doch mich nicht viel mit dem Prüfen der Fehler, die etwa in unserem sozialen und wirtschaftlichen Wesen versteckt sein konnten, befassen können. Es sind stets die notwendigsten Neubildungen gewesen, mit denen ich mich befassen mußte. Kurz, ich bin erst seit sieben Jahren ungefähr zu der Muße von anderen mir wichtiger scheinenden Geschäften gelangt, daß ich überhaupt in unsere wirtschaftlichen Fragen mich hineinarbeiten konnte. Sie werden mir die Anerkennung nicht versagen, daß ich, seitdem ich erklärt habe, Zeit dazu zu haben, ununterbrochen mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände in irgend einer Richtung mich beschäftigt habe.

Die erste Nötigung in dieser Beziehung hat für

mich einerseits in den Gefahren gelegen, mit welchen 1878 die agitatorische Aufregung, die sich der Sozialdemokratie bemächtigt hatte, unsere Ruhe bedrohte, andererseits in den Verbrechen, die gegen das geheiligte Haupt Sr. Majestät des Königs begangen wurden, und die den ursprünglichen Ausgangspunkt der Gesetzgebung bilden, die uns heute beschäftigt, die heute noch besteht. Sind die Herren überzeugt, haben Sie die volle Sicherheit, daß dergleichen sich nicht wiederholen werde, nun dann werden Sie auch mit gutem Gewissen gegen die Verlängerung dieses mäßigen Schutzes sich aussprechen und gegen die Wiederkehr solcher Erscheinungen diesen geringen Schild wegwerfen. Aber Sie werden sich auch darüber nicht täuschen können, daß Sie damit eine erhebliche Verantwortlichkeit auf sich nehmen, die vielleicht durch den Erfolg nicht gerechtfertigt sein könnte. (Sehr wahr! rechts.) Dies kann um so mehr sein, als wir bisher, Dank der Politik seiner Majestät, uns in friedlichen und ruhigen Verhältnissen bewegen; nehmen Sie an, daß statt dessen Kriegsgefahren, Gefahren innerer Unruhen, kurz und gut Arbeitslosigkeit und Brotlosigkeit bei uns auftreten — Gefahren, denen wir in der Zeit der Blutarmut, der Anämie, im Jahre 1877 ziemlich nahe waren, und die ich zwar für einen glücklich überwundenen Standpunkt für den Augenblick ansehen darf, die aber wiederkehren können — nehmen Sie an, daß Arbeitslosigkeit eintritt, und daß zu den wenigen wirklichen Beschwerden viele Gründe des Hungers und Mangels an Arbeit treten, — sind Sie ganz gewiß, daß die Regierung, die dann am Ruder sein wird, die Zügel, die Sie ihr jetzt aus der Hand nehmen, wieder zu ergreifen und Widerstand zu leisten im Stande sein wird? Ich weiß es nicht; ich

schiebe die Verantwortung dafür Denjenigen zu, welche die Zügel zwischen die Pferde werfen, — sie werden inzwischen ruhig laufen, warten wir es ab.

Der Herr Vorredner hat es noch nicht an der Zeit gefunden, der Sache jetzt näher zu treten; er will Zeit gewinnen, — zur Ueberlegung, denke ich mir — durch eine Verweisung der Sache in eine Kommission, und er sagt: durch die bloße Androhung von Gewaltthaten, wie sie in einem Buche stehe, werde sein Herz noch nicht gerührt, — er muß Blut sehen. (Heiterkeit.) Ich finde darin die Theorie des preußischen Landrechts von der Notwehr einigermaßen reproduziert. Nach dem preußischen Landrecht, soviel ich mich erinnere, war man eigentlich zur Abwehr eines Angriffs erst dann berechtigt, wenn es zu spät war, wenigstens wenn man wehrlos war, man konnte wegen der Ungleichheit der Abwehrwaffen, deren man sich auf Angriffe bediente, in die größte Unannehmlichkeit geraten. Ich habe einen unschuldigen Menschen in Ermangelung anderer Räume im Zuchthause gesehen, lediglich weil er bei nächtlichem Einbruch in die Kasse des Herrn den Ladestock in die Brust gerannt dem, der im Dunkeln mit dem Messer einbrach. Man hatte den Mann nachher wegen Ueberschreitung der Notwehr auf ein Jahr ins Zuchthaus gesteckt.

Der Herr Abgeordnete Windthorst wird ja seine juristischen Gründe haben; aber ich bin so weit nicht Jurist, daß ich mich darauf einlasse. Ich halte doch da, wo es sich um so große Gegenstände und so große Interessen handelt, wie dies der innere Friede der gesamten deutschen Nation ist, prophylaktische Einrichtungen, wenn sie so wohlfeil sind, wie die jetzt vorliegenden, wenn ein so mäßiger und bescheidener Gebrauch davon gemacht

wird, für notwendig und will nicht abwarten, daß die Sache größere Dimensionen annimmt.

Der Herr Abgeordnete Windthorst hat sich dabei der Wahrnehmung nicht verschlossen, daß die Gefahr im Vergleich mit früher eigentlich zugenommen hat; er hat gesagt — er führte verschiedene Beispiele an, Hamburg, Meiningen, ich weiß nicht, ob noch andere, — es sei ein zunehmendes Wachstum der Sozialdemokratie bemerkbar; aber wenn er damit die Besorgnis anderer hat anregen wollen, so scheint doch die seinige nicht wach zu sein diesem Gedanken gegenüber. Er hat mehr Mut, als wir anderen, er sieht die Gefahr kommen, er sieht die Sozialdemokratie wachsen, er fürchtet sich aber nicht, er will abwarten, bis sie Feuer gibt, möglicherweise mit Dynamit oder Petroleum, und dann erst einschreiten. Ich halte das doch mit meinem Gefühl von Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit nicht verträglich, und ich möchte die Herren dringend bitten, die Sache einfach zu machen und ihr nicht in dem Maße die Wichtigkeit beizulegen, die sie von seiten der Gegner erfährt. Dem Staate geschieht kein erheblicher Schade.

Wenn nun trotz dieses Gesetzes die Zahl der Sozialdemokraten wächst, wenn die Organisation vorsichtiger geworden ist, wenn, wie der Herr Abgeordnete Bebel anzunehmen schien, eigentlich unter der Aegide dieses Gesetzes eine Art Eldorado für die sozialdemokratischen Bestrebungen eingetreten ist, die nirgend besser prosperieren, als in dem Treibhaus dieses Spezialgesetzes, dann sollte er doch zufrieden sein, dann, hoffe ich, stimmt er selbst dafür, damit die Vorteile der Sozialdemokratie nicht verloren gehen: hoffentlich thut er es; wenn er es nicht thut, so kann ich sein Verhalten mit seiner Rede nicht vereinigen.

Wenn die Sozialdemokratie trotz der, ich will nicht sagen Lähmung, aber Abschwächung ihrer Agitation, die sie erleidet unter der Regie dieses Gesetzes, dennoch fortwährend sich im Wachstum befunden hat, wenn die Zahl der Unzufriedenen sich mehrt, so liegt das nicht in der Wirkung des Gesetzes, sondern daran, daß der Sozialdemokratie noch die Agitationsbestrebungen anderer Parteien zur Seite stehen, die fortschrittliche Agitation gegen die Regierung, die Verdächtigung der Regierung in der fortschrittlichen Presse, die Verächtlichmachung der Regierung, wodurch Mißtrauen gegen die Regierung, ja selbst gegen die Intentionen Seiner Majestät, wie sie in der Botschaft ausgesprochen sind, wachgerufen wird. Das alles muß die Zahl der Unzufriedenen vermehren, die Zahl derjenigen, die von dieser Regierung nichts erwarten, zu ihr kein Vertrauen haben und zum Kaiser nicht. Ohne das Vertrauen aber bei den Arbeitern zu wecken, ist es unmöglich, daß wir mit unseren Reformbestrebungen etwas bei ihnen ausrichten. Wenn der sozialistisch angehauchte Arbeiter in seiner eigenen Zeitung — es ist vielleicht eine fortschrittliche Zeitung oder eine andere, es braucht nicht eine sozialistische zu sein — liest, was die verbündeten Regierungen, nicht bloß die sogenannte Reichsregierung und die Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs, für üble Menschen sind, was sie für schmutzige Nebenzwecke haben bei der Politik, die sie verfolgen, was für unredliche und der Freiheit wie der Verfassung gefährliche Leute sie sind, so muß er uns doch für eine Sammlung der elendesten Bösewichte halten, die sich zufällig der Unterschrift des Kaisers bemächtigt haben, und die zu beseitigen das Recht jedes ehrlichen Bürgers ist. Wenn ein Arbeiter, dessen Bildungsgrad ihn nicht in

den Stand setzt, die gesamten Verhältnisse unseres Vaterlandes zu übersehen, hört, daß in Wahlreden Herren, die die Zierde der Wissenschaft sind, aber in der Politik bisher etwas dem Lande Nützliches nicht ausgerichtet haben, Herren von hoher Bildung und angesehenem Namen, von den Trägern der Staatsgewalt, von der Regierung mit einer Geringschätzung sprechen und mit einer nachteiligen Beurteilung — wie soll der Arbeiter da nicht denken: mein Gott, was sollst du von denen erwarten? die treiben, um mit dem Organ des Herrn Abgeordneten Richter zu sprechen, „Schnapspolitik“; das heißt, die Brennereien und die teuren Schnapspreise — das sind die eigentlichen Zwecke, die der Reichskanzler verfolgt. Wenn solche Worte in die Masse geworfen werden, — wo soll das Vertrauen herkommen, dessen die Massen bedürfen, um der Regierung zu folgen? (Sehr richtig! rechts.)

Die fortschrittlichen Bestrebungen untergraben das Vertrauen zur Regierung und sind die wichtigsten Vorarbeiter zur Verbreitung der Sozialdemokratie, und der fortschrittlichen Presse schreibe ich den numerischen Zuwachs, den die Sozialdemokratie erhalten hat unter der Wirkung dieses Gesetzes, zu. Die Leute müssen ja mit Haß und Verachtung gegen die Regierung erfüllt werden, wenn sie diese ungerechten und verlogenen Deklamationen hören und lesen. Ich könnte dem Wort „Schnapspolitik“ des Herrn Abgeordneten, dem es zugeschrieben wird, ganz ähnliche Worte und Begriffe gegenüberstellen. Wenn diejenigen Herren, die von der Presse vorzugsweise leben und die im Preßgewerbe ihr Einkommen und ihre Nahrung finden, vorzugsweise bemüht gewesen sind, unsere Preßgesetzgebung so zu gestalten, daß das Preßgewerbe

möglichst einträglich geworden ist, und sie wenig geniert werden, — wenn sie das mit Erfolg erreicht haben, ist es da unsereinem eingefallen, von „Preßbengelpolitik“ zu sprechen? (Sehr gut! rechts.) Wäre nicht das ebenso berechtigt gewesen, wie die freche Beleidigung, die im Worte „Schnapspolitik“ liegt?

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Windthorst will erst einschreiten, wenn zur That geschritten ist; aber derjenige, der zur That verführt, der die Unzufriedenheit dahin treibt, indem er durch Versprechungen notleidende Leute aufmuntert, sich selbst zu helfen, und, wenn sie endlich dazu gebracht sind, dann nicht da, sondern irgendwo anders ist und ruhig wartet, daß die Saat aufgeht, die er gesät hat, — der fortschrittliche Abgeordnete — um Gotteswillen! kein Abgeordneter, der fortschrittliche Zeitungsschreiber, will ich sagen; das wird nie ein Abgeordneter thun — der seinerseits die Absichten der Regierung als egoistisch, als Unsinn, als freiheitsfeindlich darstellt, der in Wahlreden — natürlich wird er nicht gewählt, denn es soll ja von keinem jetzigen Abgeordneten gesagt werden — der Wahrheit ins Gesicht schlägt und von Dingen erzählt, die er besser weiß, und der nachher, wenn man ihn wegen Injurien belangt, sagt, so hätte er es nicht gemeint, — — der trägt ebenso gut zur Vergiftung des gemeinen Mannes bei, wie der Herr Abgeordnete Bebel, dessen Werk eben verlesen ist. (Sehr richtig! rechts.) Sie sind bloß weniger faßbar, und ich klage vor Deutschland die Fortschrittspartei an, daß sie in ihren Reden, Preßorganen und Verdächtigungen gegen die Regierung die Unzufriedenheit im Lande nährt und schürt. (Bravo rechts. Lachen links.) — Lachen kann ein jeder, aber besser machen kann es nicht. Das er-

innert mich an den Tambourmajor; Sie machen keinen Eindruck mit diesen Demonstrationen, die verabredeter Art sind — lassen Sie es sein! Als Herr von Puttkamer sprach, hat sich eine Gruppe in der Gegend von dem Herrn Abgeordneten Struve — ich weiß nicht, wo er zu sitzen pflegt — gebildet, die durch unartifulierte Töne den Redner zu unterbrechen suchte. Widerlegen Sie mich, aber lachen — wie leicht ist das! Sie glauben gar nicht, wie ich lache, wenn Sie nicht dabei sind. (Heiterkeit rechts.)

Der Plan der Reform, den wir nach dem Willen des Kaisers und der verbündeten Regierungen befolgen, läßt sich ja nicht in kurzer Zeit ausführen; er bedarf zu seiner Ausführung eines Zeitraums von Jahren. Wir hatten uns bemüht, die Lage der Arbeiter nach drei Richtungen hin zu verbessern; einmal, indem wir zu einer Zeit, wo die Arbeitsgelegenheit gering und die Löhne niedrig geworden waren, zum Schutze der vaterländischen Arbeit Maßregeln getroffen haben gegen Konkurrenten, mit anderen Worten, Schutzzölle eingeführt haben zum Schutze der inländischen Arbeit. Infolge dieser Maßregeln hat sich eine wesentliche Besserung der Löhne vollzogen und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die Arbeit hat sich seitdem immer mehr wieder eingefunden, und Sie bemühen sich vergebens, andere Gründe dafür zu suchen. Ich glaube im Gegenteil, diese Erscheinung muß eine erhebliche Rückwirkung auf die Beruhigung der sozialistischen Bestrebungen haben. Wer noch die Erinnerung an die Zeit von 1877 bis 1878 hat, an die damaligen Zustände, der wird nicht leugnen, daß doch selbst in den ausländischen Schriften die Hoffnung, an die Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihrem Schicksal

Umsturzpläne zu knüpfen, einigermaßen vermindert ist. Also Nutzen hat dieses schutzöllnerische System zu dem Zweck gehabt.

Ein zweiter Plan, der im Sinne der Regierung liegt, ist die Verbesserung der Steuerverhältnisse, indem eine geschicktere Verteilung derselben gesucht wird, wodurch namentlich die drückenden Steuerexekutionen wegen kleiner Beträge, wenn nicht abgeschafft, so doch wesentlich vermindert und vielleicht einer weiteren Verminderung entgegengeführt werden. Die Steuerexekutionen haben sehr viel kleine Existenzen im Arbeiterstande früher vernichtet und umgeworfen, und die wenigen Groschen, die für die Steuer am bestimmten Termin aufzubringen waren, sind auch oft der Grund gewesen, warum eine Familie, die nicht gerade auf der untersten Stufe der Wohlhabenheit stand, zurückgeworfen wurde in das Elend. Sie sagen nun, wir hätten mit der einen Hand gegeben und mit der anderen genommen, wir hätten in indirekten Steuern den Arbeitern sehr viel mehr auferlegt, als in den direkten. Das ist eine falsche Berechnung, eine Unwahrheit, die dem Arbeiter leicht aufzuhängen ist, die aber doch nicht wahr ist. Wenn Sie dem Arbeiter vorrechnen, was er für Del und Petroleum und Getreide jetzt an Eingangszoll bezahlen muß und für Speck und was weiß ich, so verschweigen Sie ihm immer, daß weder das Brot noch das Petroleum einen Pfennig teurer geworden sind; im Gegenteil, sie sind trotz der vorigen, ich kann wohl sagen Mißernte, die wir im Lande gehabt haben, noch wohlfeiler als früher. Dies beweist, daß die Rechnung nicht richtig ist, wenn Sie sagen, daß dem Arbeiter 60 Mark speziell auferlegt worden sind; aber selbst, wenn dadurch eine Verteuerung stattfand, so ist

ganz sicher, daß es der Arbeiter nicht in letzter Instanz bezahlt. Er bezahlt sie vielleicht das erste Mal, aber die Abwälzung dieser Summe auf den Arbeitgeber und von dem Arbeitgeber auf den Konsumenten ist ja eine ganz zweifellose. Das sogenannte eberne Lohngesetz, daß ein einfacher Arbeiter nie mehr verdienen kann, als er zur notwendigen Erhaltung und zur Bestreitung seiner notwendigen Lebensbedürfnisse braucht, hat eine gewisse Wahrheit, ist aber doch *cum grano salis* zu verstehen. Diese Wahrheit wechselt nach Zeit und Ort. Das, was ein Arbeiter an Notwendigem gebraucht, ist der Zeit nach verschieden. Wer von uns fünfzig Jahre zurückdenken kann, der wird wissen, daß der ganze Lebensstand eines Arbeiters, die Nahrung, die er zu sich nahm, die Wohnung, die Kleidung, die er und seine Kinder trugen, heutzutage besser geworden sind als damals, und daß heutzutage zu dem, was der Arbeiter notwendig gebraucht, eine bessere Kleidung, eine bessere Nahrung, eine bessere Wohnung als damals gehören. Ebenso örtlich. Ich beschäftige Arbeiter in Holstein und in Pommern. In Holstein ist der Taglohn um 50 Prozent höher als in Pommern, weil die Landesitte dahin geht; nicht daß das Geld dort weniger wert wäre. Es liegt überhaupt nicht am Wechsel der Abnahme des Geldwertes, sondern es liegt daran, daß der holsteinische Arbeiter gewohnt ist, ein höheres Maß von Wohlleben, als notwendig ist zu seinem Bestande, zu haben; und was bleibt mir als Arbeitgeber anders übrig, als daß ich diese Notwendigkeit befriedige? Es ist also der klarste Beweis, daß der Arbeiter das, was er zu seinem Lebensbedarf gebraucht und notwendig hat, auch auf den Arbeitgeber abwälzt, und daß das eberne Lohngesetz in Bezug auf die Höhe

des Lohnes ganz unzweifelhaft nicht richtig ist. Es ist ganz unmöglich, daß auf die Dauer ein Betrieb fortbesteht, dessen Arbeiter nicht das bekommen, was sie zu ihrer üblichen und gebräuchlichen Existenz brauchen; denn wenn sie es nicht bekämen, würden sie einfach diesen Betriebszweig aufgeben oder nach Amerika auswandern, was ja ganz leicht ist; es muß ihnen die Lohnerhöhung gewährt werden, die den steigenden Brotpreisen entspricht. Man nehme die Bedürfnisse, die wir alle befriedigen: Schuhzeug, Kleider u. s. w. Wenn jemand zurückdenkt, was er vor fünfzig, vierzig oder dreißig Jahren für ein Paar Stiefel bezahlt hat, und was er heute dafür geben muß, so wird er sich sagen: der Wert des Geldes ist etwas gefallen, aber so viel nicht; dagegen lebt der Schuhmacher, von dem wir die Stiefel bekommen, besser, seine Frau ist besser angezogen, seine Kinder werden besser erzogen, sie streben höher hinauf. Der Schuhmacher ist also im stande, das, was er nach seiner jetzigen Ueberzeugung mehr braucht, als er vor fünfzig, vierzig oder dreißig Jahren brauchte, von seinen Kunden wieder einzuziehen, und wir bekommen keinen Stiefel, wenn wir das nicht bezahlen. Darin also besteht der große Trugschluß, der den Arbeitern gegenüber gemacht wird, der Trugschluß, daß sie die Erleichterung, die ihnen durch Abschaffung der Klassensteuer geworden ist, vielfach bezahlen müßten durch Auflagen auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse, deren Preise die Arbeiter nicht gewachsen sind. Ich wünsche nur, daß es möglich wäre, auch in den kommunalen Abgaben, und in Preußen namentlich in den übermäßigen Ansprüchen, die an die Gemeinden für Schulzwecke gestellt werden, eine anderweitige Entlastung eintreten zu lassen. Das ist aber

nur möglich, wenn Staatsmittel überwiesen werden können, und um diese überweisen zu können, müssen sie durch anderweitige Zuschüsse gedeckt werden. Bei diesen anderweitigen Zuschüssen von indirekten Steuern auf Luxusgegenstände haben wir uns aber bisher, um mich englisch auszudrücken, einer obstruction, einer Obstruktion, gegenüber befunden; es ist uns die Tabaksteuer und die Lizenzabgabe verweigert worden, und wir können hier erst helfen, wenn Sie uns Geld bewilligen; denn selbst können wir es nicht beschaffen.

Der dritte Zweig der Reformen, die wir erstreben, liegt in der direkten Fürsorge für die Arbeiter. Die Frage von Arbeitszeit und Lohnhöhe ist durch staatliche Einwirkung, überhaupt durch Gesetze außerordentlich schwierig zu lösen, durch irgend eine Festsetzung, die man macht, läuft man Gefahr, in die persönliche Freiheit, seine Dienste zu verwerten, sehr erheblich und unnütz einzugreifen; denn wenn man die milchgebende Kuh oder die eierlegende Henne mit einemmale schlachtet, so geht damit die Industrie ein, um die es sich handelt, weil sie die ihr aufzulegende Last der kurzen Arbeit für hohe Löhne nicht tragen kann; dann leidet darunter der Arbeiter ebenso wie der Unternehmer. Das ist also die Grenze, die geboten ist, und vor der jede gesetzliche Einwirkung Halt machen muß. Ich habe darüber auch nur sporadische lokale Klagen gehört; der eigentliche Beschwerdepunkt des Arbeiters ist die Unsicherheit seiner Existenz; er ist nicht sicher, daß er immer Arbeit haben wird, er ist nicht sicher, daß er immer gesund ist, und er sieht voraus, daß er einmal alt und arbeitsunfähig sein wird. Versällt er aber der Armut auch nur durch eine längere Krankheit, so ist er darin nach seinen eigenen

Kräften vollständig hilflos, und die Gesellschaft erkennt ihm gegenüber bisher eine eigentliche Verpflichtung außer der ordinären Armenpflege nicht an, auch wenn er noch so treu und fleißig die Zeit vorher gearbeitet hat. Die ordinäre Armenpflege läßt aber viel zu wünschen übrig, namentlich in den großen Städten, wo sie außerordentlich viel schlechter als auf dem Lande ist. Wenn wir in den Berliner Zeitungen lesen von Selbstmord aus Nahrungsforgen, von Leuten, die direkt Hungers gestorben sind und sich aufgehängt haben, weil sie nichts zu essen gehabt haben, von Leuten, die in der Zeitung ankündigen, sie wären obdachlos hinausgeworfen und hätten kein Unterkommen, so sind das lauter Dinge, die wir vom Lande nicht kennen und nicht verstehen. Da würde sofort der Landrat und die Polizei erscheinen und den etwa Ermittelten wieder einsetzen und dem Hungernden durch Exekution zu Speise und Trank verhelfen. Nahrungsforgen sind da gar nicht möglich. Nun scheint es aber, daß diejenige landrätliche Behörde, die die Aufsicht über Berlin hat, nicht mit gleicher Schärfe verfährt wie die übrigen in der Provinz. Indessen für den Arbeiter ist das immer eine Thatsache, daß der Armut und der Armenpflege in einer großen Stadt zu verfallen gleichbedeutend ist mit Elend, und diese Unsicherheit macht ihn feindlich und mißtrauisch gegen die Gesellschaft. Das ist menschlich nicht unnatürlich, und so lange der Staat ihm da nicht entgegenkommt, oder so lange er zu dem Entgegenkommen des Staats kein Vertrauen hat, so lange ihm dies Vertrauen zur Ehrlichkeit des Staats durch die Verdächtigungen der Regierung genommen wird, da wird er, wo er es finden mag, immer wieder zu dem sozialistischen Wunderdoktor

laufen, wie das Herr von Puttkamer vorhin uns vorgelesen hat, und ohne großes Nachdenken sich von ihm Dinge versprechen lassen, die nicht gehalten werden. Deshalb glaube ich, daß die Unfallversicherung, mit der wir vorgehen, sobald sie namentlich ihre volle Ausdehnung bekommt auf die gesamte Landwirtschaft, auf die Baugewerke vor allem, auf alle Gewerke, wie wir das erstreben, doch mildernd auf die Besorgnis und auf die Verstimmung der arbeitenden Klassen wirken wird. Ganz heilbar ist die Krankheit nicht, aber durch die Unterdrückung äußerer Symptome derselben, durch Zwangsgesetze halten wir sie nur auf und treiben sie nach innen. Darauf allein kann ich mich nicht einlassen.

Ich möchte noch eine andere Bemerkung des Herrn Vorredners resümieren. Derselbe behauptete, ich hätte von der „Selbstverteidigung der Sozialdemokratie“ gesprochen. Mir ist der Wortlaut nicht genau erinnerlich, ich habe auch den Bericht darüber nicht bei der Hand. Sollte ich aber das wirklich gesagt haben, so würde ich mich unrichtig ausgedrückt haben. Gemeint habe ich die „Selbstverteidigung des Arbeiters“, die doch auch beschränkt ist. Es können durch dies Gesetz unter Umständen ganz ähnliche Bestrebungen zur Verbesserung des Loses der Arbeiter, die mit denen des Staates nicht notwendig im Kampfe stehen, getroffen werden, und da habe ich allerdings gesagt: unser Recht, die Ausnahmegesetze fortbestehen zu lassen, schöpfen wir aus der Pflicht und aus der Erfüllung der Pflicht einer christlichen Gesetzgebung. Nennen Sie es „sozialistische Gesetzgebung“ auf der Fortschrittsseite, — ich ziehe den Ausdruck „christlich“ vor. Der Sozialismus der Zeit der Apostel ging noch sehr viel weiter. Wenn Sie die Bibel viel-

leicht einmal lesen wollen, werden Sie verschiedenes aus der Apostelgeschichte darüber finden. So weit gehe ich in unseren heutigen Zeiten nicht. Den Mut aber zu Repressionsmaßregeln schöpfe ich nur aus meinem guten Willen, daran zu arbeiten, daß die wirklichen Beschwerden, die wirklichen Härten des Schicksals, über die die Arbeiter zu klagen haben, so weit eine christlich gesinnte Staatsgemeinschaft es vermag, gemildert werden, und ihnen abgeholfen wird. Wie weit, ja das ist Sache der Ausführung; aber durch die Schwierigkeit der Ausführung wird die Pflicht, zu thun, was man für Pflicht erkannt hat, nicht aufgehoben, und, wie ich schon neulich sagte, vom Erfolg ist unser Vorgehen vollständig unabhängig.

Ich bin durch die Mannigfaltigkeit des Stoffes in der Erwiderung nicht in der Lage gewesen, auf das System der eigentlichen Vorlage einzugehen, und ich habe auch gefürchtet, Ihnen noch einmal zu sagen, was Herr von Puttkamer Ihnen schon besser gesagt hat. Ich will deshalb schließen mit der Bitte: nehmen Sie die Vorlage einfach an. Verweisen Sie sie an die Kommission, gut, so wird sich ja darin auch darüber reden lassen; ich würde es aber bedauern; es ist nicht gerade direkt eine Ablehnung, aber ich prognostiziere daraus schon die Ablehnung und sehe sie voraus. Ich würde also das als eine ungünstige Aufnahme ansehen, wenn Sie sie in die Kommission verweisen. Wir können ja mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst, der selbst doch noch sehr zweifelhaft über seine Stellung zur Sache war, nicht wissen, wie sie aus der Kommission wieder herauskommt. Aber vor allen Dingen möchte ich diejenigen Parteien, die nicht zur Sozialdemokratie gehören, und die angeblich von der Entwicklung derselben dieselben Befürchtungen,

wie alle übrigen haben, bitten, daß sie aufhören mit Verdächtigungen der Regierung in den Augen des gemeinen Mannes, und daß sie nicht ein Feuer anzünden, das sie selbst zu löschen ganz außer stande sind. (Lebhafte Bravo rechts.)

An der Diskussion des zweiten Tages, 21. März, die mit der Annahme des Windthorst'schen Antrages auf Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission endete, beteiligte sich der Reichskanzler nur durch eine kurze Bemerkung auf eine Rede des Abgeordneten v. Jazdzewski. Der letztere machte für die vom Fürsten Bismarck erwähnten inneren Zermürfnisse im ehemaligen Polen die Intriguen der Nachbarmächte verantwortlich und versuchte außerdem, das Auftreten sozialdemokratischer Tendenzen in der Provinz Posen während der letzten Jahre zu der kirchlichen Politik der preußischen Regierung, der „Behandlung des Erzbischofs“, in Beziehung zu setzen. Fürst Bismarck entgegnete:

Ich habe bei Gelegenheit dieser Diskussion nicht die Absicht, die preußische Kirchenpolitik hier zu vertreten oder auch nur zu diskutieren. Ich möchte nur den Herrn Vorredner, der gewiß mehr als ich mit der Geschichte seiner eigenen Heimat vertraut ist, darauf aufmerksam machen, daß die polnischen Wirren und die tragischen Folgen, welche sie für die Republik Polen schließlich gehabt haben, doch ursprünglich nicht von den fremden Mächten, den Nachbarn und deren Intriguen ausgegangen, sondern durch die innere Spaltung, vorwiegend religiöser Natur, herbeigeführt worden sind. Ich erinnere nur an die Konföderationen von Bar und Targowice, die Ihnen ja bekannt sind, und die weiteren Folgen der Unterdrückung der Dissidenten, welche die Einmischung der Fremden herbeigezogen hat. Die Mehrzahl der Dissidenten waren Russen griechischer Konfession. Aber auch die Unterdrückung der evangelischen Kirche, wie das

Thorner Blutbad von 1724 bezeugt, war nicht unbeteiligt an diesen konfessionellen Wirren, durch welche künstlich die Heranziehung der Nachbarn, die ausländische Einmischung — das, was der Herr Vorredner Intriguen der Großmächte nannte — herbeigeführt wurde. Wären die Dissidenten nicht in dieser Weise verfolgt worden, wäre nicht die Gegenreformation durch die Jesuiten vorhergegangen, welche selbst die großen polnischen Familien evangelischer Konfession, deren Nachkommen heut als eifrige Katholiken unter uns leben, gezwungen, zum Katholizismus zurückzutreten, wären nicht die evangelischen Polen unterdrückt worden, wie in Thorn und an andern Orten geschehen ist, dann wären die Polen vielleicht eine kompakt geeinte Masse von 16 Millionen geblieben, welche die Teilung zu hindern vermochte. Ich kann deshalb die Unrichtigkeit meiner gestrigen Ausführungen der historischen Kritik des Herrn Vorredners gegenüber nicht zugeben.

4. Vorsicht in staatsrechtlichen Formen.

26. März 1884.

In der zwölften Sitzung der Session, am 26. März 1884, kam ein Antrag der Abgeordneten Barth und Dirichlet im Reichstage zur Beratung, der eine Mahnung an den Bundesrat enthielt, die im Tabaksteuergesetz vom Juli 1879 vorgesehenen Ausfuhrvergütungssätze durch weitere Steigerung der bisher geleisteten auf die normale Höhe zu bringen. Nach der einleitenden Rede des Antragstellers Dr. Barth erhob sich Fürst Bismarck zu folgender Aeußerung.

Bevor einer der anderen Herren Mitglieder und Kommissarien des Bundesrats das Wort über die tech-

nische Seite der Sache ergreift, erlaube ich mir einige Worte über die Form des Antrages zu sagen, die meiner Ansicht nach mit dem bestehenden Reichsstaatsrecht nicht vollständig übereinstimmt. Dieselbe geht dahin:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, beim Bundesrat zu beantragen.

Ich will zunächst nur im vorliegenden Falle den Grund anführen, der mich davon abhalten würde, einen solchen Antrag zu stellen. Derselbe würde nämlich in der gewünschten Form die Natur eines Exzitoriums an den Bundesrat haben, welches ich, als Vorsitzender desselben, in Bezug auf seinen Geschäftsgang geltend machte; es würde damit die Voraussetzung ausgesprochen sein, daß der Bundesrat aus eigenem Antrieb nicht schnell genug die ihm gesetzlich obliegende Aufgabe erfüllte. Der Bundesrat ist nun aber mit der Sache un-
ausgesetzt beschäftigt gewesen, sein letzter Beschluß ist, glaube ich, kaum drei Monate alt, ist im Dezember gefaßt, ist sorgfältig erwogen worden und hat eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung zur Folge gehabt, und der nächste Beschluß, der den Uebergang in den künftigen Normalzustand der vollen Ausfuhrvergütung herbeiführen wird, steht in ganz kurzem bevor. Es könnte durch die Annahme eines solchen Antrags den Anschein gewinnen, als ob der Bundesrat nicht proprio motu darauf gekommen wäre, dem Tabakproduzenten sein ihm gesetzlich zustehendes Recht rechtzeitig zu gewähren, sondern als ob es der Anregung der Herren Antragsteller Dr. Barth und Dirichlet bedurft hätte, um den Bundesrat an die rechtzeitige Pflichterfüllung zu erinnern. Ich würde eine Ungerechtigkeit gegen diese sehr arbeitsame Behörde be-

gehen, wenn ich, als ihr Vorsitzender, einen solchen Antrag stellen wollte.

Außerdem liegt darin eine, wie ich glaube, der Verfassung nicht entsprechende Auffassung der Stellung des Reichskanzlers. Es ist mir ja häufig, namentlich von Angehörigen der Partei, von der dieser Antrag ausgeht, vorgeworfen worden, daß ich auf Erweiterung meiner Machtbefugnisse bis zur Stelle eines Hausmeiers — oder wie die Bezeichnung sonst lautete — bedacht wäre. Die Herren thun ja aber selbst alles, um die Stellung des Reichskanzlers breiter und gefürchteter zu machen, indem Sie Ihre Wünsche, die an den Bundesrat gehören, in der Regel an den Reichskanzler richten, bald in der freundlichen Form des „Ersuchens“, bald in der barscheren einer „Aufforderung“. Ich bin dazu gar nicht berufen, Ihre Aufträge an den Bundesrat zu besorgen; Sie haben einen viel direkteren Weg: Sie fassen Ihre Beschlüsse und teilen Sie durch Ihr Präsidium dem Bundesrat mit. Die vorliegende Form wäre ungefähr dieselbe, als wenn im Bundesrat beschlossen worden wäre, Ihren Herrn Präsidenten zu ersuchen, er möge hier einen Antrag stellen, dies oder das zu beschließen. Beide gesetzgebenden Körper stehen sich in der Verfassung mit gleichen Rechten in dieser Beziehung gegenüber. Der Bundesrat ist dem Reichstag gegenüber das andere gesetzgebende Haus, und man kann mir, der ich nicht als Reichskanzler, sondern als preussischer Bevollmächtigter zum Bundesrat hier anwesend bin, nicht ein Kommissorium erteilen, im Bundesrat gewisse Anträge zu stellen. Ich kann Anträge im Bundesrat nur auf Veranlassung Sr. Majestät des Kaisers resp. Königs von Preußen stellen, je nachdem sie geschäftsleitende Anträge des

Reichskanzlers oder gewöhnliche Anträge sind, die jedes Mitglied stellen könnte. Ich habe nicht den Beruf, bestimmte Reichstagsbeschlüsse dort zu vertreten. — Wohl bin ich gern bereit, die Beförderung zu übernehmen; aber ich kann weder mitwirken bei solchen Reichsbeschlüssen, noch kann ich hier eine Verpflichtung übernehmen, — und das würde ich thun, wenn ich dazu schwiege, — Anträge in einem bestimmten Sinne zu stellen, von denen ich noch nicht weiß, ob der Kaiser und König damit einverstanden ist, und von denen ich weiter auch nicht weiß, ob das preußische Staatsministerium, mit dessen Ermächtigung und Uebereinstimmung allein preußische Anträge gestellt werden könnten, ihnen zustimmen wird. Es könnte — nur um unsere staatsrechtlichen Beziehungen klarzulegen, ergreife ich hier das Wort — es könnte in dem Antrage Barth ebenso gut statt des Reichskanzlers stehen: den Königlich württembergischen Bevollmächtigten zum Bundesrat oder irgend einen anderen zu ersuchen. — Sie wünschen durch einen Reichstagsbeschluss einen im Bundesrat zu stellenden Antrag hervorzurufen. Meines Erachtens ist der Weg einfacher und kürzer, daß Sie in Form einer Resolution oder eines Antrages auf gesetzliche Bestimmung Beschluß fassen; dieser Beschluß wird unweigerlich dem Bundesrat behändigt und von seiner Seite durch einen Beschluß, der Ihnen späterhin mitgeteilt wird, erledigt werden. Ich möchte nur den Reichskanzler hier aus dem Gefecht ziehen und verhindern, daß die Figur desselben für solche Augen, die die Verfassung nicht genau lesen, größer erscheint, als sie in der That ist, und ihren Schatten auf die Autorität des Bundesrats wirft.

Des weiteren befürwortete Abgeordneter Buhl die baldige

Gewährung der vollen Exportvergütung und rügte, daß der Abgeordnete Barth, mit dem er vorm Jahr den nämlichen Antrag gemeinsam gestellt, der auch von ihm selber beabsichtigten Wiederholung desselben diesmal einseitig vorgegriffen. Hieran knüpfte der Reichskanzler die fernere Bemerkung:

Ich glaube, der Herr Vorredner hat aus ganz denselben Gründen das Wort ergriffen wie ich, nämlich um in Bezug auf eine Sache, über welche eine Meinungsverschiedenheit weder in diesem Hause noch im Bundesrate vorhanden ist, zu konstatieren, daß es nicht die Herren Antragsteller allein sind, welche den in ihrem Antrage ausgesprochenen Wunsch hegen. Die letzte Wendung des Herrn Vorredners hat mich darüber erst aufgeklärt. Ich verstand sonst bis dahin nicht recht, warum er mit solcher Wärme eine Sache verteidigte, über die meines Wissens gar keine Meinungsverschiedenheit vorhanden ist. Der Antrag erinnert mich etwas an das französische Sprichwort: „enforcer des portes ouvertes“; es ist, als ob die Herren die Thüren erst einschlagen müssen, die vollständig breit und offen stehen, als ob der Bundesrat seinerseits die Absicht haben könnte, die jetzige unvollständige Vergütung noch eine lange Zeit beizubehalten, und als ob es erst des Antrages Dr. Barth-Dirichlet bedurft hätte, um den Beteiligten die Wohlthat der vollen Ausfuhrvergütung zuzuführen. Es könnte das ja die größten Mißverständnisse bei den künftigen Wahlen veranlassen. (Heiterkeit rechts.)

Es könnte den Anschein gewinnen, als ob gerade diese Herren sich ausschließlich für das Wohl des Tabakbaues interessieren, als ob die anderen Fraktionen, z. B. die, der der Herr Vorredner angehört und von der im vorigen Jahre ein solcher Antrag gestellt worden ist,

weniger, und am allerwenigsten die verbündeten Regierungen dafür Interesse hätten. Ich kann Ihnen nur wiederholen, daß im Bundesrat auch ohne diesen Antrag die Entscheidung sofort erfolgen wird. Stufenweise vorzugehen, war die gesetzliche Pflicht des Bundesrats. Die vorletzte Stufe ist zurückgelegt im Dezember; wenn 3 bis 4 Monate darauf die allerletzte erfolgt, so ist das zeitig genug, und diese Birne wäre auch ohne das Schütteln durch diesen Antrag gefallen. (Heiterkeit rechts.)

Was nun die staatsrechtliche Seite der Sache anbelangt, die ich vorhin berührte, so ändert eine Ueblichkeit nichts an den Bestimmungen der Verfassung. Ich habe früher auf die Form so viel Gewicht nicht gelegt; aber nachdem ich habe vernehmen müssen — und seit der Zeit bin ich durch Krankheit meist verhindert worden, hier anwesend zu sein — nachdem ich habe vernehmen müssen, daß man von sehr kompetenten — ich kann wohl sagen, gelehrten — Geschichtskennern mich einer Machterweiterungsbestrebung zeugt, bin ich entschlossen, genauer darauf zu halten, daß niemand dem Reichskanzler eine Attribution, eine Kompetenz beilegt, die ihm verfassungsmäßig nicht zusteht. Meine Herren, ich werde mich bemühen, den Reichskanzler, der aus Bequemlichkeit im Geschäft in der parlamentarischen Stilistik ein sehr in den Vordergrund tretender Begriff geworden ist, der gewissermaßen über seine verfassungsmäßige Größe aufgebläht ist, diesen Reichskanzler zu verkleinern, vielleicht kleiner zu machen, als Ihnen hier lieb sein wird.

Nachdem sodann der Abgeordnete Windthorst einen Antrag auf motivierte Tagesordnung gestellt und dabei seiner „hohen Befriedigung über die Erklärungen des Reichskanzlers zur Verfassungsfrage“ Worte geliehen, suchte Abgeordneter Barth die von ihm

gewählte Fassung zu rechtfertigen durch Anführung eines Briefes, den der Reichskanzler am 1. Mai 1883 an den Reichstag gerichtet und in welchem es hieß: „Jeden Gesetzworschlag und jede für den Bundesrat bestimmte Mitteilung wird der unterzeichnete Reichskanzler bereitwillig zur Kenntnis Sr. Majestät des Kaisers und zur Beratung des Bundesrats bringen.“ Fürst Bismarck replizierte abermals:

Als Erwiderung möchte ich konstatieren, daß weder von Provokation, noch von Verletzung, noch von Empfindlichkeit die Rede gewesen ist, sondern nur von Feststellung von Thatsachen, und daß der Herr Vorredner, wenn er durch Verlesung eines vorjährigen Briefes von mir einen Widerspruch mit meinen heutigen Aeußerungen hat konstatieren wollen, sein Ziel doch nicht erreicht hat. Dieselbe Erklärung, die in meinem Briefe steht, daß ich nämlich jeden Beschluß des Reichstages mit Vergnügen bereit wäre zur Kenntnis des Bundesrats, respektive Seiner Majestät des Kaisers zu bringen, wird der Herr Vorredner, wenn er genau zugehört hat, auch heute aus meinem Munde gehört haben. Er wird gehört haben, daß ich geneigt bin, das zu thun, ohne die Verpflichtung dazu anzuerkennen.

Was ich aus dem jetzigen Antrage beseitigt zu sehen wünsche, und was zu meiner Zufriedenheit jetzt daraus eliminiert ist, ist nur die Instruktion für mich oder der Beschluß des Reichstages, daß ich im Bundesrate einen bestimmten Antrag stellen soll. Wenn nun der Beschluß ohne meinen Widerspruch gefaßt wird — gesetzt z. B., ich wäre gar nicht hier gewesen — und ich bringe ihn zur Kenntnis des Bundesrates als Vorsitzender desselben, füge jedoch gleich hinzu: ich stelle aber den Antrag nicht — komme ich da nicht in Widerspruch mit scheinbar übernommenen Aufträgen von Seiten

des Reichstages, und hat das Ganze dann nicht eine Konstellation, deren Widerspruch mit der Verfassung klar zu Tage liegt?

Ich habe nur eine gewisse üble eingerissene Verschiebung unserer Verfassungsverhältnisse damit richtig stellen wollen. Wenn irgend eine Befürchtung war, daß die vollen Vergütungen nicht ohnedies eingeführt werden würden, so würde ich mit dem Inhalt des Antrages der Herren Barth und Dirichlet ganz einverstanden sein, aber auf keinen Fall mit der Fassung. Ich kann von Ihnen, so gerne ich sonst Ihre Wünsche erfülle, keine Instruktion für mein Verhalten im Bundesrate entgegennehmen.

Bei der Abstimmung über den Antrag Windthorst erwies sich das Haus als beschlußunfähig.

5. Nihilisten, Sozialdemokraten und Fortschrittsleute; das Recht auf Arbeit.

9. Mai 1884.

In der Kommission, der die Vorlage über die Verlängerung des Sozialistengesetzes *) auf den Antrag Windthorst zugewiesen worden — der Kaiser selbst sprach öffentlich seine Mißbilligung dieses Verfahrens aus —, bemühte sich der genannte Abgeordnete, durch eine Reihe von Vorschlägen das Gesetz vorderhand abzuschwächen und für die Zukunft überflüssig zu machen, während er in einer anderen Resolution, im Hinblick auf etliche kurz zuvor unter Anwendung von Sprengstoffen unternommene Verbrechen, insbesondere den ruchlosen Anschlag bei Gelegenheit der Enthüllung des Niederwalddenkmals im Herbst 1883, die Vorlegung eines sogenannten Dynamitgesetzes anzuregen suchte. Bei der Abstimmung

*) Vgl. oben Nr. 3. S. 217.

entschied sich die Kommission nur eben für Annahme dieser Resolution; dagegen blieben die übrigen Anträge Windthorsts in der Minderheit, und auch die Regierungsvorlage ward mit Stimmengleichheit abgelehnt. Der Reichstag selbst nahm die zweite Lesung in der 22., 23. und 24. Sitzung, vom 8. bis 10. Mai 1884, vor; am zweiten Tage hielt nach dem Abgeordneten Richter und dem Minister v. Puttkamer der Reichskanzler die folgende wichtige Rede:

Ich habe meine Meinung über unsere Situation und über dieses Gesetz in der ersten Beratung so ausführlich ausgesprochen, daß ich nach Wiederdurchlesung des damals von mir Gesagten den Eindruck habe, dem nichts Wesentliches mehr hinzufügen zu können. Das, was ich damals gesagt habe, zu wiederholen, auch nur im Auszuge, würde keinen Nutzen haben und Ihre Zeit unnütz belästigen. Denn ich glaube, es steht erfahrungsmäßig fest, daß in dem Moment, wo wir debattieren, hier in dieser Versammlung niemand mehr Argumenten zugänglich sein würde, die nicht von seinen Fraktionsgenossen, respektive Fraktionsführern ausgehen. Da ich aber nicht die Ehre habe, irgend einer Fraktion anzugehören, so würde ich vergeblich sprechen, und beschränke ich mich auf einige Zusätze zu meinen früheren Äußerungen, zu denen mir der bisherige Verlauf der Debatte Anlaß gibt.

Es ist in der Kommission und auch hier von verschiedenen Vorrednern ein besonderes Gewicht darauf gelegt worden, daß der Herr Abgeordnete Windthorst bereits am 1. April 1881 einen Antrag gestellt hatte, der sein Interesse für die Sicherheit des erhabenen Souveräns bekundete, bald nach dem russischen Attentate:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Vereinigung mit den Regierungen anderer Staa-

ten hinzuwirken, wodurch jeder solcher Vereinbarung beitretende Staat sich verpflichtet, den Mord oder den Versuch des Mordes, welche an dem Oberhaupte eines der Vertragsstaaten verübt worden sind, u. s. w., gemeinsam zu bestrafen.

Es sieht aus, als hätte es der Anregung des Herrn Abgeordneten Windthorst und seiner Mitunterzeichner damals bedurft, um die verbündeten Regierungen auf diesen Gedanken zu bringen. Ich halte deshalb für nützlich, Ihnen mitzuteilen, daß Seine Majestät der Kaiser bereits vor der Anregung durch den Herrn Abgeordneten Windthorst, schon im März des Jahres 1881, den analogen Befehl an sein Staatsministerium und an seinen Reichskanzler gegeben hat, und daß Sie deshalb voraussetzen können, es wird infolge dieses Kaiserlichen Befehles mit oder ohne die dazugetretene parlamentarische Anregung geschehen sein, was geschehen konnte, und daß ein Vorwurf, als ob die deutschen Regierungen dabei sich in mora befunden hätten, sie nicht treffen kann. Ich erlaube mir das eigenhändige Handschreiben, das Seine Majestät der Kaiser im März 1881 an mich gerichtet, da es von geschichtlichem Interesse ist, zu verlesen:

Das große Verbrechen vom 13. drängt Mir von neuem die Ueberzeugung auf, daß die Zeit gekommen ist, der über ganz Europa verbreiteten Anregung zu Mordversuchen aus politischen Gründen gegen Souveräne und Personen aller Stände Einhalt zu thun. Dies kann Meiner Ansicht nach nur durch gemeinsames Handeln der Großmächte geschehen. Die Einlagen —

es sind amtliche Anträge —

entamieren, soviel ich weiß, diese Frage amtlich und öffentlich zum erstenmal. Die Hauptsache ist, England, die Schweiz und auch Frankreich, die bisher den Verbrechern für politischen Mord Asyl gaben, für Herstellung von Gesetzen zu gewinnen, die diesem Unwesen steuern können. Die Aufgabe ist daher keine leichte, da diese Länder solche Gesetze bisher nicht gehabt haben. England ist indessen durch die Vorgänge in seinem eigenen Lande jetzt veranlaßt, seine Gesetzgebung auf diesem Gebiete zu ändern, um schärfer einschreiten zu können. Dies würde also ein günstiges Moment sein, um die englische Regierung für das Eingehen auf den intendierten Vorschlag zu gewinnen. Schwieriger wird es in Frankreich und in der Schweiz sein. Sie wissen, wie Ich über Attentate denke, und daß Polizeimaßregeln gegen dieselben nicht schützen können, (sehr richtig! links) — aber doch etwas vorbauen, damit sie seltener versucht werden, bitte ich den Herrn zu bemerken, wenn er ein persönliches Interesse daran hat, — (Heiterkeit) wie dieser Mord des Kaisers Alexander von neuem beweist; aber das allgemeine Wohl der Staaten und ihre Ruhe steht auf dem Spiel, wenn diesem Treiben nicht gemeinsam von den Mächten entgegengetreten wird.

Sie finden also hier denselben Gedanken, den der Abgeordnete Windthorst damals angeregt, und worauf er sich mehrmals bezogen hat, bereits unmittelbar nach dem Attentat von Seiner Majestät dem Kaiser auf das bestimmteste angeregt, auch getragen von der Ueberzeugung, ebenso wie die Windthorst'sche Anregung, daß ohne ge-

meinsame Verständigung der Großmächte, wenigstens der Centralmächte in Europa, die Aufsichtsbestimmungen, die der einzelne Staat für Dynamit geben könnte, uns nicht sehr weit führen könnten, namentlich bei der Leichtigkeit, mit der die Sprengstoffe aus einfachen und allgemein zugänglichen Bestandteilen zusammengesetzt werden können. Wir waren also zunächst durch den Kaiserlichen Befehl und durch die Natur der Sache darauf angewiesen, mit den fremden Mächten darüber in Verhandlungen zu treten. Wir haben dies auf dem Wege thun zu sollen geglaubt, daß wir zunächst Rußland, als der im damaligen Augenblick am schwersten betroffenen Macht, die Initiative davon zuschoben, indem wir die russische Regierung baten, ihrerseits einen Vorschlag zur Berufung einer Konferenz der Großmächte an sämtliche übrigen zu richten, und unsererseits zusagten, die Beschickung der Konferenz sowohl, wie die Verständigung auf derselben nach unseren Kräften mit allem Einfluß, der uns zu Gebote steht, zu befördern. Die Kaiserlich russische Regierung nahm diese unsere Anregung bereitwillig entgegen und lud zu einer Konferenz ein, die in Brüssel stattfinden sollte. Rußland, Deutschland und Oesterreich waren von Hause aus bereit, diese Konferenz zu beschicken; Frankreich erklärte, seine Entschließung von der Englands abhängig machen zu wollen; England lehnte die Beschickung ab, insofgedessen Frankreich auch, und die Beteiligung der beiden westlichen Mächte hat nachher nicht wieder erreicht werden können. Auch in der Schweiz und selbst in anderen Staaten hat man uns darauf verwiesen, daß man des Vorganges der großen westeuropäischen Mächte bedürfe, wenn man sich einem solchen Verfahren anschließen sollte. Wir haben darauf die

Verhandlungen längere Zeit fortgesetzt und versucht, wenigstens zwischen den drei Kaiserhöfen Oesterreich, Rußland und Deutschland ein Abkommen der Art zu stande zu bringen, auf verschiedene Basen begründet, und im ganzen war für alles maßgebend die Bestimmung „de maintenir la communauté d'action aussi complète que possible“, und für die Grundsätze war maßgebend, zu erklären: „dans aucun cas l'assassinat ne pourra être eximé du droit commun“. Also hier war nach dem gemeinen Recht, das so vielen der Herren Abgeordneten vorschwebt, ein dringendes Verlangen, um das Privilegium der politischen Mörder einigermaßen abzumindern und um die Praxis zum gemeinen Recht zurückzuführen, um die Fiktion zu beseitigen, als ob ein Mord an sich dadurch, daß er aus politischen Motiven erfolgt, entschuldbar und gerechtfertigt sein könnte, — daß beispielsweise die Vergiftung eines Souveräns, um ein anderes System ans Ruder zu bringen, entschuldbar, weil nur ein politisches Verbrechen sei. Wir können auf dieselbe Weise auch „politischen Diebstahl“ und „politische Fälschmünzerei“ konstruieren, wie sie in so ausgedehntem Maße in russischen Assignaten vorgekommen ist; ja kurz, es gibt keine Gattung Verbrechen, die nicht schließlich unter politische Motive subsumiert werden könnte, und diesen Bann, als ob ein Verbrechen dadurch aufhörte ein Verbrechen zu sein, galt es von den europäischen Völkern zu nehmen, — die ihm nicht sowohl im Schoße der Regierungen, als im Schoße ihrer Parlamente unterworfen sind. Diese Parlamente, in denen fast überall die Parteikämpfe so viel Staub aufwirbeln, daß er den freien Blick auf das Ganze blendet und hindert, die Parlamente sind es, die die Regierungen an ihren Ent-

schließungen zur Repression der Verbrechen hindern, und die Furcht vor den Wahlen, und ich weiß nicht, ob überall — ich will auf Motive nicht eingehen, ich will nur thatsächlich konstatieren, daß auch die Kaiserlich österreichisch-ungarische Regierung schließlich sich außer stande gesehen hat, über diese Frage mit uns erfolgreich zu verhandeln, so daß schließlich die beiden Mächte, die zuerst die Initiative ergriffen haben, Deutschland und Rußland, allein noch in der Verhandlung über dieses Thema sind, über die Grundsätze, nach denen Auslieferungen erfolgen können und sollen, und über die Mittel, die den Verkehr mit Sprengstoffen und anderen Gefahren beschränken sollen.

Ich hoffe, Sie werden daraus entnehmen, daß die Regierung ihrerseits nicht gesäumt hat, von Hause aus diese Bahn zu gehen, soweit sie konnte. Die Frage, ob die preussische Regierung für sich allein ein Dynamitgesetz machen sollte und könnte, ist in den technischen Stadien, die damals hauptsächlich durch den dem Ingenieur- und Artilleriesach entstammenden Kriegsminister Herrn von Kameke vertreten wurden, für außerordentlich schwierig und für unfruchtbar erklärt worden, so lange nicht wenigstens die Hauptmächte in Europa sich darüber vereinigen, nach gleichen Prinzipien mit dem Dynamit zu verhandeln. Es geht mit solchen leicht transportablen Explosivstoffen wie mit der leichtfertigen Presse. Der einzelne Staat ist ihnen gegenüber nicht stark genug, um sich präventiv oder repressiv auf den Kampf einzulassen, ohne Vereinigung mehrerer Nachbarn. Ich habe übrigens für meine Person diese Sache seit dem Ende des Jahres 1881 aus dem Auge verloren, einmal weil ich durch schwere und schmerzhafteste Krankheiten genötigt wurde, meine Beteili-

gung an den Geschäften auf das Minimum der auswärtigen Angelegenheiten zu beschränken, und dann auch — kann ich nicht leugnen — weil ich nach den Wahlen im Herbst des Jahres 1881 jede Hoffnung verloren hatte, ähnliche Gesetze in diesem Hause zur Annahme zu bringen. Ich kann nicht leugnen, daß der Ausfall der damaligen Wahlen auf die Hoffnungen, die ich an die Zukunft Deutschlands knüpfte, mir wie ein Mehltau der Entmutigung gefallen ist, und ich glaube auch nicht, daß, wenn wir in der Zwischenzeit Ihnen aus unserer Initiative ein Gesetz der Art gebracht hätten, daß Sie es angenommen haben würden. Jetzt haben Sie die Initiative mit einem solchen Gesetze ergriffen; wir nehmen sie dankbar an, acceptieren sie utiliter und sind überzeugt, daß Sie das damit Ihrerseits gegebene Wort nicht zurückziehen werden.

Daß Sie damit nicht die ganze Gefahr decken, gegen welche die sozialistische Gesetzgebung überhaupt gegeben ist, liegt auf der Hand. Die Attentate, über die wir bei uns im Lande zu klagen haben, sind eben bisher nicht mit Dynamit begangen worden. Ueber dasjenige, was noch sub judice ist — ich weiß nichts Neues darüber —, auf dem Niederwald, bin ich nicht in der Lage eine Auskunft zu geben. Wir müssen den Schluß des gerichtlichen Verfahrens abwarten. Aber die schweren Verbrechen, die vor 6 Jahren diese Gesetze ins Leben riefen, hätten auch ohne Dynamit und unter dem strengsten Dynamitgesetze begangen werden können. Und außerdem trifft diese Dynamitgesetzgebung gar nicht die allgemeine Gefahr, die dem ruhigen Bürger in der Sorge vorschwebt, was aus ihm werden könnte, wenn die Theorien, wie sie im Schlosse Wyden zu Papier ge-

bracht worden, bei uns die Oberhand erhalten und zur Regierung gelangen könnten. Diese allgemeine Sorge, als ob die Regierung nicht wachsam und stark genug wäre, die Zukunft des ruhigen Bürgers zu schützen, von letzterem zu nehmen, halten wir einstweilen für die Aufgabe, die durch kein Dynamitgesetz erledigt werden kann.

Ich muß dann noch eine andere Frage berühren, die auf dem auswärtigen Gebiete liegt und die mir zeigt, wie ununterrichtet unsere Politiker im allgemeinen über die Zustände unserer nächsten Nachbarländer sind. Mehrere Herren Redner haben Vergleiche gezogen zwischen den deutschen und russischen Zuständen, zwischen den Wirkungen der deutschen Gesetzgebung, des uns vorliegenden Gesetzes, und zwischen den Wirkungen, welche die russische unbeschränkte Regierung gegenüber den gleichen Erscheinungen geübt hat. Meine Herren, gleiche Erscheinungen sind aber ja gar nicht vorhanden, die Erscheinungen in Deutschland und Rußland sind himmelweit verschieden. Um die sozialistische Frage, um die Arbeiterfrage handelt es sich in Rußland gar nicht; der Arbeiter in Rußland ist gut kaiserlich und schlägt den Nihilisten tot, wenn es ihm erlaubt wird, — die Nihilisten bestehen aus ganz anderen Leuten als aus Arbeitern, und die Lieblingsredensart renommiertischer Demokraten, die vom Massenschritt der Arbeiterbataillone reden, ist dort nicht glaublich; — wenn die Arbeiterbataillone in Rußland auftreten, ist es mit den Nihilisten vorbei. Die Nihilisten bestehen aus dem Abiturientenproletariat (sehr richtig! rechts), aus halbgebildeten Leuten, aus dem Ueberschuß, welchen die gelehrte Bildung der Gymnasien dem bürgerlichen Leben zuführt, ohne daß dieses die Verdauungskraft für diesen Ueberschuß hätte, — sie vermag ihn

nicht aufzunehmen, und Sie finden, daß universitätsreife Abiturienten, die sich als Primaner eine Zukunft an der Spitze des Gemeinwesens als Gouverneure und hohe Würdenträger träumten, bald nachdem ihre Stipendien ausgegangen waren, froh sind, wenn sie einen Nachwächterdienst oder etwas derartiges finden. Es ist die Ueberproduktion an halbgebildeten Leuten, die in Rußland die nihilistische Wirkung hat. Und die Prozesse haben ja öffentlich stattgefunden: sehen Sie sich den Personalbestand der russischen Nihilisten an! Es ist kein einziger Arbeiter darunter, es sind zum Teil feingebildete Leute, viele halbgebildete Leute, es sind verdorbene Studenten, auch unverdorbene Phantasten, es sind Offiziere, die mit ihrer Lage nicht zufrieden sind, entweder weil sie mit den Traditionen des Standes gebrochen haben, oder weil sie ihrer Meinung nach nicht genug vorwärts kommen, es sind Bankiersöhne, recht reiche, — der letzte russische Nihilist, mit dem wir hier amtlich Berührung gehabt haben, und der durch eine unaufgeklärte Konnivenz schließlich nach der Schweiz hat entfliehen können, und für den sich hier sehr hochstehende Leute verwandt haben, war der Sohn eines reichen Warschauer Bankiers; der Name Mendelsjohn hat nichts Armes und nichts Kommunistisches. (Heiterkeit.) So himmelweit sind die Verhältnisse dort verschieden; — der russische Nihilismus ist mehr eine klimatische Abart des Fortschritts als des Sozialismus. (Heiterkeit rechts.) Dem gebildeten Führer wird es leicht, den Halbgebildeten mit sich fortzuziehen, — ob auch schließlich den Arbeiter, das weiß ich nicht; die Russen sind soweit noch nicht, der Arbeiterstand ist dort noch intakt, er hat noch keine Sorge für seine Zukunft; nach dem russischen

Gemeindeeigentum ist ihm die Altersversorgung immer sicher und zwar unter Umständen auch eine ziemlich arbeitslose. Ich darf als bekannt voraussetzen, daß das ländliche Eigentum in Rußland nicht dem Einzelnen, sondern der Gemeinde gehört und von Zeit zu Zeit neu eingeteilt wird, alle drei Jahre ungefähr, und jeder, der besitzlos ist, das Recht hat auf einen bestimmten Anteil daran; also der Arbeiter ist da ziemlich sorgenfrei gestellt und beteiligt sich bisher nicht bei diesen revolutionären Bestrebungen. Es ist ja möglich, daß die russischen Verhältnisse sich dahin ausbilden, daß auch dort der verdorbene Student, wie ich im allgemeinen ihn bezeichnen will, und der fortschrittliche Malkontente, Herrschsüchtige vielleicht, allmählich den Zunder in die Massen werfen kann. Ja, dann ist dort die Anarchie eingeleitet. So weit sind die Russen aber noch nicht.

Den russischen Nihilismus und die Schichten, in denen er seine Wurzeln hat, finden Sie am prägnantesten ausgedrückt in dem ersten Auftreten bei dem Prozesse gegen Wera Saffulitsch, wo bei der Freisprechung einer determinierten Mörderin die höchsten Staatsbeamten Rußlands, die unter den Zuhörern saßen, Beifall klatschten. In dieser Art der Auffassung der Zivilisation von seiten hochstehender Persönlichkeiten hat die erste Quelle des Verderbens der russischen öffentlichen Meinung zu Gunsten der nihilistischen Mörder gelegen. Die öffentliche Meinung ist jetzt davon geheilt, sie hat gesehen, daß auf dem Wege der Richter über Wera Saffulitsch das Glück Rußlands nicht gefördert wird, — oder sie wird mit der Zeit so weit kommen. Wir aber sind schon einen Schritt über das Stadium Saffulitsch hinaus. Auf dem Standpunkt des russischen Nihilismus befanden wir uns schon

früher. Vorgestern waren es gerade 18 Jahre, als das Attentat von Blind stattfand; der war in keiner Weise dem Arbeiterstande angehörig, er war ein wissenschaftlich gebildeter Mann, ein Student, und er war das Gefäß, in dem die Theorie der Konflikts-Fortschrittspartei und die Kritik der Fortschrittspartei über einen so elenden Minister, wie er heut vor Ihnen steht, und der damals Deutschland in den Krieg stürzen wollte, zu dem ihm kein Heller bewilligt werden sollte — diese Theorie der fortschrittlichen preussischen Landtagspartei vor 1866 hatte sich bei Blind abgelagert und krystallisiert, und Sie können daraus sehen — wer die Zeit damals miterlebt und mit soviel Interesse studiert hat, wie mir der damalige Vorgang einflößte, wird gesehen haben, wie die sämtlichen fortschrittlichen Blätter damals nach dem Attentate für Blind Partei nahmen und vor sittlicher Entrüstung darüber, daß ich mich nicht hätte von dem Manne erschießen lassen, sich nicht fassen konnten. Sie warfen mir vor, ich trage ein Stahlhemd, — ich wollte, ich wäre stark genug dazu, — und die höhnischsten Karikaturen über den Mordanfall wurden überall an den Schaufenstern von der Polizei geduldet. Wenn man die fortschrittlichen Blätter, die Karikaturblätter, die heute noch existieren, von damals liest, die damals in den Schaufenstern ausgestellt wurden, so mußte jeder denselben Eindruck bekommen, wie ich ihn damals bekommen habe, daß die Masse der mittleren Polizeibeamten, vielleicht auch höhere, viel mehr auf Blinds Seite stand, als auf meiner. (Lachen links.) — Ja, ja, meine Herren, Sie verlegen sich wieder auf das Auslachen, es ist das nur, damit das in den Bericht kommt, in Klammern: „Gelächter“. Ich bitte also den Herrn, der da lacht,

sich lieber zu nennen, damit gesagt werde, Gelächter von Herrn Abgeordneten so und so, — dann weiß man doch, was das Gelächter zu bedeuten hat. Ich habe schon neulich gesagt, Sie lachen, damit es in den stenographischen Bericht kommt, und damit es eine Verminderung der Bedeutung und des Ernstes dessen, was ich hier sage, ausübt. Das ist die letzte Waffe derer, denen alle Gründe und alle Fähigkeit, etwas zu erwidern, ausgegangen sind: man stellt dann — verzeihen Sie mir den Ausdruck — ein banaufisches Gelächter an. Banaufisch nenne ich, wenn man von der Sache, über die man lacht, nichts versteht. — Sie sind alle klassisch gebildet genug, den Ausdruck zu verstehen, und ich möchte, daß man dieses Banaufentum, wo man mit nichts als mit unartikuliertem Hohngelächter auf ernste Darlegungen antwortet, aus unserer gebildeten Gesellschaft entfernt. (Bravo! rechts.) Machen Sie es, wie ich es thue. Wenn ich allein bin und denke über Sie nach, dann gerate ich auch unwillkürlich in Heiterkeit; aber hier bin ich ernst.

Nun also, bekannt ist der Kultus, der mit der Leiche Blinds im Polizeipräsidium damals getrieben wurde. Namhafte Frauen, die in der wissenschaftlichen Welt, wenigstens ihre Männer, einen gewissen Ruf hatten, bekränzten sie mit Lorbeer und Blumen; das alles ist geduldet worden damals von der Polizei — ohne deren Zulassung konnte man nicht zu der Leiche dringen —, und das allgemeine Ergebnis war für mich in diesen Kreisen die Mißbilligung, daß ich überhaupt noch lebte.

Nun, das war dasselbe Beifallklatschen für Blind, wie bei Wera Saffulitsch, wo auch die höheren Beamtenkreise so dachten, daß sich leicht auf ihre Autorität noch mehrere finden, die schließlich zum Messer greifen, wenn

die Argumente nicht mehr ausreichen. Rußland ist noch nicht so weit wie wir; der Arbeiter ist noch unbeteiligt und steht auf seiten des Kaisers. Sie werden also ohne weitere Argumentation von meiner Seite entnehmen, wie hinfällig die Beweise sind, die die Herren Abgeordneten Freiherr von Stauffenberg und Windthorst aus Rußland entnommen haben. In beiden Ländern sind himmelweit verschiedene Zustände. Die Russen haben es mit der Gefahr, daß die Massen Partei für die Nihilisten gegen die Regierung ergreifen könnten, noch gar nicht zu thun. Da ist nur der Dolch und der Revolver der einzelnen Mörder die feindliche Macht; bei uns ist es die öffentliche Meinung, die geschädigt und vergiftet wird. Und wenn Sie sagen: es ist nützlich, daß die Krankheitserscheinungen in die öffentliche Meinung treten, und wenn man sie daran hindert, so werden sie sich auf das Innere werfen, — so ist das auch nur ein speziöses Argument, welches nur auf den ersten Anblick Eindruck macht: aber es wäre ganz ebenso gut, wenn Sie anstatt der sittlichen Brandstiftung, die hier vorliegt, die natürliche Brandstiftung nehmen und sagen: hüten wir uns, gegen die Brandleger zu scharf aufzutreten, sonst werden sie ihr Gewerbe künftig heimlich treiben, und sie werden dadurch nur noch viel gefährlicher. (Ruf links: Au! au!) So ungefähr kommt es mir vor, wenn Sie eine öffentliche Gefahr — meine Herren, ich lasse Ihnen Zeit, den unartikulierten Laut zu artikulieren, ich antworte dann sehr gerne darauf. —

Der Welt der freien Thätigkeit der Verbrechen — denn diese werden nach dem Wydener Programm geplant — Sie nennen es Revolution, eine gewaltsame Revolution ist an und für sich ein Verbrechen, ich glaube

auch nicht an gute Revolutionäre, wie mancher der Herren Kollegen — also wenn Sie gegen Verbrecher offen nicht einschreiten dürfen deshalb, weil sie sonst ihr Verbrechen geheimer betreiben werden, so werden Sie damit außerhalb des Parteikampfes kaum irgend jemand überzeugen, der seine gesunden fünf Sinne hat. Die geheimen Umtriebe auf dem Gebiete, das dem Strafrecht heute öffentlich noch verfallen würde, die werden Sie doch nicht fassen, die werden so thöricht nicht sein, zu früh an die Öffentlichkeit zu treten; dazu sind die Herren zu vorsichtig, zu gut geschult und berechnend. Die Frage ist nur die: wollen Sie die heimliche Agitation allein oder die heimliche und öffentliche Agitation gleichzeitig in den Kauf nehmen? Wir wollen die öffentliche als die gefährlichere, weil sie das Zündmaterial in größerer Masse gleichzeitig entzünden kann, einstweilen — nicht beseitigen, aber nach Möglichkeit vermindern. Zu diesem Zwecke haben Sie vor sechs Jahren das Gesetz bewilligt; zu diesem Zwecke verlangen wir die Verlängerung desselben.

Sie haben nun die Frage aufgeworfen: soll dieses Gesetz von ewiger Dauer sein? Ich habe schon bei der ersten Lesung darauf geantwortet — weder von ewiger, noch von zu kurzer Dauer, sondern wir haben die Hoffnung, auf dem Wege der Reform, die wir erstreben, zwar nicht alle Beteiligten zu befehren, aber doch den Zulauf, die Rekrutierung für die revolutionären Pläne wesentlich zu beschränken, wenn wir dem Arbeiter das geben, was die Kaiserliche Botschaft und was die daran geknüpften Reformvorschläge verheißen haben. Ich habe schon vor einigen Wochen mich darüber ausgesprochen, — wen es interessiert, wird es nachlesen können; daß

die Herren es jetzt interessieren wird, nehme ich nicht an. Ich will mich nur dahin resumieren: geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, so lange er gesund ist, geben Sie ihm Arbeit, so lange er gesund ist, sichern Sie ihm Pflege, wenn er krank ist, sichern Sie ihm Versorgung, wenn er alt ist, — wenn Sie das thun, und die Opfer nicht scheuen und nicht über Staatssozialismus schreien, sobald jemand das Wort „Altersversorgung“ ausspricht, wenn der Staat etwas mehr christliche Fürsorge für den Arbeiter zeigt, dann glaube ich, daß die Herren vom Wydener Programm ihre Lockpfeife vergebens blasen werden, daß der Zulauf zu ihnen sich sehr vermindern wird, sobald die Arbeiter sehen, daß es den Regierungen und den gesetzgebenden Körperschaften mit der Sorge für ihr Wohl ernst ist. Ich glaube, daß Sie bei der Regierung nicht an dem Ernst zweifeln; aber in Betreff der gesetzgebenden Körperschaften ist bisher die Ueberzeugung, daß es den Herren ernst darum zu thun wäre, etwas für die Arbeiter zu schaffen, noch nicht sehr durchgedrungen. Die Arbeiten gehen langsam, sie werden angebrachtermaßen abgelehnt nach einem Obstruktionsystem, nach Verzögerungsprinzipien, die sehr kunstreich berechnet sind. Der Reichstag ist jetzt neun Wochen versammelt, er ist zum 6. März zusammenberufen worden. Die Hauptaufgabe, für welche wir die Zeit freigehalten haben, ist die Unfallversicherungsgesetzgebung; das Gesetz hat, glaube ich, 170 Paragraphen; die Kommissionsverhandlungen sind jetzt nach neun Wochen bei der Klippe des Art. 43 angelangt, und die Frage der Berechtigung der Arbeiterausschüsse ist meines Erachtens eine so wichtige, eine so prinzipielle Frage, über die sich viel reden läßt; es steht

also zu befürchten, daß die Sache sich so langsam wie bisher weiter entwickelt. Ich mache der Kommission keinen Vorwurf daraus, — ich bin überzeugt, sie arbeitet fleißig; aber der Mangel an Glauben, daß die Sache nützlich sei, der Mangel an ernstem Willen, etwas zustande zu bringen, verlangsamte die Arbeiten unwillkürlich. Wenn es sich um manche andere Dinge, die politisch mehr Interesse haben, handelt, da habe ich die Herren schon sehr rasch arbeiten sehen; aber hier kommt die Sache nicht vorwärts. Wir, die Regierung, können die Verhandlungen über diese Dinge nicht abbrechen, und wenn wir bis zum August oder bis zum natürlichen Ablauf Ihres Mandats hier sitzen sollen; die Regierung kann nicht vom Platze weichen, wir müssen Ihre Antwort auf das Unfallversicherungsgesetz haben, Ja oder Nein, und ich möchte bitten, auf diese Arbeiten für das Wohl einer zahlreichen und zum Teil nicht glücklichen Klasse doch ohne alle Schachzüge — ich will nicht sagen Winkelzüge — aber Schachzüge, wie wir dies bei diesem Gesetz dilatorisch erlebt haben, — nicht auf diese Art einzuwirken. Sobald wir auf diesem Gebiet der sozialistischen Reformen, auf dem Gebiet der Verbesserung des Loses der Arbeiter im allgemeinen etwas von Gewicht erreicht haben werden, dann wird auch der Zeitpunkt gekommen sein, wo die Regierung selbst die Aufhebung jedes Ausnahmegesetzes beantragt, und wo wir abwarten werden, ob auch nach Erfüllung dessen, nach Erfüllung aller Begehrlichkeiten, welche in den Regierungskreisen wenigstens allgemein für verständlich und berechtigt gehalten werden, ein solches Ausnahmegesetz noch notwendig sein wird. Von dieser Erfüllung sind wir aber weit entfernt. Vor sechs Jahren sind die Versprechungen

gemacht, — sie sind nicht verwirklicht; ich mache niemand daraus einen Vorwurf. Ich kann nur zu meiner Entschuldigung anführen: wäre ich immer so gesund gewesen, wie vor zehn Jahren, nun, so würde ich die Sache mehr betrieben haben; aber können Sie, die Mehrheit von Ihnen, wirklich ehrlich sagen, daß Sie in entgegenkommender Weise auf dem Gebiete der Leistungen zu Gunsten der Arbeiter die Regierung unterstützt hätten? Ich glaube, wenn Sie die Hand aufs Herz legen, können Sie das nur zu Wahlzwecken aussprechen, aber nicht behaupten und nicht nachweisen. Sie betrachten das als eine lästige Sache, um die Sie herumkommen und die Schuld der Regierung zuschieben möchten; aber Sie arbeiten nicht mit dem Eifer, den die Sache verdient. — Dann also will ich mich gern mit dem Zurückziehen aller Ausnahmegesetze einverstanden erklären.

Wie die Sache aber jetzt liegt, möchte ich die Herren bitten, das grausame Spiel einigermaßen abzukürzen. Warum wollen Sie nicht den Mut Ihrer Meinung haben? Sagen Sie offen Nein, wenn Sie glauben, daß das Gesetz nicht möglich ist. Wir werden Ihnen dann sofort die Gelegenheit geben — und die verbündeten Regierungen sind darüber einig —, mit Ihren Wählern darüber Rücksprache zu nehmen (Heiterkeit), ob die Wähler mit diesem Nein einverstanden sind. Ich will Ihnen das gar nicht verschweigen; der Ablehnung der Verlängerung dieses Gesetzes wird die Auflösung des Reichstages auf dem Fuße folgen. Darüber sind die Regierungen einig, das sind sie sich und dem Lande schuldig. Wir verlieren aber auch gar nichts, denn die Verzögerungsgefahr tritt ja nicht ein; wenn wir heute infolge der Auflösung auseinandergehen, so haben wir die erfreuliche

Aussicht, uns und diejenigen, die wieder gewählt werden, am 10. August wieder zusammenzufinden, zu einer schönen Jahreszeit, wo wir die Diskussion von heute fortsetzen können. (Heiterkeit.)

Ich würde in Ihrer Stelle doch das dringende Bedürfnis fühlen, in dieser offenbar sehr zwiespältigen Frage — keine Fraktion ist in sich einig, jede ist gern der Entscheidung überhoben, sucht sie von heute auf morgen aufzuschieben, „morgen, morgen, nur nicht heute“ — allen diesen Kreuz- und Querzügen ein Ende zu machen durch ein einfaches Nein; es muß Ihnen doch daran liegen, sich aus dieser Ungewißheit zu ziehen und sich zu vergewissern, wie Ihre Wähler darüber denken. Wenn sie anders darüber denken sollten, wenn wir dann im Herbst dieses Jahres eine Majorität, groß oder klein, für die Verlängerung dieses Gesetzes erhalten, dann, glaube ich, werden Sie unparteiisch und vaterlandsliebend genug sein, um mit Freuden auf das Werk Ihrer Nachfolger zu blicken.

Wenn es anders kommen sollte, wenn im Falle einer Ablehnung auch der neu zu wählende Reichstag wiederum dasselbe Gesetz nochmals ablehnen sollte, ja, meine Herren, dann ist ja der Fall gekommen, wo die Regierung das Ihrige gethan hat, und wo sie den Ereignissen dann sagen kann, daß sie nun auch das Ihrige thun mögen; dann ist die Regierung exfulpiert und kann ihrerseits mit Ruhe, wenigstens mit ruhigem Gewissen ansehen, wie auf der von Ihnen und Ihren Nachfolgern dann geschaffenen freien Bahn des gemeinen Rechts — wie jetzt das Schlagwort lautet — sich die sozialdemokratische Revolution „ganz herrlich offenbaren wird“, um das Wort des Dichters nicht weiter zu zitieren.

Sie müssen doch nicht glauben, daß wir, wir Regierungsleute, die wir die Annahme des Gesetzes betreiben, von der sozialdemokratischen Revolution mehr zu fürchten haben, als Sie alle. Wir sprechen und handeln im Interesse des Landes, im Interesse der ruhigen Bürger, im Interesse der Wähler, der Masse des Volkes. Lehnen Sie das ab, hindern Sie uns, das Nötige zu thun, dann brauchen wir noch gar nicht zu sagen: *si fractus illabatur orbis*; zusammenbrechen wird wohl etwas, — aber wir können das ebenso gut aushalten wie Sie. Ob der ruhige Bürger es aushalten kann, daß man der Sozialdemokratie freie Bahn läßt in ihrer Entwicklung, wo sie 1878 aufhörte — es ist ja doch so sehr lange nicht her, Sie werden sich erinnern, welchen Aufschwung die Entwicklung damals nahm; außerordentlich triumphierend, fast berechtigt zu der Sprache, die der Herr Abgeordnete Frohne gestern geführt hat, so trat sie damals mit fliegendem Banner und siegender Fahne auf — wollen Sie das, glauben Sie, daß der deutsche Bürger im allgemeinen das mit Beruhigung und sorgenfrei betrachtet? — Ich habe gar nichts gegen den Versuch; erwarten Sie nicht, daß die Regierung immer wieder den Pferden in die Zügel fallen werde. Der Wähler hat ja schließlich darüber zu bestimmen und zu beschließen, und deshalb ist es wohl nützlicher, wenn man ihn häufiger fragt, damit er auch häufiger zu Wort kommt. Wenn nur der Wähler nicht dabei in den Irrtum verfällt, daß er glaubt, gegen die Gefahren der Sozialdemokratie sich dadurch zu schützen, daß er fortschrittliche Abgeordnete wählt! Meines Erachtens bahnt jeder Wähler, der fortschrittlich wählt, mit noch mehr Sicherheit die Wege für die künftige Herrschaft der Sozialdemokratie, für die Untergrabung

zunächst und dann den Umsturz unserer geordneten gesellschaftlichen Verhältnisse, weil die Argumentationen der Fortschrittspartei und die Mitteilungen, welche sie uns über ihre Zukunftspläne geben kann, im ganzen bisher unverdächtiger und für denjenigen, der nicht weiter sieht, annehmbarer, glaubhafter, wahrscheinlicher sind. Die meisten Wähler glauben heut noch, daß mit der Herrschaft der Fortschrittspartei monarchische Einrichtungen verträglich sind, daß sie nicht notwendig in die reine Wahlherrschaft, in das souveräne Wahlreich hinübergleiten müsse, ähnlich wie sie das heutzutage in Norwegen sehen, in einem Lande, welches eine konservative achtbare Bevölkerung hat. Aber auf dem Wege kommt man schließlich zu nichts anderem als zur Zersetzung einer jeden monarchischen Einrichtung. Wie die Herren in Norwegen sich das Ende vom Liede denken, geht mich glücklicherweise nichts an. Ich mache aber darauf aufmerksam: das ist die natürliche Entwicklungsbahn, zu welcher jede fortschrittliche Politik, die Politik, daß die Parlamentsmajorität im Lande regiert und nicht der König, zuletzt notwendig in allen Ländern kommen muß; und daß dies bei einem so achtbaren konservativen Menschenschlag, wie der norwegische Bauer es ist, auch der Fall ist, schlägt alle diejenigen, die noch zweifelhaft sein mögen, die noch an der allgemeinen Wahrheit dieses Grundsatzes zweifelhaft sein konnten, weil früher nur der Pöbel der großen Hauptstädte an der Herrschaft gewesen ist, wie die Jakobiner zur Zeit der großen Revolution in Paris und bei anderen Beispielen. Aber nachdem so etwas an dem grünen Holze des achtbaren norwegischen Volkes geschehen konnte, glauben Sie doch nicht, daß bei uns mit unseren großen Städten, mit unseren Massen von halbgebildeten Leuten, die auf

die Wahlen einen Einfluß üben, mit der Geldmacht, die sich allmählich bei den Wahlen wirksam bezeigt, — glauben Sie nicht, daß wir zu einem anderen Ziele gelangen werden, wenn wir den Weg einschlagen.

Ich streife dabei ein Thema, das Herr von Minnigerode gestern berührte; das ist der Wahlfonds und der Diätenfonds. Herr von Minnigerode brauchte gestern den Ausdruck, daß durch die Annahme der Diäten ein Abgeordneter sich der Fraktion verkaufe. Ich finde den Ausdruck nicht richtig, — er vermietet sich an die Fraktion gegen Entgelt. Es ist meines Erachtens eine nackte und wahre Bestechung, die darin liegt; es wird jemandem eine bestimmte Zahlung zugesichert unter der stillschweigenden Bedingung, daß er mit der Partei, die ihn weiter bezahlt, auch weiter stimmt und es weiter treibt. Es ist das ein verfassungswidriger Zustand, wenn er vorkommt. Mir ist noch kein einziger Fall in glaubhafter Weise vorgekommen; ich würde sonst sofort die Probe anstellen, ob der Staatsanwalt nicht wegen Bestechung eines Abgeordneten einschreiten würde und einen Prozeß anstrengen; und wenn der Prozeß so ausfiele, daß dies erlaubt wäre, würde ich mit einer gesetzgeberischen Deklaration des Vergehens der Bestechung vor Sie treten und um Ihre Genehmigung bitten. (Heiterkeit links.) — Das können Sie nicht totlachen. Es ist Ihnen innerlich auch gar nicht so lächerlich dabei zu Mute; es trifft das einen wunden Fleck, und mit dem Staatsanwalt hat niemand gerne zu thun. Ich halte es für verfassungswidrig, und meines Erachtens wäre es der Verfassung entsprechend, wenn das Parlament dergleichen Verfassungsbruch ermittelt, daß es seinerseits das Mandat solcher Abgeordneten, die die Verfassung ihrerseits brechen,

— kassiert, sonst setzt sich das Parlament selbst eine Verfassung. Aber mir liegt bisher zu meiner Beruhigung kein derartiger Fall vor; indes ich vigiliere darauf, und ich werde mich freuen, wenn mir einer zur nachweislichen Kenntniss kommt.

Ich kann also nur — wenn, wie ja die Möglichkeit hier nahe tritt, die Neuwahlen uns nahe bevorstehen — mit dem dringenden Wunsch an die Wähler schließen: wollen Sie die sozialistische Gefahr los sein, wählen Sie keinen fortschrittlichen Abgeordneten! (Bravo! rechts. Heiterkeit links.)

Im Laufe der Debatte nahm der Abgeordnete Richter zum zweitenmal am nämlichen Tage das Wort zu einer langen Rede, in der er mit gewohntem Geschick eine Menge spitzer Ausfälle auf den Reichskanzler aneinander reihte. Da Fürst Bismarck dieselben Punkt für Punkt in der nachstehenden Erwiderung schlagfertig zurückwies, so bedarf einer besonderen Erläuterung höchstens die von Richter herbeigezerrte Anspielung auf einen außer allem Zusammenhang mit der vorliegenden Sache stehenden Vorgang zu Anfang der Sitzung vom 8. Mai. Der Reichstag lehnte da nämlich, wie gewöhnlich, die durch ein Anschreiben des Reichskanzlers pflichtmäßig erbetene Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung eines Müllers und eines Dienstknechtes in Oberbayern ab, welche laut Meldung der Staatsanwaltschaft in München bei einer Kirmes „die Gesetzmacher“ sämtlich als „Lumpen und Spitzbuben“ bezeichnet und somit vermeintlich den Reichstag beleidigt hätten. Abgeordneter Richter aber hielt es für angezeigt, den Passus aus einem Briefe des Reichskanzlers vom 11. März 1884: „die wirtschaftliche Wohlfahrt der Nation ist bei dem Kampfe der politischen Parteien um die Herrschaft im Reichstage nicht beteiligt,“ mit jenem Ausspruch in Parallele zu setzen, um den gestellten Strafantrag im Licht einer unbilligen Härte, gewissermaßen von seiten eines ähnlich Schuldigen, erscheinen zu lassen. Die große Rede des Fürsten Bismarck zur Abwehr der Richterschen Angriffe lautete, wie folgt:

Ich bedaure, daß der Herr Vorredner so weit ausgegriffen hat über das Thema, das uns beschäftigt, hinaus, daß ich fast befürchte, daß meine Kräfte nicht ausreichen werden zur Erwiderung auf alle die interessanten Themata, die er berührt hat.

Ich will zunächst an das, was den frischesten Eindruck gemacht hat, an die Apostrophe, daß es sich darum handle, ob der Liberalismus in Deutschland eine Zukunft habe oder nicht, anknüpfen mit dem Ausdruck meiner ganz bestimmten Ueberzeugung, daß er keine hat — der Liberalismus, wie ihn der Herr Vorredner vertritt, das heißt die fortschrittliche Demokratie, die Parlamentsherrschaft, wie sie in dem Aktenstück des Bundesrats, auf das der Herr Vorredner anspielte, charakterisiert ist — und es ist doch klar, daß der Herr Vorredner das Liberalismus nennt. Ich muß es ganz entschieden aussprechen, daß dieser Liberalismus meiner Ueberzeugung nach keine Zukunft hat, und daß ich es als die Aufgabe meines Lebens halte, als meine Pflicht dem Kaiser und dem Lande gegenüber, diesen Liberalismus zu bekämpfen bis zum letzten Atemzug. (Bravo! rechts. Hört, hört! links.) — Ja, „hört! hört!“ rufen Sie. Hören Sie doch! es ist gar kein Zweifel darüber, und ich glaube, niemand ist auch nach meiner 22jährigen Vergangenheit an dieser Stelle berechtigt, irgendwie darüber zweifelhaft zu sein, daß ich diese Phantasmagorien von einer möglichen Parlamentsherrschaft bis auf meinen letzten Atemzug bekämpfen werde. Wie können Sie also darüber „hört! hört!“ schreien? wie können Sie sich darüber verwundern? Es ist meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit als Diener des Kaisers.

Ich will zunächst — wie weit ich auf dem etwas

sandigen Wege, den der Herr Vorredner eingeschlagen, folgen kann, weiß ich nicht — ich will zunächst die wichtigste Frage beantworten, die er überhaupt berührt hat: das Recht auf Arbeit. Ja, ich erkenne ein Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, so lange ich auf diesem Platz sein werde. Ich befinde mich dabei nicht auf dem Boden des Sozialismus, der erst mit dem Ministerium Bismarck seinen Anfang genommen haben soll, sondern auf dem Boden des preußischen Landrechts. Herr Richter sollte schon seinem Namen nach (Heiterkeit) und auch als Justizgelehrter das kennen; ich glaube, es ist der 19. Titel des zweiten Teils des Landrechts; da steht geschrieben:

Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und denselben auch von anderen Privatpersonen, welche nach besonderen Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können. (Zuruf links: Armenpflege!)

— Warten Sie doch ab! Sie kennen also das Landrecht gar nicht; sonst würden Sie wissen, daß hier noch ein zweiter Paragraph ist. Das Landrecht ist ein sehr nützliches Studium; Sie sind ja meist Juristen, aber ich empfehle es Ihnen doch. Also im § 2 ist gesagt:

Denjenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der Ihrigen Unterhalt selbst zu verdienen, ermangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäß sind, angewiesen werden.

Nun, meine Herren, wo ist denn Ihr unartikulierter höhnischer Zuruf, den Sie vorhin machten? Ist nicht das

Recht auf Arbeit zur Zeit der Publikation des Landrechts offen proklamiert? Ist es nicht in unseren ganzen sittlichen Verhältnissen begründet, daß der Mann, der vor seine Mitbürger tritt und sagt: ich bin gesund, arbeitslustig, finde aber keine Arbeit, — berechtigt ist, zu sagen: gebt mir Arbeit! und daß der Staat verpflichtet ist, ihm Arbeit zu geben!? Der Herr Vorredner hat gesagt, der Staat würde große Unternehmungen machen müssen. Ja, das hat er schon gethan in Zeiten der Not wie 1848, wo infolge des damaligen Ueberschäumens der fortschrittlichen Bewegung die Arbeitslosigkeit und der Geldmangel groß waren. Wer erinnert sich nicht noch der Rehberger mit ihrer roten Hahnenfeder und ihren langen Stiefeln? Da hat der Staat es für seine Pflicht gehalten, diesen Leuten — es waren zum großen Teil Bummler, aber auch ehrliche Leute darunter, die in der That nicht wußten, wovon sie leben sollten — Arbeit zu verschaffen. Wenn ähnliche Notstände eintreten, so, glaube ich, ist der Staat auch noch heute verpflichtet, und der Staat hat so weitreichende Aufgaben, daß er dieser seiner Verpflichtung, arbeitslosen Bürgern, die Arbeit nicht finden können, solche zu verschaffen, wohl nachkommen kann. Er läßt Aufgaben ausführen, die sonst aus finanziellen Bedenklichkeiten vielleicht nicht ausgeführt werden würden; ich will sagen, große Kanalbauten, oder was dem analog ist. Es gibt ja eine Menge außerordentlich nützlicher Einrichtungen anderer Art.

Der Herr Vorredner wiederholt dann eine Menge ganz natürlicher Dinge, die sich bei mir ganz von selbst verstehen, in dem Tone des Vorwurfs, hier vor versammeltem Kriegsvolk. Ich will sehen, was ich aus der Blumenlese von all den Sachen finden kann, in denen

ich mich schuldig bekenne, zu meiner Ehre schuldig bekenne.

Also z. B. das letzte, was er sagte: meine Liebe zu den Nationalliberalen — ist das ein Vorwurf? warum soll ich für diese Partei keine Neigung haben? Ich bin sehr lange mit ihr zusammengegangen, und es war nicht mein Gefühl, das uns getrennt hat, sondern eine Empfindung, die aus dem Schoße der Partei kam; es ist ein altes Chamisso'sches Gedicht, das heißt: „Liebe, liebe immerdar,“ ich weiß nicht, wie es weiter heißt; aber — es wurde den Herren langweilig; sie wollten mit aus der Schüssel essen, und darüber konnten wir uns nicht verständigen — (Heiterkeit) sehr zu meinem Bedauern; aber meine Neigung zu den Herren, meine Achtung vor ihnen und das Bedauern, mit dem ich zurückdenke an die guten Beziehungen zu dieser Partei, sind nicht erstorben. Ich unterhalte zu allen denjenigen, die nationalliberal geblieben sind, die nicht zur Fortschrittspartei übergegangen sind, immer dieselbe Freundschaft in politischer Beziehung, sobald sie ihrerseits bereit sind, sie anzuknüpfen, und dessen schäme ich mich gar nicht.

Der Herr Vorredner hat gesagt, solche Liebe von mir wechselte hin und wieder. Gewiß muß ich wechseln; ich nehme ja meine Stellung zu der Sache nicht aus der Abstimmung der Parteien, sondern aus sachlichen Erwägungen, daraus, ob ich die Dinge für vernünftig, für das Reich oder an anderer Stelle für Preußen für nützlich halte. Wenn ich sie dafür halte, so nehme ich jede Unterstützung dankbar an, die sich mir bietet, und es ist mir einerlei, welcher Fraktion einer angehört. Ich gehöre keiner an.

Es ist auch nicht richtig, daß die Konservativen immer mit mir gegangen sind. Es ist eine recht lange Zeit gewesen, wo eine bittere Feindschaft zwischen uns bestand und wo ich gefunden habe, daß als Feind der Konservative noch konservativer, schärfer und konsequenter ist als liberale Gegnerschaften. Ich habe bittere Erfahrungen mit den Konservativen erlebt und mit meinen nächsten Angehörigen, die dieser Partei angehört haben.

Ich stoße noch auf sehr viele Punkte und bin dem Herrn Vorredner dankbar, daß er mich auf diese Weise angeklagt hat; aber ich muß doch, wenn ich nicht in Verwirrung geraten will — das Repertoire ist zu umfangreich — nach der Reihe gehen.

Er hat also gesagt: die Amendements des Herrn Abgeordneten Windthorst geben uns neunzehn Zwanzigstel von der Sache. Nun, meine Meinung steht dem diametral entgegen; ich glaube, auch der Herr Vorredner wird die Richtigkeit der Rechnung nicht beweisen können, und selbst der Herr Abgeordnete Windthorst wird sie nicht glauben und wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich sage, daß mit seinen Amendements die ganze Gesetzesvorlage für mich den Wert hat einer Nuß, aus der der Kern herausgeschält ist, oder eines Münzstückes, dem der Gold- oder Silberwert entzogen ist, und von dem nur die non-valeurs geblieben sind.

Dann ist weiter eine von den Wahrheiten, zu denen ich mich bekenne, die der Herr Vorredner mir aber wieder in dem hohen Selbstgefühl, das ihn als Fortschrittmann beseelt, zum Vorwurf macht, die, daß die Fortschrittspartei gefährlicher ist als die Sozialisten. Ich habe heute in meiner ersten Rede — leider muß ich

sagen: in der ersten Rede, weil ich jetzt zur zweiten gezwungen bin — damit geschlossen: ich halte die Fortschrittspartei für viel gefährlicher für die künftige Ruhe und die Fortentwicklung unseres Staates, als die Sozialdemokratie, weil erstere feiner operiert. Die Utopien, die die Sozialisten aufstellen, können vor der Mehrzahl der gebildeten Leute keinen Bestand haben und sind daher vollständig ungefährlich. Ich weiß nicht, ob Sie das schöne Gedicht kennen von Thomas Moore: „The veiled Prophet“. Der verschleierte Prophet war so häßlich, daß er immer einen Schleier trug, er getraute sich nicht, sein wahres Gesicht dem Volke zu zeigen, sonst hätte man ihn des häßlichen Gesichts wegen verlassen. So ist es auch mit dem Gesicht der Sozialdemokratie, — sie erscheint nie ohne einen Schleier. Die Zukunft, wie sie apokryphisch in wieder desavouierten Schriften entwickelt ist, das Positive, was sie will, hat sie noch nicht gewagt aufzustellen. Deshalb halte ich die Partei auf die Dauer für die Ruhe des Bürgers nicht für gefährlich. Daß sie im Staat zur Herrschaft gelangen, uns in Mark und Blut vergiften wird, das glaube ich nicht. Wohl aber traue ich das der Fortschrittspartei zu; ihr Gift ist mächtiger als das der Sozialisten. Bei den falschen geschichtlichen Traditionen, welche lügenhafte Historiker des Liberalismus seit 50, 100 Jahren in die Welt gesetzt haben und seit länger noch, ist die fortschrittliche Mischung viel giftiger als die der Sozialisten.

Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen, der Sozialismus sei gewachsen wie mein Schatten. Nun, wenn mein Schatten wächst, so geht die Sonne unter, und ich setze voraus, daß er seine eigene Sonne meint,

die im Untergang begriffen ist. (Heiterkeit.) Dann wird allerdings für ihn mein Schatten länger.

Nachher hat der Herr Abgeordnete von dem Attentate von Blind gesprochen und die Richtigkeit der Eindrücke bestritten, wie ich sie registriert habe. Darin befindet er sich vollständig im Irrtum. Ich werde Auftrag geben, daß in der Königlichen Bibliothek und sonst noch, wo die Zeitungen von damals sich befinden, nachgeforscht wird, und der Herr Vorredner wird die Unannehmlichkeit haben, daß der alte Kohl noch einmal recht gründlich aufgewärmt wird. Ich weiß ganz genau, was ich damals gelesen habe; ich erinnere mich genau des damals ausgestellten Bildes über das Attentat. — Ich muß um Entschuldigung bitten, — der Herr Vorredner nötigt mich, auf diese Dinge nochmals einzugehen, denn er hat mich einer Unwahrheit beschuldigt. Ich erinnere mich also dessen ganz genau. Das Bild war so dargestellt: ein heldenmütiger Mann — er hatte die Physiognomie von Wilhelm Tell, dem Schweizer Helden — fällt mich von vorn an — während Blind von hinten auf mich schoß — und feuert mir ins Gesicht. Ich stehe bestürzt da, mein Hut fällt mir vom Kopfe, der Satan schiebt eine Kralle zwischen uns und spricht, indem er die Kugel auffängt: Der gehört mir!

Von den Namen, die der Herr Vorredner verlangt, kenne ich nur einen. Wie soll ich nach 18 Jahren noch Alles von diesen Lumpereien und Gemeinheiten wissen! Einen Namen weiß ich aber noch, der war Lewald. Da es sich um Damen handelt, so übergehe ich alles Andere. Der Herr Vorredner wird daraus ersehen, daß es mir nicht unmöglich sein würde, in diesem Grabe der Verwesung noch tiefer zu wühlen und ihm vielleicht noch

näher liegende Dinge nachzuweisen. Also diese Beschuldigung ist völlig ungerechtfertigt.

Ich bemerke dabei noch: wenn der Herr Vorredner aus den damaligen Begebnissen einen nachteiligen Schluß auf die Qualifikation des damaligen Polizeipräsidenten zieht, so gebe ich ihm doch nicht unbedingt zu, daß das in meinen Worten gelegen hat. Ich habe gesprochen von den mittleren Schichten, also ich meine, von dem, was man so den mittleren Bildungsstand nennt. Es ist ganz zweifellos, daß unter den heutigen Postbeamten es sehr viele Sozialdemokraten gibt; das darf man doch aber nicht dem Generalpostmeister Stephan zur Last legen wollen; der kann dies nicht ändern. Herr von Bernuth kann überhaupt ein sehr vortrefflicher Regierungspräsident sein und kein geeigneter Polizeipräsident. Ich habe weder die einen noch die anderen zu ernennen; wohl aber erinnere ich mich einer Unterredung, die ich in jener Zeit mit Herrn von Bernuth gehabt hatte, in deren Verlauf er mir verstimmt sagte: Ich bin kein Polizeimann, ich habe mich bis zuletzt gegen meine Ernennung gewehrt. — Ich antwortete: Meiner Ueberzeugung nach nicht lange genug (Heiterkeit); und darauf erfolgte seine Ernennung zu einer Stelle, für die ich ihn sehr geeignet halte. Es ist kein Tadel, den ich damit ausspreche; es kann jemand ein vorzüglicher Regierungspräsident sein und gerade zum Polizeipräsidenten nicht den Beruf fühlen, wie dieser Herr selbst beweist. — Es ist also damit alles lahm gelegt und liegt längst zu Boden, was der Herr Abgeordnete Richter über diesen Punkt gesagt hat. Wenn ich in der Beantwortung dieselbe Indiskretion begehen wollte, wie der Herr Abgeordnete Richter im Provozieren einer Antwort, so könnte ich noch recht viel weiter gehen; aber

es ist meine Pflicht, glaube ich, in der Diskussion darüber mehr hinter ihm zurückzubleiben, als vielleicht nützlich ist.

Dann hat der Herr Abgeordnete wiederum an 1866 angeknüpft und die große politische Frage, ob die Fortschrittspartei damals eine für das Vaterland unsichere Haltung angenommen hat oder nicht, wieder in Erwägung gebracht. Ich halte es außerhalb der Möglichkeit und auch außerhalb meines Berufs, auf diese geschichtliche Frage einzugehen. Der Herr Vorredner wird mit all seinem Geschick und seinen sophistischen Deduktionen die Weltgeschichte nicht umstoßen, und da bitte ich ihn, nur nachzulesen, — die Geschichte läßt sich eben nicht rückwärts reformieren, das sind geschehene Sachen. Daß es nicht nützlich sei, an den Krieg als Bürgerkrieg zu erinnern, — ja, meine Herren, die Ansicht teile ich vollkommen, und ich könnte den Beweis geben, daß ich in noch viel höherem Maße die Abneigung gegen die Erinnerung an diesen Krieg teile; ich hätte gewünscht, daß auf unseren Denkmälern von diesem Kriege nie die Rede gewesen wäre, sondern nur von denen, die wir gegen das Ausland geführt haben. Aber daß man im übrigen unsere inneren Vorgänge der Vergangenheit mit dem Deckmantel des Bürgerkrieges verdecken zu sollen glaubt, das ist nur bei der Fortschrittspartei begreiflich, denn sie hat sich eigentlich ganz fürchterlich blamiert in ihren Vorhersagungen und ihrer patriotischen Haltung. Es kann jeder Partei passieren, aber es wird sich nicht ausradieren lassen; da reicht kein Radiergummi zu, das ist aere perennius feststehend.

Dann hat der Herr Abgeordnete mir als Verleumdung der Berliner Polizeiverwaltung oder Magistrats-

verwaltung angerechnet, daß ich davon gesprochen habe, daß in Berlin Selbstmorde aus Nahrungsforgen vorkommen. Das ist doch allen Thatsachen ins Gesicht geschlagen. Nehmen Sie doch jede Zeitung, ich mache mich anheischig, fast in jeder Woche Ihnen zu zeigen, wo ein Selbstmord aus Nahrungsforgen steht. Die meisten der Herren, die in Berlin sind, werden ohne Zweifel mehr Müße haben als ich, sie werden auch mehr Zeitungen gelesen haben als ich, sie werden finden, wie häufig eine verunglückte ermittelte Familie durch Wohlthätigkeitsbazars unterstützt wird. Das alles ist auf dem Lande nicht möglich und nicht thunlich, da wird einfach auf den zurückgegriffen, der zur Beschaffung des Unterkommens verpflichtet ist, und je größer sein Grundbesitz ist, um so fester wird auf ihn zurückgegriffen. Das bestreite ich auch gar nicht. Aber wenn die Armenpflege in Berlin als musterhaft dargestellt wird, übernehmen Sie eine Beweislast, der Sie erliegen. Es sind das gar nicht Erzählungen von mir, — toto die können Sie das gedruckt lesen, es vergeht kaum ein Tag, wo nicht ein Selbstmord vorkommt, von denen fallen vielleicht 25 Prozent auf unglückliche Liebe und Verdruß, aber weit über 50 Prozent auf Nahrungsforgen, und aus Nahrungsforgen wird sich wohl auf dem Lande niemand töten. Etwas weiteres habe ich nicht behauptet. Ich kann also nur annehmen, daß der Herr Abgeordnete Richter diese meine Meinung so sicher als falsch hingestellt hat, weil er darauf rechnete, daß mir meine Zeit und meine Kräfte nicht mehr erlaubten, darauf zu erwidern. Es ist vollständig aus der Luft gegriffen, was er bemängelte, und ich möchte das Benefizium für mich in Anspruch nehmen, daß er etwas mehr Schonung beobachtet in der

Anführung von Thatsachen mir gegenüber, und daß er mich nicht als Versteller von Thatsachen hinstellt, wo Hunderttausende von Zeitungsexemplaren auf meiner Seite stehen. In der Provinz weiß man, wie schlecht die Berliner Armenpflege ist, und ich kann meine Meinung darüber aussprechen, wie jeder andere Staatsbürger; außerdem, daß ich Reichskanzler bin, bin ich noch preussischer Unterthan und freue mich des Rechts, das die Verfassung gewährt, meine Ansichten durch Wort und Schrift zu erkennen zu geben, und meine Meinung über die Berliner Stadtverwaltung werde ich mir nicht verkümmern lassen. Die Mietssteuer hat damit nichts zu thun, sie kann nicht abgewälzt werden, denn sie ist ungleich, und eine Steuer, die ungleich ist, die den belasteten Ladenbesitzer so hoch trifft, die den mit zahlreicher Familie versehenen um so härter trifft, die läßt sich nicht abwälzen, denn der Verbraucher von Stiefeln fragt nicht danach, ob der Verkäufer eine zahlreiche Familie hat, oder ob der Ladenbesitzer sehr viele Mietssteuer zahlt.

Dann hat er mir den Vorwurf der Impietät gegen meinen Freund und Kollegen von Kameke gemacht. Sie haben alle gehört, was ich gesagt habe, und werden ohne mein ausdrückliches Hervorheben bezeugen können, wie frivol und unbegründet dieser Vorwurf ist, als hätte ich gegen Herrn von Kameke etwas gesagt. Ich habe gesagt, wir wären überzeugt gewesen, daß es sehr schwer wäre, in der Sache des Dynamitgesetzes etwas zu thun. Außerdem habe ich ausdrücklich hervorgehoben — der Herr Abgeordnete war vielleicht nicht gegenwärtig in dem Augenblick, als ich das sagte —, daß wir allein nichts machen können, und daß vielleicht die Möglichkeit, uns mit anderen Mächten über Verhandlungen zu verständi-

gen, wegen des Nichtwollens der letzteren nicht vorhanden ist.

Dann hat der Herr Abgeordnete mir den Vorwurf gemacht, daß ich meiner Pflicht entsprechend die Anzeige eines Staatsanwalts aus Bayern hierher gebracht habe. Ich kann das nicht vermeiden und bin nicht berechtigt, derartige Anträge zurückzuweisen, sondern dazu hat allein der Reichstag das Recht. Daß er das im vorliegenden Fall gethan hat, finde ich vollständig in Ordnung, und ich bin ihm sehr dankbar dafür; denn der Beteiligte hatte gesagt: unsere Gesetzgeber wären Lumpen. Meine Herren, zu den Gesetzgebern gehöre ich mit viel mehr Recht, als die Herren, die hier sitzen. Also daraus, daß ich nicht Klage erhoben habe, können Sie sehen, daß ich ein zum Verzeihen geneigtes Gemüt habe; aber vorlegen mußte ich Ihnen den Antrag, das war meine Pflicht. Ich begreife daher nicht, wie man solche Sachen mir in die Schuhe schieben kann, und wie man mich alten, kranken Mann nötigen kann, auf solche Insinuationen etwas zu erwidern. Das ist nicht hübsch.

Dann hat der Herr Abgeordnete mir vorgeworfen — wozu ich wiederum sage, ich bekenne mich schuldig —, daß ich für die Landwirtschaft und deren Interessen mit Entschiedenheit eintrete, und daß ich glaube, daß unsere wirklichen Interessen durch die politischen Partekämpfe geschädigt werden. Ja, meine Herren, einen Reichskanzler und Ministerpräsidenten, der sich für die Landwirtschaft nicht interessiert, den müßten Sie sofort wegjagen, den kann das Land gar nicht brauchen. Es sind 25 Millionen Menschen von unseren 45 Millionen, deren Interessen von dem Wohl und Wehe der Landwirtschaft abhängen. Sie hängen doch sonst so an Majoritäten

und sind für Abstimmungen von 101 gegen 100; aber hier ist bei weitem die überwiegende Menge der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt und nächst dieser in der Industrie. Dem gegenüber steht ein kleines Quantum der unproduktiven Bevölkerung, die zum Teil ganz unproduktiv ist, indem sie von Tausch und Austausch lebt oder nur mit der Couponschere ihre Thätigkeit abschließt. Ich bin immer eingetreten für die beiden ersteren großen Schlagadern unseres gesellschaftlichen Organismus: für die Landwirtschaft und für die Industrie; wenn ich für diese nicht einträte, würde ich mich vor meinem eigenen Gewissen nicht entschuldigen können, ich würde mich nicht halten können vor der öffentlichen Meinung, ich würde mich vor meinem König nicht verantworten können, — Sie würden sehr wohl thun, mir gegenüber zu sagen: diesem Kanzler keinen Groschen! oder: fort mit dem Ministerium! — wenn ich mich um die Landwirtschaft nicht vorzugsweise bemühte. Es ist das Hauptgewerbe; und wenn die Landwirte mehr zusammenhielten, dann würden sie sich besser zu schützen im Stande sein, als sie es bisher im Stande gewesen sind. Bisher sind es die Gelehrten gewesen, die uns regieren, theils Beamte, theils sonstige Schriftgelehrte, theils Redakteure aller Art, — kurz und gut, die unproduktive Bevölkerung im Reichstag, aber auch außer demselben. An der Stelle, die ich vertrete, sind natürlich die Beamten, die Leute vom grünen Tisch, vorherrschend; die sind es, die uns regieren, und die wollen auch noch die Majorität haben; das Quantum grüner Tisch, was die Regierung hineinbringt, ist nur dann verbrauchbar, wenn aus dem Lande eine Minorität vom grünen Tisch in den Reichstag hineinkommt, und deshalb arbeite ich dafür, — und

das sollten Sie mir danken, das Land dankt es mir, — daß das Land womöglich von der Vertretung durch gewerbsmäßige Abgeordnete befreit wird, daß Leute, die die Interessen des Landes fühlen und mit durchmachen, hierher geschickt werden, und daß wir wissen, was das Land denkt, nicht, was die Parteien denken. Die politischen Parteien sind der Verderb unserer Verfassung und der Verderb unserer Zukunft; und da wirft mir der Herr Vorredner vor, als hätte ich damit eine ganz abnorme Beleidigung des Reichstags ausgesprochen. Ich habe nicht den Reichstag beleidigt; wenn ich etwas beleidigt habe, so wären dies die Fraktionen. Aber auch die habe ich nicht beleidigt; ich habe nur gesagt: sie sind nicht erwünscht, nicht nützlich, und wenn das eine Beleidigung wäre, daß etwas nicht erwünscht, nicht nützlich ist, so würden viele beleidigt sein, sich im Gefühl ununterbrochenen Beleidigtseins befinden müssen. (Heiterkeit.)

Dann hat der Herr Abgeordnete Richter gesagt, es sei zwischen mir und meinen Theorien und denen der Sozialdemokratie so gut wie gar kein Unterschied, — oder nur ein ganz kleiner, wie wir ihn zwischen Monarchie und Republik machen. Das ist in den Augen des Abgeordneten Richter ein unbedeutender Unterschied, der sich je nach der Entwicklung der Gesetzgebung jedesmal in anderer Richtung ausdrücken kann. Ich glaube aber, es ist doch noch ein erheblicherer Unterschied vorhanden, und wenn der nicht wäre, so weiß ich nicht, warum — ich bin doch ein Mann von Einfluß und auch in meinen Geschäften, ich will mich nicht rühmen, aber wie mir eine zwanzigjährige Erfahrung zeigt, nicht ganz erfolglos — warum die Sozialdemokraten mich auf diese Weise anfeinden. Warum thun sie es? Sie müssen doch finden,

daß zwischen mir und ihnen irgend ein unüberwindlicher Unterschied besteht, sonst sollten sie doch froh sein, daß sie einen sozialdemokratischen Reichskanzler hätten, den sie aufrecht erhalten sollten, — das sollte für sie ein membrum praecipuum sein, und ich finde, die Herren sind gerade entgegengesetzter Ansicht.

Dem, was der Herr Vorredner von Lassalle sagte, habe ich nichts weiter hinzuzufügen; er war ein befähigter und liebenswürdiger Mensch, und das kann ich nicht von allen, die ihn überlebt haben, sagen, (Heiterkeit) — ich sage: nicht von allen.

Der Herr Vorredner sagt, der Exekutor fungiere noch immer. Er muß aber doch etwas weniger fungieren als früher. Der Herr Vorredner liest so genau und hat ein sehr gutes Gedächtnis, so daß es mich wundern sollte, daß er das nicht behalten hätte, daß die ganzen Exekutionen bei den letzten beiden Klassensteuerstufen weggefallen sind. Freilich auf eine Million mehr oder weniger Exekutionen wird es dem Herrn Vorredner nicht ankommen; es bleiben immer noch genug Millionen für ihn, um Unzufriedenheit zu erregen, und es ist bezeichnend, daß er und die Seinigen sich jedem Versuche, dieses Motiv der Unzufriedenheit aus der Welt zu schaffen, hartnäckig widersetzen, weil sie es uns immer vorzuwerfen wünschen. Der Exekutor betreibt noch immer sein Werk; er thut es vor allem in der Kommunalverwaltung der großen Städte, und wenn diese nicht darauf zurückkommt, daß sie selbst um Genehmigung der indirekten Steuern bittet, daß sie bei der Regierung und bei den gesetzgebenden Körpern darum einkommt, daß ihnen größere Berechtigung verliehen wird, dann werden sie einfach Bankerott machen, dann werden sie sich nicht halten auf diesem

Wege. — Sie wollen sich vielleicht auch nicht halten; es ist ja ein Grund, um bei der Hauptmasse der Bevölkerung Unzufriedenheit zu erregen. Da sagte mir einst Lippski, ein liebenswürdiger, aber konspirierender Pole: „Schaffen Sie uns direkte Steuern für die große Masse der Bevölkerung; für das übrige, die Unzufriedenheit, die Revolution, werden wir schon sorgen.“ Wir müssen vielleicht darauf noch warten. Aber es kann noch kommen; ich weiß es nicht; ich bin neugierig. — Und da mache ich umgekehrt den Kommunalverwaltungen, für die der Herr Abgeordnete Richter, wie für die Privat-eisenbahnen, immer der beredte Advokat gewesen ist, den Vorwurf, daß sie keinen Gebrauch machen von der ihnen erteilten Genehmigung zur Auflegung indirekter Steuern. Es sind einige Städte — ich glaube, Breslau ist darunter — die haben wenigstens die Schlachtsteuer. Das widerspricht aber den politischen Parteien. Deshalb sage ich: die Politik macht uns tot, indem sie uns hindert, unsere Interessen wahrzunehmen; sobald es der Parteipolitik, der Fraktionspolitik nicht paßt, so können die Interessen zu Grunde gehen, und es kann darüber ausgepfändet werden oder Hungers sterben, wer will, — das ist der Fraktion als solcher vollständig gleichgültig; sie fragt nur: was nützt es meiner Fraktion? Vivat fractio, pereat mundus!

Das Recht auf Arbeit erwähnte ich schon, dazu bekenne ich mich ganz ehrlich auch selbst in einer erweiterten Auslegung der Bestimmungen, unter denen wir Preußen seit längerer Zeit gelebt haben, und die die Fürsorge unserer Könige für die arbeitende Klasse auch schon aus dem vorigen Jahrhundert dokumentieren, ein Interesse, welches unser jetzt in Preußen regierender Herr

geerbt hat, und nicht nur er, sondern auch sein Nachfolger jedenfalls jeder Zeit behalten wird. Friedrich der Große sagte: Je veux être roi des gueux. Es ist in seinem scherzhaften französischen Sarkasmus der Ausdruck für denselben Gedanken, den der jetzige Herr damit ausspricht, daß er sich als den Schützer der wirtschaftlich Schwachen betrachtet und für sie zu sorgen entschlossen ist.

Was nun die Verschleppung der Unfallgesetzgebung anlangt, so habe ich der Kommission keinen Vorwurf darüber gemacht. Ich sage, daß sie gearbeitet hat; aber es ist keine rechte Lust zur Sache, — so habe ich mich, glaube ich, ausgedrückt. Wir sind nun jetzt etwas über zwei Monate hier versammelt. Ich möchte wohl wissen, wie viel Stunden davon auf die Kommissionsitzungen ausfallen; und dann ist ja in den Kommissionsitzungen eine Obstruktion, das Wort heißt Verschleppung; es ist sehr leicht, längere Reden zu halten, besonders an den Abendstunden ist es nur zu leicht möglich. — Ich habe allerdings dabei nicht an die früheren Jahre gedacht.

Daß ich Fühlung suche mit dem Reichstage, daß ich, wenn ich die Fühlung nicht gefunden habe, wie bei der letzten Aenderung der Vorlage, oder, wie bei der ersten Aenderung, einsehe, daß der Punkt, auf dem die Fühlung gefunden ist, nicht der richtige ist, einen anderen Weg einschlage, — kurz und gut, daß ich in dieser wichtigen Sache mit Vorsicht vorgehe, kann mir der Herr Vorredner doch nicht vorwerfen; es zeigt im Gegenteil, daß ich so eigensinnig, wie er mich zu schildern sucht, so herrschsüchtig nicht bin. Ich habe mich vom Reichstage belehren lassen. Sobald die Herren im Reichstage etwas anderes gewünscht haben, sind wir bereitwillig

darauf eingegangen. Meine Kritik vorher bezog sich auf die Erlebnisse dieses Jahres, und da muß ich allerdings einräumen, den Vorwurf gemacht zu haben, daß der Reichstag etwas lange Osterferien machte, und nachher wieder acht Tage Ferien. Ich habe das Gefühl, daß wir nicht vorwärts kommen. Diesem Gefühle habe ich Ausdruck gegeben, ohne jemand verletzen zu wollen, und wenn meine Worte dazu führen, daß die Gangart etwas beschleunigt wird, so soll mir das sehr angenehm sein, denn sonst schleppen wir die Arbeit in den heißen Sommer hinein und wir haben alle Interesse, davon loszukommen. Wenn keine Veränderung der Situation, die sich an das Sozialistengesetz knüpfen kann, eintritt, können wir anstandshalber nicht auseinandergehen, ohne die Unfallversicherung verabschiedet zu haben mit „Ja“ oder „Nein“. Darum möchte ich in unser aller Interesse und mit Rücksicht auf die steigende Sommerwitterung nur die Bitte aussprechen, diese Arbeit thunlichst zu beschleunigen. *Ultra posse nemo obligatur*. Aber das darf mir der Herr doch nicht vorwerfen, daß ich nicht Fühlung suche mit dem Reichstag, da hat er nach meiner Meinung nicht das Richtige getroffen, ich sage nicht: ich habe das Meinige gethan und kann mich darum zur Ruhe setzen; sondern ich mache immer wieder Versuche und sehe, ob ich die Wünsche des Kaisers verwirklichen kann.

Der Herr Abgeordnete hat mir außerdem vorgehalten, ich hätte behauptet, daß das Dynamitgesetz von mir deshalb unterlassen worden wäre, weil der Kriegsminister es nicht so begutachtet hätte, wie ich es erwartete. Das ist gar nicht wahr, wir hatten keine Erwartung; der Kriegsminister war der einzige Dynamitkundige unter

uns, und wir mußten uns nach ihm richten. Ich habe auch gar nicht gesagt, der Kriegsminister sei schuld, sondern ich habe gesagt, — und in dem Augenblick muß der Herr Abgeordnete wieder nicht anwesend gewesen sein, — daß es mir nicht nützlich erschien, die Sache isoliert fortzusetzen, und daß ich schwer krank gewesen war, so daß ich meinerseits keine Triebkraft auf die Sache hätte verwenden können. Ich glaube, ich habe die Sache ganz objektiv dargestellt, und habe niemanden anklagen wollen. Also auch hier schiebt mir der Herr Abgeordnete wieder Anklagen in die Schuhe und mißbraucht die Zeit des Reichstages in so vorgerückter Stunde.

Dann sagt der Herr Abgeordnete, ich hätte ausdrücklich anerkannt, daß Polizeigesetze die Attentate nicht verhindern könnten. Ja, auf Hinderung von Attentaten ist dieses Gesetz auch gar nicht berechnet, sondern auf Hinderung von Agitationen, welche die Leute zu Attentaten anreizen können. Wenn in wenig gebildete und in einer unbefriedigten Lage sich befindende Massen solche Agitationen, wie sie die Sozialdemokraten betrieben haben, und von denen Herr von Köller und Andere uns viele Beispiele hier verlesen haben, hineingeworfen werden, so können dieselben sehr wohl auf einen Hörer fallen, der mit dem Pulverfaß die Aehnlichkeit hat, daß er sofort zündet und explodiert. Das wollen wir verhindern, und damit steht die Aeußerung Seiner Majestät des Kaisers, die ich heute verlesen habe, daß die Polizei Attentate nicht verhindern kann, in keiner Weise im Widerspruch. Die Polizei kann nicht wissen, ob unter den Leuten, die am Wege stehen und respektvoll grüßen, oder unter den Bewohnern der Mietslokale, die am Wege vorhanden sind, ein Mörder sich befindet, der auf den Kaiser zielt.

Das kann die Polizei nicht verhindern. Weiter hat nichts gesagt werden sollen, und ich habe die Sache nur erwähnt, um damit nachzuweisen, daß Se. Majestät der Kaiser persönlich gegen solche Attentate in einer bedauerlichen Weise furchtlos ist. Ich habe nie einen Menschen gekannt, der gegen körperliche Gefahren so gleichgiltig ist, wie Se. Majestät der Kaiser, und wenn ich die Stelle verlesen habe, so habe ich damit nur aussprechen wollen, daß die Sorge, die Se. Majestät selbst für seine persönliche Sicherheit trägt, das allermindeste Motiv für diese Gesetzgebung ist. Der Ausdruck „Polizeigesetz“ trifft vielmehr für das von dem Herrn Abgeordneten so bevorzugte Dynamitgesetz zu, das ist eigentlich primär ein Gesetz polizeilicher Kompetenz, aber das unsere gar nicht. — Also auch hier wiederum eine Verschiebung der Thatsachen.

Weiter hat der Herr Abgeordnete gesagt: wo bleibt die Million Mark, die aus dem Welfenfonds fließt? Ja, das ist eine recht neugierige Frage. (Heiterkeit.) Der Welfenfonds ist ursprünglich dazu überwiesen worden, um die Bestrebungen — ich will es kurz nennen: zur Wiederherstellung des früheren Zustandes des Königreichs Hannover und anderer ähnlicher ehemaliger selbständiger Länder zu bekämpfen. Nun ist luce clarius, daß eine Wiederherstellung der früheren Verhältnisse, eine Vertreibung der preussischen Herrschaft, eine Wiederauflösung des auf dem jetzigen Zustand begründeten Deutschen Reiches niemals aus eigener Kraft von den wenigen Angehörigen der Provinz Hannover, die sich zu der Welfenpartei rechnen, bewirkt werden kann. Die Aussicht hierauf liegt nur in der Voraussicht eines europäischen Krieges, in dem Deutschland, resp. Preußen geschlagen, dergestalt in die Pfanne gehauen werden würde, daß man ihm

die Bedingungen diktieren könnte. Unter diesen Bedingungen würde dann wahrscheinlich die Wiederaufrichtung der früheren welfischen und hessischen Dynastie enthalten sein und die Wiederherstellung anderer, vielleicht auch die Reduzierung Preußens. Die Maßregeln zum Schutze des gegenwärtigen Zustandes, zur Verhinderung eines Umsturzes des gegenwärtigen Zustandes, sind also vollständig identisch mit allen Maßregeln zur Erhaltung des europäischen Friedens. Erhalten wir den Frieden, so vermeiden wir den Krieg, der zur Niederlage Preußens führen könnte. Gelingt es uns nicht, den Frieden zu erhalten, dann kommt alles darauf an, daß wir im Krieg siegreich sind, daß wir möglichst stark gerüstet, möglichst einig sind.

Indem ich Ihnen diese Requisite der Erhaltung des Bestehenden schildere, gebe ich Ihnen zugleich das Gebiet an, in welchem eine Verwendung zur Verhinderung dessen, was man seiner Zeit „die Umtriebe des Königs Georg“ nannte, möglich ist. Außerdem ist eine Verwendung möglich, indem man die Unterthanen der früheren Herrschaft mit der neuen Regierung dadurch befreundet, daß man Einrichtungen, die ihnen wünschenswert sind, aus diesem Fonds befördert. Es ist ja jede Rechnungslegung über diesen Fonds ausgeschlossen, was mir eigentlich leid thut. Ich glaube, wir würden grade vor den Eingeborenen dieser Provinzen, den Hessen und Hannoveranern, mit Ehren bestehen, wenn wir die Summen nachweisen könnten, die auf Meliorationen und andere nützliche Anstalten verwandt worden sind. Ich halte es für vollständig beschlußmäßig und statutenmäßig, das wir durch die Mittel, die damals vom Landtage zur Verfügung gestellt wurden, einerseits die Befriedigung der Wünsche der Unterthanen der früheren Herrscher, andererseits

die Erhaltung des Friedens mit denen zu sichern suchen, die allein mächtig genug sind, um die Wiederherstellung des früheren Zustandes herbeizuführen. Ich glaube, daß gegen diese meine Darlegung sich theoretisch von dem Standpunkte, der uns rechtlich durch die Gesetze gegeben ist, gar nichts wird einwenden lassen. Außerdem erfolgen alle Verwendungen aus dem Fonds unter der Decharge einmal des preussischen Finanzministeriums und dann Seiner Majestät des Königs. Wenn Sie glauben, daß wir aus diesem Fonds mit Ihren Preßfonds rivalisiren könnten, so irren Sie sich. Ich will nicht sagen, daß wir nicht Aufwendungen daraus machen könnten; aber wir haben nicht die Kräfte zur Verfügung, die Ihnen freiwillig zufließen. Der Opposition dient jeder Unzufriedene bereitwillig und freiwillig; der Verteidigung der belagerten Regierungsfestung dient nur derjenige, der amtlich dazu verpflichtet ist, und wer einen bestimmten Verdienst dabei beabsichtigt. Wir sind in der Beziehung ja sehr inferior im Kampfe und sind viel mehr auf den guten Willen als auf das Interesse angewiesen. Wie viele Zeitungen gibt es denn überhaupt, die die Regierung freiwillig vertreten? Die Hauptzeitungen darin sind gerade solche, die nie einen Groschen von der Regierung beansprucht und bekommen haben, diejenigen, die reichen Privaten gehören, welche bei der Erhaltung des Bestehenden auch ihre eigene Rechnung finden und deshalb unter Umständen ein gewisses Quantum weißes Papier zur Verfügung der Regierung stellen. Von ihrem Anerbieten mache ich unter Umständen mit demselben Rechte Gebrauch, wie jeder andere Preuße, der sich seiner Grundrechte erfreut.

Dann hat der Herr Abgeordnete die Diätenfrage

angebracht und wiederum die Forderung gestellt, wir sollten Diäten bewilligen. Ja, wie würde Ihnen das gefallen, wenn von seiten des Bundesrates oder der verbündeten Regierungen in jeder Sitzung wieder angeregt würde, Sie möchten doch auf das Privilegium, daß alles, was hier gesagt ist, straflos sei, oder auf andere Privilegien verzichten, und immer wieder dasselbe, oder Sie möchten auf die geheime Abstimmung verzichten, und das in jedem Jahre wiederum von neuem, und Sie sagten immer Nein? Da würde man doch sofort sagen, die Regierung gehe damit um, die Verfassung zu verderben und zu verändern. — Sind wir nicht berechtigt, Ihnen denselben Vorwurf zu machen, daß Sie damit umgehen, wenn Sie immer wieder darauf zurückkommen, und wenn Sie dulden und die Hand dazu bieten, daß das bestehende Verbot des Diätenbezugs künstlich umgangen wird? Ich möchte nicht in der Lage sein eines Abgeordneten, der Diäten von Privatleuten nimmt. Man würde in Rußland sagen: er nimmt. Der Herr Abgeordnete Richter hat in dieser Beziehung angeführt, ich hätte bei einer früheren Gelegenheit, 1875 glaube ich — (Abgeordneter Richter (Hagen): 1867!) — oder noch früher — ich will erst einmal auf 1875 zurückkommen — er sagt, ich hätte damals über die Zeit von 1866 sehr mild geurteilt. Ja, meine Herren, ich bin Diplomat; 1875 rechnete ich noch, daß freundliche Worte etwas helfen könnten, und darum habe ich nicht gespart, und darum habe ich mich liebenswürdig ausgedrückt. Ich dachte: vielleicht gewinne ich die Herren, wenn ich ihnen die Brücke baue, wenn ich ihnen zeige, daß ihre Vergangenheit nicht so schwarz ist, daß sie sich ihrer zu schämen brauchen. Ich möchte Sie bitten, dem Gewerbe, in dem ich aufgewachsen bin, etwas zu gute

zu halten. *Toute vérité n'est pas bonne à dire.* Jetzt kommt die Wahrheit heraus; ich denke über Sie jetzt anders, als ich 1875 über Sie gesprochen habe. Ich habe eingesehen, bei dem Bestreben, Sie zu gewinnen für eine staatliche Thätigkeit, kommt nichts heraus; an Ihnen ist Hopfen und Malz verloren; ich habe darauf verzichtet und widerrufe meine Aeußerung von 1875, da sie sich vollständig als nutzlos erwiesen hat. Es war eben ein diplomatischer Schachzug, der mir mißlungen ist. (Heiterkeit.)

Nun führt der Herr Abgeordnete Richter eine frühere Aeußerung von mir an, daß ich mit Bezug auf die Annahme von Diäten aus Privatmitteln gesagt hätte: „da kein Strafrichter da ist, so ist es auch nicht verboten.“ Nun, damals war die Situation auch noch eine andere. Ich hatte beim Zustandebringen der Verfassung und in den ersten Jahren die Befürchtung, daß die Gefahr für das Bestehen des Reiches und für seine Entwicklung von den Regierungen und den Dynastien herrühren würde, und daß der einzige Sammelpunkt und das einzige Bindemittel der Reichstag sein würde; und deshalb habe ich damals es für meine Pflicht gegen Deutschland und seine Einheit und seinen Zusammenhang gehalten, mit jedem auch vielleicht weniger erlaubten Mittel den Reichstag zu accentuieren, sein Zusammentreten zu erleichtern, ihm Kräfte zuzuführen, die ohne Geld nicht disponibel sind; — da habe ich auch diese Frage günstiger beurteilt; ich habe damals gesagt: „wo kein Strafrichter ist, da ist auch nichts verboten.“ Nun sind mir aber Zweifel gekommen, ob meine damalige Ansicht, daß der Strafrichter die Sache nicht angreifen könnte, vollständig richtig ist; ich hielt es damals für nützlich, daß der Strafrichter,

wenn er ein solches Recht hätte, es nicht übe, — ich halte es heute nicht mehr für nützlich. Ich komme daher auf die Prüfung der Frage, ob für den Strafrichter doch ein Anlaß zum Einschreiten gegeben ist, zurück. Ich habe damals gesagt: wenn kein Strafrichter vorhanden ist, so kann das ja auch nicht gehindert werden; wäre nun das Gericht — und das werde ich zu ermitteln suchen — anderer Meinung, so würde ich mit Vergnügen den anderen Weg einschlagen, weil ich finde, diese Einrichtung hat sich nicht bewährt, wie der Fürst von Schwarzenberg von der österreichischen Verfassung bekanntlich sagte. — So viel über die Diäten.

Dann komme ich endlich, rückwärts gehend, zu der ersten Bemerkung des Herrn Abgeordneten Richter über meine Empfindlichkeit gegen Heiterkeit. Ja, ich glaube, der Herr Abgeordnete Richter liest doch mitunter die stenographischen Berichte, — sie sind zwar sehr umfanglich, aber er wird doch finden, daß immer ein Unterschied gemacht wird zwischen Heiterkeit und Gelächter. Heiterkeit ist sehr schmeichelhaft für den Redner, Gelächter ist Verhöhnung für den Redner und heißt ungefähr so viel als: wir wissen zwar augenblicklich noch nicht, warum es sich handelt, wir haben nicht das Wort, wir werden wahrscheinlich auch nicht reden, aber dadurch, daß es in Klammern „Gelächter“ heißt, wollen wir anzeigen, daß das, was gesagt wurde, mit Geringschätzung und Hohn aufgenommen wurde; — das ist doch ein Unterschied. Die Heiterkeit, die hier bei der Rechten unter Umständen vorkommt — sie ist nicht sehr häufig, die Rechte ist überhaupt viel ernsthafter als die Linke, die Linke ist heiterer gestimmt — aber das ist ganz etwas anderes als „Gelächter“. Daß das Gelächter, das ich vorhin

als banausisch bezeichnet habe, von dem Herrn Abgeordneten Hänel ausgegangen ist, wußte ich nicht; das zeigt, wie nötig es wäre, daß derjenige, von welchem das Gelächter kommt, seinen Namen nennt. Den Herrn Abgeordneten Hänel würde ich nie für einen Banausen gehalten haben; er ist ein Mann, der mit der Wissenschaft geht. Das ist also ein Mißverständnis von mir, und ich ziehe diesen Ausdruck in Beziehung auf den Herrn Abgeordneten Hänel ganz ausdrücklich zurück. Bei ihm glaube ich an wirkliche Heiterkeit, ich glaube, daß er amüsiert gewesen ist durch das, was ich sagte, und den Ausdruck eines banausischen Gelächters habe ich nur auf das, was so massenhaft aus jener Gegend kam, gebraucht. Ich habe vorher eine Stimme gehört — ich glaubte die des Herrn Abgeordneten Struve zu erkennen — (lebhaft Heiterkeit), diese Stimme habe ich vorhin sehr verspätet lachen hören. Ich schließe also daraus, daß ihm inzwischen die Sache auseinandergesetzt worden ist, daß eigentlich hätte gelacht werden müssen bei dieser Stelle, und daß er, da er sich auf der Tribüne nicht bemerklich macht, doch mindestens den Pflichten seiner Partei gegenüber durch Lachen nachgekommen ist. Diese Art geschäftsmäßigen Lachens ist sehr verschieden von dem, was sich bei dem Abgeordneten Hänel, einer Zierde unserer Wissenschaft, findet.

Meine Herren, ich habe das Wort nicht gesucht, — ich bin eigentlich dazu gezwungen worden durch den Herrn Abgeordneten Richter, der jeden Satz damit angefangen hat: „der Herr Reichskanzler hat gesagt.“ Ich wurde hierdurch an die Konfliktzeit und an den Abgeordneten Virchow erinnert, der immer sagte: der Herr Ministerpräsident hat gesagt. Hätte ich nichts gesagt, so wäre

nichts geantwortet worden, und es wäre häufig vielleicht besser gewesen.

Ich komme bei dieser Rede mit langen Umwegen darauf zurück, mit der dringenden Aufforderung an das Land und an die Wähler zu schließen: daß sie keinen fortschrittlichen Abgeordneten wählen möchten. (Bravo! rechts. Heiterkeit links.)

Gegen den Schluß der Sitzung folgte noch ein Austausch kurzer Bemerkungen. Dem Abgeordneten Windthorst, der sich gegen die gegebenen Andeutungen über die Verwendung des Welfenfonds ausließ, erwiderte Fürst Bismarck:

Ich erlaube mir nur, dem Herrn Vorredner zu bemerken, daß ich diesen Gegenstand in die Diskussion im Reichstag nicht eingeführt habe. Wenn es hier nicht hergehört — was ich nicht entscheiden will —, so war es nicht meine Aufgabe, sondern die des Herrn Präsidenten, den Herrn Abgeordneten Richter zu verhindern, den Welfenfonds zu erwähnen. Wenn er aber erwähnt wurde und zwar in einer Weise, die zu Verdächtigungen Anlaß geben konnte, so war ich gezwungen, darauf einzugehen. Ich bin also nicht schuld, wenn hier eine Sache zur Sprache kam, die den Reichstag nicht interessieren kann.

Der Abgeordnete v. Forckenbeck, der sich zur Vorlegung gerichtlicher Erkenntnisse erbot, wonach die Behauptungen der Presse, daß in Berlin Menschen durch Schuld der Armenverwaltung Hungers gestorben seien, als Verleumdungen konstatiert würden, erhielt die Antwort:

Ich würde dem Herrn Vorredner in meiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident sehr dankbar sein, wenn er seine Absicht erfüllen und mir die Erkenntnisse,

von denen er sprach, zuschicken wollte. Ich habe allerdings in den Zeitungen gelesen, daß in Berlin Leute vor Hunger gestorben wären — vor Entkräftung, was ungefähr dasselbe ist. Ich erinnere mich nicht, ob ich in früherer Zeit dies ausdrücklich gesagt habe, aber es ist wohl möglich, weil ich es geglaubt habe nach dem, was ich in den Zeitungen las, und noch heute glaube ich, daß in Berlin Leute vor Hunger sterben können, ebensogut, wie das in jeder großen Stadt, in London und Paris möglich ist. Es hat vielleicht seine Schwierigkeiten, das zu verhindern, namentlich wenn jemand sich schämt, die Unterstützung der öffentlichen Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Ich würde aber dem Herrn Voredner sehr dankbar sein, wenn er mir die Erkenntnisse zustellen wollte, und ich verspreche ihm, die Frage amtlich aufzunehmen. Heute habe ich nur davon gesprochen, daß aus Nahrungsforgen Selbstmorde in Berlin stattfinden. Ja, wenn Sie gegen die Zeitungen, die das behaupten, Klage anstellen wollen, dann werden Sie sich einen eigenen Anwalt bestellen müssen; denn es ist eine fast stehende Rubrik in jeder Woche, daß Leute sich aus Nahrungsforgen erhängt haben. Daß das auch in andern Gegenden vorkommt, mag sein, aber doch nur in großen Städten. Daß sich bei uns auf dem Lande jemand aus Nahrungsforgen das Leben nimmt, während er Anspruch hat und macht auf die Armenverpflegung der Gemeinde oder des Gutes, dem er angehört, kommt nicht vor, — auch nicht Obdachlosigkeit.

Ich bitte den Herrn Oberbürgermeister, sich auch daran zu erinnern, daß ich als Mitglied mehrerer Vereine einen hinreichenden Anteil an der Privatarmenpflege in Berlin habe, um zu wissen, was ich sage.

Freiherr v. Franckenstein endlich, der als Vorsitzender der siebenten Kommission dieselbe gegen den Vorwurf lässiger Arbeit am Unfallversicherungsgesetz verteidigte, ward durch folgende Aeußerung des Reichskanzlers zufriedengestellt:

Es hat mir fern gelegen, der VII. Kommission einen Vorwurf zu machen, am allerwenigsten ihrem Herrn Vorsitzenden, und wenn meine Worte, die auf der allgemeineren Unterlage des Mangels an Wohlwollen für die Vorlage im gesamten Reichstag beruhten, — über welchen Mangel ich mich beklagt habe, — sich vielleicht mehr auf die Kommissionsarbeiten zugespitzt haben, als meine Absicht gewesen ist, so nehme ich das sehr gern zurück. Ich bin überzeugt, daß eine Kommission, die den Herrn Vorredner zum Vorsitzenden hat, eben alles thun wird, was von ihr erwartet und verlangt werden kann, und wenn meine Ausdrücke dahin gedeutet werden könnten, daß ich das bezweifelt hätte, so ziehe ich sie zurück mit Rücksicht auf den großen Umfang, den die Diskussion genommen hat.

Die von den verbündeten Regierungen geforderte Verlängerung der Gültigkeit des Sozialistengesetzes auf zwei weitere Jahre ward darauf vom Reichstage mit einer Mehrheit, der sich außer den Konservativen und Nationalliberalen auch ein Teil des Zentrums und selbst der Deutsch-Freisinnigen zugesellte, genehmigt; desgleichen einige Tage darauf ein Dynamitgesetz.

6. Genaue Prüfung erwünscht.

13. Juni 1884.

In der 31. Sitzung vom 13. Juni 1884 beschäftigte sich der Reichstag auf Grund des Berichts der Rechnungskommission in zweiter Beratung mit der allgemeinen Rechnung über den Reichs-

haushalt für das Etatsjahr 1879/80. Abgeordneter Richter äußerte dabei Bedenken: einmal der Thatsache gegenüber, daß Allerhöchste Kabinettsordres, durch welche einige etatswidrige Ausgaben in der Militärverwaltung justifiziert worden, durch den preussischen Kriegsminister, nicht durch den Reichskanzler gegengezeichnet seien; sodann in Bezug auf einen durch die Reichspostverwaltung mit Privaten über die Benutzung einer Telegraphenleitung nach Norwegen abgeschlossenen Vertrag, infolge dessen dieselbe, ohne die Genehmigung des Reichstages erbeten zu haben, sich auf viele Jahre hin zu beträchtlichen Zahlungen verpflichtet hatte. Ueber die dabei in Betracht kommenden Rechtsfragen, wie unter anderem darüber, ob der Kabelvertrag die Uebernahme einer Garantie zu Lasten des Reichs enthalte, entspann sich eine längere Debatte, in der sich der Abgeordnete Richter befließ, den energisch auftretenden Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff in Zwist mit dem Fürsten Bismarck zu bringen, während Abgeordneter Windthorst, vor der Berührung „epinöser“ Dinge warnend, unter Abweisung anderer Vorschläge sich dafür aussprach, den Antrag der Kommission auf Dechargierung der Rechnung mit Rücksicht auf die erhobenen Bedenken zu nochmaliger Erwägung an die Kommission zurück zu verweisen. Der anwesende Reichskanzler ließ sich in Betreff der Gegenzeichnung der Niederschlagungs-Ordres zu keiner Aeußerung herbei; dagegen empfahl er hinsichtlich des Telegraphenvertrags, wegen dessen zuvor mehrere Kommissarien der Reichsjustiz-, Post- und Finanzverwaltung Rede gestanden, den Antrag Windthorst, welcher denn auch angenommen ward, mit folgenden Worten:

Ich wollte nur kurz bemerken, daß ich den Reichstag bitte, aus den Deduktionen der Herren Kommissarien nicht zu entnehmen, daß es der Reichsregierung und mir speziell unerwünscht wäre, wenn die ganze Angelegenheit dem Antrag des Herrn Abgeordneten Windthorst entsprechend von neuem zur Prüfung an die Kommission verwiesen würde. Es wird sich dann herausstellen, wie unmöglich in praxi die gestellten Anträge sind. Wir würden dann Ihnen oder Ihren Kommissarien alle die Konsequenzen nachweisen, die sich daraus ergeben, wenn

es für einen Garantievertrag gelten soll, der der Genehmigung des Reichstags bedarf, wofür hier eine solche Qualität vindiziert worden ist. Es würde beispielsweise, glaube ich, für eine Remontekommission unmöglich sein, mit einem Pferdezüchter in Königsberg für das nächste Jahr irgend eine Verabredung zu treffen. So weit, glaube ich, würde die Theorie führen, die hier aufgestellt worden ist.

Wenn Sie mir persönlich — täusche ich mich über den Wortlaut der Verfassung nicht, so bin ich gerade in dieser Beziehung als Reichskanzler persönlich verantwortlich und nicht der Bundesrat — einen Gefallen thun wollen, so nehmen Sie den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst an. Mir kann jede genauere Prüfung nur erwünscht sein.

7. Anbahnung einer deutschen Kolonialpolitik.

14. und 26. Juni 1884.

Der erste Versuch, der wirtschaftlichen Arbeit des deutschen Volks auch auf dem Gebiete des überseeischen Verkehrs mit der Kraft und dem Ansehen des neugeschaffenen Reichs einigermaßen zu Hilfe zu kommen, war im Frühjahr 1880 durch die sogenannte Samoavorlage gemacht worden. Der Gedanke des Reichskanzlers, einer damals gebildeten deutschen Seehandelsgesellschaft von Reichs wegen auf zwanzig Jahre einen mäßigen Zuschuß zu gewähren, um die durch den Zusammenbruch des Hauses Godefroy gefährdeten deutschen Handelsgründungen in der Südsee zu sichern und in Zukunft weiter zu entwickeln, begegnete bei der Mehrheit des Reichstages, die sich aus dem Zentrum, dem Fortschritt und dem größeren Teile der Nationalliberalen zusammensetzte, keinem Verständnis. In der Bekämpfung der Vorlage zeichnete sich besonders der Abgeordnete Bamberger aus; Fürst Bismarck war durch Kränklichkeit verhindert, bei den Verhandlungen persönlich zu erscheinen. —

Kein besseres Schicksal schien dem zweiten Versuche bestimmt zu sein, den die Reichsregierung in der Frühjahrsession 1884 mit der sogenannten Dampfervorlage beim Reichstage wagte. Dieselbe forderte die Ermächtigung des Reichskanzlers zur Einrichtung regelmäßiger Postdampfschiffahrten zwischen Deutschland und Ostasien wie Australien, wobei den betreffenden Privatunternehmern eine Reichsbesteuer von höchstens 4 Millionen Mark auf 15 Jahre zu gewähren sei. Der Gesetzentwurf gelangte in der 32. Sitzung am 14. Juni 1884 zur ersten Beratung im Reichstage. Dem Staatssekretär des Reichspostamtes Dr. Stephan fiel die Aufgabe zu, die materielle und nationale Bedeutung der Vorlage auseinanderzusetzen. Ihm antwortete Bamberger mit einer langen Rede voller kaufmännisch rechnender Kritik, die an dem ganzen Projekte kein gutes Haar ließ. Darauf erhob sich Fürst Bismarck zu folgender Erwiderung:

Ich habe nicht die Absicht, auf den sachlichen Inhalt der Rede, welche soeben schließt, zu antworten. Ich werde davon schon durch zwei materielle Gründe abgehalten. Einmal: um eine Rede von der Länge zu beantworten, wäre eine Gegenrede von mehr als dieser Länge notwendig, und ich möchte den Herrn Dr. Bamberger bitten, wenn er die Reichsregierung in Behandlung nehmen will, seine Dosen kleiner einzurichten; uns fehlt für so Großes auf einmal die Rezeptivität. Es ist mir unmöglich, auf die ganze Masse dessen, was er vortragen hat — es hat beinahe zwei Stunden gedauert, glaube ich — hier sachlich zu antworten; es ist auch das eigentlich nicht so sehr meine Aufgabe. Außerdem mache ich den Herrn Vorredner für zukünftige ähnliche Lokalverhältnisse darauf aufmerksam, daß, wenn er in seinem gewöhnlichen Ton spricht, hier an der bundesrätlichen Bank gerade soviel von seiner Rede verloren geht, um den größeren Teil derselben unverständlich zu machen. Das liegt unmöglich in seiner Absicht. Nur den letzten

Teil, der gewissermaßen mit fettem Druck gesprochen wurde, habe ich klar verstanden; wenn es ihm möglich wäre, zwei Stunden hintereinander so zu sprechen, würden wir dankbar sein.

Der Zweck, zu dem ich dennoch das Wort ergreife, ist, mich zu verwahren gegen die Art von Rollenverteilung zwischen den Regierungen und dem Reichstage, die aus der Rede des Herrn Abgeordneten und aus der ganzen Polemik in den Zeitungen mir hervorzugehen scheint. Es ist, als ob die Regierungen, der Bundesrat und der Reichstag als Parteien in einem Prozeß einander gegenüberständen, und als ob uns, den Regierungen, obliege, mit Ziffern nachzuweisen, daß das, was wir hier angeregt haben, sich in einer gewissen Anzahl von Jahren bezahlen wird, entweder durch einen finanziellen Ueberschuß oder durch ein volkswirtschaftliches Plus. In dieser Form, meine Herren, sind ja organische Fragen, wie es alle volkswirtschaftlichen Fragen sind, gar nicht zu behandeln. Hier jemand zu überzeugen, jemandem sogar durch das Material, was wir heibringen, durch die Vorlage, durch deren Motivierung zu beweisen, daß die Ausgabe, die wir dem Lande vorschlagen, eine notwendige oder auch nur eine nützliche ist, — wer kann denn das von uns erwarten? Wer nicht überzeugt ist, daß diese Ausgabe nützlich ist, der wird nicht zustimmen; aber muten Sie uns nicht zu, den zu überzeugen! Die Aufgabe z. B., den Herrn Vorredner davon zu überzeugen, daß irgend welche Regierungsvorlage nützlich und zweckmäßig ist, würde ich niemals übernehmen, und auch in dieser Lage nicht, weil ich überzeugt bin, daß seine Meinung so wohlwogen und so fest und so sicher ist, daß keine ministerielle Deduktion sie jemals erschüttern könnte.

Ich habe zu viel praktische und erfolgreiche Arbeit auf meinen Schultern ruhen, um solche unpraktische Ueberredung des Herrn Abgeordneten Bamberger jemals übernehmen zu wollen.

Aber das gilt auch den übrigen Herren gegenüber, der Gesamtheit hier. Meine Herren, wer hier nicht überzeugt hergekommen ist, daß es nützlich sei, diese Subvention unseren überseeischen Verbindungen zu bewilligen, den werden wir hier zwischen 1 und 5 Uhr nicht überzeugen, — ich wenigstens nicht, — meine Beredsamkeit reicht dazu nicht aus, auch die Kenntniß keines einzigen von uns. Wie viele sind so wohlunterrichtet, wie der Herr Abgeordnete Bamberger? Er ist genau genug unterrichtet, um alle Einzelheiten des überseeischen Verkehrs mit großer Sachkunde und, wie ich voraussetzen kann, ohne Interesse für irgend eine der dabei beteiligten einzelnen Rechnungen zu verstehen; aber dem in der Geschwindigkeit zu folgen und darauf einen Beschluß zu fassen, das ist gar nicht möglich. In solchen Sachen liegt der Regierung nicht die Beweislast ob; was der Regierung obliegt, ist, die Anregung und die Möglichkeit dazu zu gewähren, Fragen, wie beispielsweise die Samoafrage, nach einer gewissen Anzahl von Jahren einmal wieder der gemeinschaftlichen Prüfung mit uns zu unterziehen, der gemeinschaftlichen Prüfung nicht im Interesse der Regierung, — meine Herren, mir ist es ja vollständig gleichgültig und jedem anderen Minister persönlich auch, ob diese Sache zustande kommt oder nicht; aber im Interesse des Volks, der deutschen Nation, ihres Exports, ihrer Arbeit, der Rhederei liegt es, die Sache zu prüfen, zu erwägen, ob sie nützlich ist oder nicht. Ob es nebenbei dabei auf einen Ehrenpunkt ankommt, das überlasse ich

dem persönlichen Ermessen eines jeden; die Ehre ist wesentlich von dem persönlichen Gefühl abhängig.

In der Weise, wie es hier von der Gegenpartei geschehen ist, daß nämlich die Summe der jährlich zu machenden Verwendungen addiert wird, — die Zeitungen kommen auf 60 Millionen im ganzen, 15 mal 4; Herr Dr. Bamberger, der das Diskontogeschäft genauer kennt, reduziert diese Summe auf nur 45 Millionen, — in dieser Weise läßt sich die Sache doch nicht behandeln. Das Raisonnement, das ich hier in einer fortschrittlichen Zeitung finde: 60 Millionen Mark für das Wehen der Reichsflagge in Asien und Australien, ist dasselbe, was Herr Bamberger berührt; mutatis mutandis, mit einigen Variationen reproduziert er dasselbe. Das läßt sich auf alle nationalen Institutionen anwenden. Ich habe mir hier die Ziffern der Marine ausgezogen; da sind im Ordinarium 27 und im Extraordinarium 10 Millionen, macht 37 Millionen, und das fünfzehnmal genommen macht 555; also Sie können mit demselben Recht sagen: für das Vergnügen, die deutsche Flagge wehen zu sehen, 555 Millionen. Oder das gesamte Postbudget — praeter propter 160 Millionen — wenn Sie das mit demselben Multiplikator versehen, so kommen Sie auf 2400 Millionen; Sie können das ganze Deutsche Reich unter diese Rechnung bringen mit seinem Budget von 591 Millionen; das macht, fünfzehnmal genommen, 8865 Millionen. Das alles für das Vergnügen, die deutsche Flagge wehen zu sehen! — Das sind also keine ernstesten Gründe; darauf sollte man hier nicht zurückkommen.

Aber ich will auf diese materielle Seite der Sache nur so weit eingehen, als ich es mir überhaupt vorgenommen hatte. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat

hier Bezug genommen auf die Erklärung der Hamburger Dampfschiffsrhedereigesellschaft, die, wie er ganz richtig sagt, ihrerseits mit Verlust gearbeitet hat, und von der er voraussetzt, daß sie zu den unbedeutenden Vorarbeiten, die seiner Meinung nach die Regierung überhaupt geliefert hat, im wesentlichen das Material beschafft habe. Gerade dieser Rechnungsbericht, das Promemoria, das gegeben ist in Nr. 162 des Hamburger Korrespondenten, wo es jeder nachlesen und die Schlüsse bestätigt finden kann, die ich daraus ziehe, fängt damit an:

Am 1. Juli 1871 konstituierte sich die deutsche Dampfschiffsrhederei zu Hamburg mit einem Kapital von 500 000 Thalern = Mark 1 500 000. Damals, vor ca. zwölf Jahren, waren unsere deutschen Schiffsbauwerften noch wenig im stande, den Bau größerer eiserner Dampfschiffe samt Maschinen zu einem im Vergleich zu den auf englischen Werften kurrenten Preise und in einigermaßen gleichen Lieferungsterminen zu übernehmen. Es ist seitdem ein Fortschritt gemacht worden, seit den zwölf Jahren, zu aller Befriedigung. Ob und inwieweit dieser Fortschritt in Verbindung mit der Gesellschaft zu bringen ist, überlasse ich eines jeden Ermessen. Es ist mir immer merkwürdig, daß bei solchen Gelegenheiten wie die heutige, ein Teil der Herren vorher überzeugt ist von der Sache und der Beredsamkeit der Regierung nicht bedarf, während ein anderer Teil auch vorher überzeugt ist, daß die ganze Sache fehlerhaft ist, und daß es der Beredsamkeit der Opposition nicht bedarf, um die Opposition zusammenzuhalten. Merkwürdig ist hier auch, daß die wirtschaftliche Ueberzeugung sich genau so abgrenzt, wie die Fraktionen, daß sich selten in der Fraktion

ein Mann findet, der anderer Meinung ist, als die Majorität, daß genau mit der Regierungsfreundlichkeit die Uebereinstimmung mit den wirtschaftlichen Ansichten der Regierung aufhört, also da, wo die Regierungsfeindlichkeit anfängt, auch die Beurteilung jeder wirtschaftlichen Auffassung der Regierung feststeht und unerschütterlich fest bleibt. Es läßt mich das fast auf den Schluß kommen, daß noch andere als wirtschaftliche Erwägungen für diese Ueberzeugung maßgebend sein müssen; natürlich werden diese Erwägungen indirekt auch immer auf wirtschaftliche Quellen zurückkommen; vielleicht würden diejenigen, die augenblicklich die Wirtschaftspolitik der Regierung mißbilligen, dieselben Maßregeln, die die Regierung ihnen vorschlägt, und die sie heute verwerfen, ihrerseits selbst ausführen, wenn sie Regierung wären, allerdings dann viel geschickter und besser vorbereitet. Der Unterschied liegt darin: Sie würden es selbst machen, Sie lieben die Persönlichkeiten nicht, die gegenwärtig die Verwaltung leiten. Ich wollte, dieser Mangel an Liebe wäre stark genug, um die Verwaltung von mir zu nehmen, aber leider sind Sie alle nicht so mächtig, wie ich Ihnen wünsche. Ich wünschte, Sie wären einmal am Ruder, ich möchte Sie wohl sehen. — (Heiterkeit rechts.)

In dem vorhin erwähnten Promemoria heißt es dann weiter:

Mit 4 Schiffen übernahm diese deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft im Juni 1873 die Fahrt nach Penang, Singapore, Hongkong und Shanghai. Deutschland entbehrte bis dahin jeder direkten Dampfschiffsverbindung mit jenen Gegenden.

Ich will Sie nicht mit weiteren Vorlesungen ermüden und Ihre Zeit und meine nicht verschwenden. Hinterher

kommt das Resultat, daß diese Gesellschaft, nachdem sie ein erhebliches Verlustkonto abgeschrieben hatte, nachdem sie mit Schaden operiert hatte, schließlich doch elf Seedampfschiffe dauernd auf diesem Seewege beschäftigte. Das ist die Thätigkeit dieser einen, offenbar wenig potenten, aber strebsamen Gesellschaft. Wenn schon deren Thätigkeit genügend gewesen ist, um in unseren ganzen Rhedereiverhältnissen, in unseren überseeischen Beziehungen eine erhebliche Veränderung herbeizuführen, sollte da die Möglichkeit ganz von der Hand zu weisen sein, daß bei einer noch größeren Ausdehnung mit Zuhilfenahme einer Subvention von seiten der Staaten, alle die Vorteile, die für die nationale Arbeit, für den Handel, für den Export gewonnen werden können, sich in noch größerem Maßstabe zeigen? Wie hat der Verkehr infolge der Anlage von Eisenbahnen sich gehoben, wie hat der Wagenfrachtverkehr infolge der Eisenbahnen sich gehoben, wie haben Hunderttausende anderer Verkehrsarten sich seit meinen Jugendjahren verdreifacht, verzehnfacht und an Umfang zugenommen durch Verbesserung der Verkehrsverbindungen! Weit über jede Berechnung! Der Klügste, meine Herren, wird das Maß der Entwicklung unseres Verkehrs infolge der Anwendung des Dampfes auf unseren Verbindungswegen sowohl zu Wasser wie zu Lande nicht ganz sicher feststellen können. Können Sie also mit Sicherheit nach kaufmännischer Buchführung genau das Verlust- und Gewinnkonto anzeigen, was wir hierbei haben werden? Es ist das eine Ueberzeugungs-, eine Glaubensfrage, die ich aber doch nicht, wie der Herr Vorredner, als Gefühlsfrage charakterisieren möchte.

Wir fühlen die Verpflichtung, über die Ablehnung von Samoa nicht zu houdieren, sondern — Sie könnten

es auch aus Ihrer Mitte thun — Ihnen nach einem gewissen Zeitraum wieder Gelegenheit zur Prüfung zu geben. Sind Sie überzeugt, daß diese Vorlage nützlich ist, dann werden Sie dafür stimmen trotz der langen Rede und der vielen Daten, die Ihnen der Herr Vorredner verlesen hat. Sind Sie davon nicht überzeugt, dann bin ich der letzte, der es Ihnen übel nimmt, wenn Sie in wirtschaftlichen Fragen anderer Ueberzeugung sind. Für die Regierung entspringt daraus der Vorteil, daß sie von der Verantwortlichkeit für das Nichtinslebenrufen dieses Institutes befreit ist. Wollen wir den Weg, den nicht nur, wie der Herr Vorredner sagte, Frankreich, sondern auch England, Belgien, Holland und alle hauptsächlich seefahrenden Nationen betreten haben, auch Italien — der Herr Generalpostmeister hat die Data darüber, ich habe sie nicht im Kopfe —, wollen wir den Weg, den alle diese betreten haben, nicht betreten, weil wir die klugen Deutschen sind, die alles besser wissen, weil wir so viel Gelehrte und so gute Redner haben? Wollen wir uns nicht an der Weiterentwicklung des Verkehrs beteiligen? Wollen wir nichts thun für die Seefahrt, die Arbeit, die Erhaltung unseres Exportes, zur Vorbeugung von Nahrungslosigkeit im Lande wegen Mangel an Export und Mangel an Arbeit? Wollen wir nicht vielmehr jedes Mittel wählen, die Ausfuhr zu fördern, auch solche Mittel, für deren Rentabilität wir nicht vorher den Beweis liefern können, an die wir aber glauben?

Wollen wir ablehnen oder annehmen? Die Regierung übernimmt nur dafür die Verantwortung, daß sie Ihnen Gelegenheit bietet, einen Beschluß zu fassen, daß sie ihrerseits die Initiative ergreift. Der Verantwortlichkeit für

das Unterbleiben solcher Einrichtungen bei uns in Deutschland ist sie überhoben. Diese Verantwortlichkeit wird von dem Augenblicke, wo Sie die Vorlage ablehnen, Herrn Bamberger, seinen Freunden und den Ablehnenden ins Konto geschrieben werden, und wir werden die Sache ad acta Samoa schreiben.

Nach weiterer Debatte ward die Vorlage auf den Antrag Reichenspergers (Krefeld) an die Budgetkommission verwiesen, an deren Verhandlungen sich der Reichskanzler, zum erstenmal seit 1871, selbst beteiligte. Er erschien dort am 23. Juni, um auf die von dem Abgeordneten Hammacher angemeldete Frage nach dem Zusammenhang der Dampfvorlage mit etwaigen Kolonisationsplänen persönlich zu antworten. An solche Pläne, die er bereits längere Zeit gehegt, hatte nämlich Fürst Bismarck, mit gewohnter Meisterschaft den richtigen Moment einer günstigen Weltlage erkennend, ungefähr seit Jahresfrist im stillen praktisch Hand angelegt. Am 24. April 1884 gingen Telegramme nach der Kapstadt und nach London ab mit der Anzeige, daß die von dem Bremer Kaufmann Lüderitz in Süwestafrika (Angra Pequena) gemachten Erwerbungen unter dem Schutze des Reiches stünden. Am 22. Juni sprach das britische Kabinett die Anerkennung dieser Schutzherrschaft in einer Mitteilung an die deutsche Regierung aus. Eben hierin lag für den Reichskanzler das Motiv zu seinen nunmehrigen Enthüllungen, während er weitere, wenigstens bereits vorbereitete Besitzergreifungen am Golf von Guinea (Kamerun) u. s. w. vorerst nur leise andeuten durfte. Die Substanz seiner überraschenden Eröffnungen gab ein Bericht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung auf Grund stenographischer Niederschrift folgendermaßen wieder:

„Er habe sich schon früher dagegen ausgesprochen und sei auch heute noch der Ansicht, daß es für uns nicht richtig sein würde, Landstriche, wo wir noch keine Interessen haben, zu okkupieren, um dort künstlich eine deutsche Einwanderung hervorzurufen, ein solches Gebiet von deutschen Beamten verwalten zu lassen und dort Garnisonen zu errichten. Für ein solches Kolonialsystem fehle es uns an hierzu geschulten Beamten; dasselbe würde für uns zu teuer sein und würde unsere Marine zu sehr in Anspruch nehmen, deren Entwicklung durch die geringe Ausdehnung der deutschen Küste und

die hieraus sich ergebende schwache seemännische Bevölkerung sowie durch die niedrige Heuer begrenzt werde, welche unsere Seeleute vielfach veranlaßte, bei den Engländern und Amerikanern Dienste zu suchen. Etwas anderes aber sei es, die aus der deutschen Nation gewissermaßen herauswachsenden freien Ansiedlungen von Reichsangehörigen in Gegenden, welche nicht unter der anerkannten Hoheit einer anderen Nation stehen, unter den Schutz des Reiches zu stellen. Er halte es für eine Pflicht des Reiches, den auf diese Art begründeten überseeischen Niederlassungen von Reichsangehörigen, nicht nur ihren Faktoreien, sondern auch den von ihnen erworbenen Territorien, mit dem Schutze des Reiches zu folgen. Auch hier lasse sich der Nutzen nicht rechnungsmäßig vorhersagen; aber man könne ihn auf Grund der von anderen Nationen gemachten Erfahrungen erwarten.

In diesem Sinne habe Se. Majestät der Kaiser sich entschlossen, die von Herrn Lüderik begründete Niederlassung unter den Schutz des Reiches zu stellen. Um von vornherein die Möglichkeit von Streitigkeiten zu verhüten, habe er — der Reichskanzler — zunächst zu ermitteln versucht, ob der fragliche Küstenstrich irgend einer anderen Nation gehöre. Es sei aktenmäßig festgestellt worden, daß dies nicht der Fall sei. In amtlichen englischen Dokumenten sei der Drangefluß als die nördliche Grenze der Kapkolonie bezeichnet worden, und die portugiesischen Besitzungen südlich vom Kongo reichten nicht bis dorthin. Zudem hätten Schusanträge rheinischer Missionäre schon vor einigen Jahren die Gelegenheit zur Anfrage bei der englischen Regierung geboten, ob sie den im Namaqua- und Herrerolande sich aufhaltenden Deutschen Schutz gewähren wolle. Wir hatten die Antwort erhalten, daß England nördlich vom Drangefluß mit einziger Ausnahme der Walfischbai keine Jurisdiktion ausübe und nicht in der Lage sei, in den fraglichen Gebieten Schutz zu gewähren. Trotzdem habe er — der Reichskanzler — der Sicherheit wegen im Dezember v. J. an die englische Regierung eine Note mit der Frage gerichtet, ob England an diesem Küstenstriche Eigentumsrechte besitze oder auf denselben einen Anspruch erhebe, und wenn ja, auf welchen Rechtstitel ein solcher Anspruch begründet würde, sowie eventuell, welche Einrichtungen englischerseits dort beständen, um Schutz zu gewähren. Hierauf sei lange keine Antwort erfolgt, obwohl eine solche aus

den Akten über die faktische Ausdehnung des englischen Kolonialbesitzes wohl möglich gewesen wäre. Es sei vielmehr eine Korrespondenz zwischen London und Kapstadt eingeleitet worden, welche dort so aufgefaßt wurde, als wenn wir den Schutz Englands für die deutsche Niederlassung herbeiwünschten. In Kapstadt sei eine Ministerkrisis hinzugekommen und dadurch die dortige Beschlußfassung verzögert worden. Als dieser Hergang hier bekannt geworden, sei es angezeigt erschienen, zur Beseitigung jener irrtümlichen Annahme durch den deutschen Konsul in Kapstadt die dortigen Behörden zu benachrichtigen, daß Herr Lüderitz mit seinen Niederlassungen unter dem Schutze des Reiches stehe. Dies sei die Bedeutung des Telegramms vom 24. April, welches zugleich auch der englischen Regierung mitgeteilt wurde. Seit einer gestern eingelaufenen telegraphischen Nachricht aus London dürfe er die Frage als dahin entschieden ansehen, daß die englische Regierung nicht glaube, auf den fraglichen Küstenstrich einen Rechtsanspruch zu besitzen, und daß auch die Kapregierung infolgedessen die deutsche Erwerbung respektieren werde.

Der Herr Reichskanzler konstatierte ferner die vorhandene Absicht, auch andere, in ähnlicher Weise entstandene oder entstehende Niederlassungen unter den Schutz des Reiches zu stellen.

Die Frage wegen Sicherstellung der deutschen Interessen im Kongogebiete sei insofern etwas verwickelter, als es sich hierbei um Verhandlungen mit vielen Mächten handle. Der Meinungsaustrausch, in den wir hierüber mit anderen Regierungen eingetreten seien, habe ergeben, daß die Ansprüche Portugals auf das untere Kongogebiet nicht anerkannt würden. Auch sei man im Interesse des Handels nicht geneigt, einer Ausdehnung der portugiesischen Kolonialverwaltung zuzustimmen. Dagegen werde jetzt mit Portugal und den anderen seefahrenden Staaten darüber verhandelt, wie die Kongofrage durch ein gemeinsames Abkommen geregelt werden könne. Der Erfolg lasse sich noch nicht mit Gewißheit voraussehen; doch sei kein Grund vorhanden, an dem Zustandekommen einer Verständigung zu zweifeln. Die Errichtung neuer Freistaaten am Kongo auf der Grundlage der von der internationalen afrikanischen Gesellschaft, die er nach ihrem Krystallisationspunkt die belgische nennen wolle, aufgestellten Gesichtspunkte sei ein Unternehmen, das wir zu unterstützen gedächten, falls es gelinge, die

deutschen Interessen vorher durch einen Vertrag sicherzustellen, welcher uns dort volle Handels- und Verkehrsfreiheit gewähre. Auf diese Weise sei also Se. Majestät der Kaiser bestrebt, dem deutschen Handel das weite Gebiet von Zentralafrika zu freier Entfaltung offen zu halten.

Was die Form anbelangt, in welcher der Niederlassung von Angra Pequena der Schutz des Reiches zu teil werden solle, so schwebte der Regierung vor, derselben einen kaiserlichen Schutzbrief zu erteilen, ähnlich wie solche unter dem Namen Royal Charter englischerseits der Ostindischen Kompagnie und neuerdings der Nordborneogesellschaft gewährt worden seien. Es werde sich hieran vielleicht die Errichtung von Kohlenstationen und eine Ausdehnung des Konsularsystems knüpfen.

Dieses System könnte eventuell auch auf andere Unternehmungen dieser Art an der afrikanischen Küste und in der Südsee angewendet werden.

Sein früheres Vertrauen, daß die deutschen Unternehmungen unter englischem Schutze sich ausreichend sicher fühlen würden, sei, wenn auch nicht der großbritannischen Regierung gegenüber, so doch durch das Verhalten englischer Kolonialregierungen erschüttert worden. Er erinnere z. B. daran, daß es nötig gewesen sei, jahrelang gegen die Nichtachtung der vor der englischen Besitzergreifung auf den Fidjiiinseln durch Deutsche gemachten Landerwerbungen zu remonstrieren. Neuerdings hätten die australischen Kolonialregierungen nicht nur ungemessene Ansprüche auf unabhängige Gebiete in der Südsee erhoben, sondern zugleich auch das Prinzip proklamiert, daß alle vor einer eventuellen englischen Besitzergreifung gemachten Landerwerbungen in diesen Gebieten null und nichtig sein würden.

Frage man nach den Mitteln, welche das Reich besitze, um die deutschen Unternehmungen in fernen Gegenden wirksam zu schützen, so komme vor allem der Einfluß des Reichs und der Wunsch und das Interesse anderer Mächte, mit ihm in freundschaftlicher Beziehung zu stehen, in Betracht. Wenn man im Auslande den festen Willen der deutschen Nation erkenne, jeden Deutschen nach der Devise *civis Romanus sum* zu schützen, so werde es nicht schwer fallen, diesen Schutz ohne besondere Kraftanstrengung zu gewähren. Wenn freilich das Ausland sehen müßte, daß wir nicht eintig wären,

dann würden wir nichts erreichen und besser thun, auf jede überseeische Entwicklung zu verzichten.“ —

Diese streng sachliche Darlegung wird durch fernere Mitteilungen über die mehr persönlich gefärbten Aeußerungen des Fürsten Bismarck, wie sie im dramatisch bewegten Verlauf jener wichtigen Kommissionsitzung fielen, willkommen ergänzt. Dem Abgeordneten Richter gegenüber betonte er den Zusammenhang der Dampfervorlage mit diesen kolonialpolitischen Ideen; wolle man bei jeder Ausgabe ähnlicher Art, welche den nationalen Handel und Verkehr fördern solle, zuerst fragen, wie viele Schullehrer und Postsekretäre davon Zulagen bekommen könnten, so sei allerdings eine Großstaatspolitik unmöglich. Man scheine den früheren Zustand für einen idealen anzusehen, wo der Deutsche mit dem Hut in der einen und einem guten Stück Geld in der anderen Hand sich im Auslande bei fremden Behörden demütig um Schutz bewerben mußte. Herrn Bamberger, der selbst dann, wenn wir nur da und dort auf einer Felseninsel oder an einem steilen Küstenstrich die deutsche Flagge aufhielten, von anderen großen Seemächten Nasenstüber für uns befürchtete, die wir nicht erwidern könnten, entgegnete der Reichskanzler: das heiße die politischen Beziehungen Deutschlands doch von einem sehr beschränkten und kleinlichen Standpunkte aus ansehen. Um solche Nasenstüber zu erwidern, brauche die deutsche Flotte nicht größer zu sein. Frankreich z. B. liege bekanntlich vor den Ausfallthoren von Mex; England lege schon jetzt in der verhältnismäßig unbedeutenden ägyptischen Frage auf die Unterstützung und Freundschaft Deutschlands das größte Gewicht. —

So dringend auch der Reichskanzler dazu aufforderte, die Dampfervorlage noch in dieser Session zur namentlichen Abstimmung im Plenum zu bringen, damit man im Lande genau wisse, wer diese nationale Sache zu Falle gebracht, so nahm die Mehrheit der Kommission doch einen die Entscheidung absichtlich hinauschiebenden Antrag Windthorst an. Nur auf einem Umwege kam es wenigstens noch zu einer Plenarberatung. Auf der Tagesordnung der 42. Sitzung, der viertletzten der Session, am 26. Juni, stand ein im November 1883 mit dem Königreich Korea geschlossener Handels-, Freundschafts- und Schiffahrtsvertrag. Abgeordneter v. Malzahn-Gülz lenkte die Diskussion über denselben von Anfang an auf die

Frage der Dampfersubvention hinüber. Der deutschfreisinnige Abgeordnete Kapp suchte dann den Vorwurf einer Verschleppung dieser Sache durch die Kommission vielmehr auf den Reichskanzler abzuwälzen: der nationalliberale Hammacher hielt jenen Vorwurf aufrecht. Vor und nach ihm gingen die Redner Richter, Windthorst und Rickert von der Dampferfrage weiter auf die Kolonialpolitik über, nicht ohne sich über die von der officiösen Presse gegebene Darstellung ihres eigenen Auftretens in der berühmten Kommissionsitzung zu beschweren. Unterdes war Fürst Bismarck durch seine Kollegen telephonisch herbeigerufen worden und nahm nach dem Abgeordneten Rickert folgendergestalt das Wort:

Ich bin durch mehrere Aeußerungen, die in Bezug auf mein Verhalten gefallen sind, veranlaßt, das Wort zu nehmen, um einige derselben zurückzuweisen.

Ich höre, daß vor meinem Eintritt ins Haus, — ich war nicht darauf gefaßt, daß heute diese Debatte stattfinden würde, — von dem Herrn Abgeordneten Kapp angedeutet ist, als wäre die Vorlage dadurch verzögert worden, daß sie zu lange bei mir gelegen habe. Man mag über die Richtung meiner Thätigkeit denken, wie man will, aber den Vorwurf der Trägheit und Nachlässigkeit in meiner amtlichen Thätigkeit hat mir bisher noch niemand außer dem Herrn Abgeordneten Kapp gemacht, und ich glaube, er ist außerordentlich ungerecht. Ich erkläre dem Herrn Abgeordneten Kapp — und gewärtige seinen Gegenbeweis —, daß die Vorlage nie auch nur 24 Stunden bei mir geruht und gelegen hat. Sie ist ja von Hause aus gar nicht von mir betrieben. Der Herr Generalpostmeister vertritt mich ebensogut in meiner Eigenschaft als Reichskanzler, wie andere Herren kraft Kaiserlicher Vollmacht. Er hat die Vorlage betrieben. Ich bin, wie ich als bekannt voraussetze und nur für den Herrn Abgeordneten Kapp wiederhole, durch

schwere Krankheit lange Zeit verhindert worden, den Geschäften meine volle Thätigkeit zuzuwenden, und wende ihnen jetzt zu, was mir wieder an Gesundheit zu teil geworden ist. Eine solche Behauptung, so leicht hin ins Land geworfen, als wenn wir, die wir verantwortlich sind für den Geschäftsbetrieb, wichtige Vorlagen bei uns liegen ließen, meine Herren, die halte ich nicht für fair play und nicht für berechtigt, und ich hoffe, der Herr Abgeordnete Rapp wird so ehrlich sein, sie entweder zurückzunehmen oder den Beweis zu führen. Ich fordere diesen Beweis von ihm, daß bei mir die Sache auch nur eine Viertelstunde länger gelegen hat, als zu meiner Unterschrift notwendig war. (Hört! hört! rechts.)

Dann muß ich der zweiten Behauptung widersprechen, daß die Reichsregierung bei den Verhandlungen mit dem Seniorenkonvent ihre Zustimmung dazu gegeben habe, daß diese Vorlage vertagt werde. Ueber die Möglichkeit, einzelne Vorlagen nicht weiter zu urgieren und um ihretwillen die Session des Reichstags nicht über den Wunsch der Majorität hinaus zu verlängern, haben wir, die wir darüber zu beraten haben, vielfach gesprochen und sind in Bezug auf diese Vorlage zu der Ueberzeugung gekommen, daß es wünschenswert wäre, wenn sie wenigstens noch zur zweiten Beratung käme. Die gegenteilige Ueberzeugung, daß von ihr überhaupt nicht mehr die Rede sein solle, ist aus dem Schoße dieses Hauses von verschiedenen Elementen und ohne Widerspruch geltend gemacht. Von seiten der Regierungsvertreter ist dabei gesagt worden: wenn wir ein vollzähliges Haus nicht haben, und wenn das Haus die entschiedene Abneigung hat, diese Vorlage noch zu beraten, so können wir es nicht erzwingen, wenn wir auch die Sitzungen verlänger-

ten; der Reichstag würde nicht mehr beschlußfähig sein. Also auch diese Behauptung ist nicht richtig.

In Bezug auf die Angaben, die der Herr Abgeordnete Rickert über die Vorgänge in der Kommission machte, erlaube ich mir zu bemerken, daß die Aeußerungen, die dort der Herr Abgeordnete Bamberger that, doch ganz anderer Natur waren, als der Herr Abgeordnete Rickert sie heute wiedergab. Ich habe keinen anderen Eindruck gehabt von diesen Aeußerungen als den, — ich kann es nicht anders bezeichnen — einer höhrenden Persiflage aller deutschen Kolonialbestrebungen. (Oh! und lebhafter Widerspruch links.) Ich habe diesen Eindruck auch sofort gehabt, als der Herr Abgeordnete Bamberger das Wort nahm. Der Herr Abgeordnete hat in anekdotischer Weise mit Anführung einzelner Beispiele, die mit unseren Bestrebungen nicht notwendig im Zusammenhang stehen, die deutschen Kolonialbestrebungen dem Fluche der Lächerlichkeit zu unterziehen gesucht, und ich glaube, daß alle, die bei dieser Kommissionsitzung anwesend gewesen sind, diesen Eindruck mit mir geteilt haben, — einige der Gegner des Herrn Abgeordneten Dr. Bamberger mit einer gewissen Genugthuung, seine Freunde mit einer gewissen Besorgnis und Beunruhigung, wie mir schien. (Heiterkeit rechts.) Aber es läßt sich das nicht aus der Welt schaffen; ich bin überzeugt, daß der Herr Abgeordnete seine und seiner Parteigenossen ehrliche Meinung gesagt hat, nur daß sie vielleicht gewünscht hätten, es wäre die Aussprache nicht in dieser Weise erfolgt; aber sie ist unbedenklich erfolgt. Ueber die Richtigkeit der Zeitungswiedergaben kann ich nichts äußern. Was das über die Norddeutsche Allgemeine Zeitung Gesagte anbetrifft, so habe ich in der nur das gelesen, was von

mir gesagt wurde, — die Wiedergabe beruhte auf stenographischer Niederschrift. — Ich habe dasjenige gelesen, was mir in den Mund gelegt ist oder was ich gesagt haben soll, und ich habe dagegen nichts zu erinnern gefunden; das andere habe ich nicht gelesen; wenn das nicht richtig ist, so kann ja jeder das Seinige richtig stellen, ich hatte zu meinem Teile keine Veranlassung dazu; — aber, wie gesagt, mitgeteilt wurde mir, diese Wiedergabe beruhe auf stenographischer Niederschrift, die von einem der stenographierenden Herren stattgefunden hat.

Der Herr Abgeordnete Rickert hat sich darüber beklagt, daß der Zusammenhang, in den ich meiner Ueberzeugung nach die Dampfschiffahrtsvorlage mit den Kolonialbestrebungen im allgemeinen bringen muß — ebensogut wie hier die Koreafrage und die Frage der Handelsvertragschließung mit den ostasiatischen Staaten in denselben Zusammenhang gebracht worden ist —, daß dieser Zusammenhang von mir nicht früher geltend gemacht worden wäre. Ja, einerseits muß ich auch da auf Ihre Nachsicht rechnen; Sie überschätzen mitunter das Maß von Zeit und Kräften, über die ich verfüge. Ich habe neben meiner Thätigkeit im Reichstage doch auch eine gewisse Anzahl nicht minder wichtiger Geschäfte, die gerade bei der jetzigen europäischen Lage mich wesentlich in Anspruch nehmen. Ich kann deshalb unmöglich zugeben, daß es meine Pflicht gewesen wäre, jeden meiner Gedanken und Hintergedanken bei dieser Gelegenheit auszusprechen. Außerdem aber habe ich schon neulich in der Kommissionsitzung in Gegenwart des Herrn Abgeordneten Rickert darauf aufmerksam gemacht, daß ich nicht berechtigt gewesen wäre, über diese Kolonialprojekte früher zu sprechen, als bis die Gefahr überwunden war, daß

wir bei dem *fait accompli*, das wir machten, uns in einem Widerspruche mit befreundeten Mächten, wie England, befinden würden, dessen Lebhaftigkeit und Tragweite sich vorher gar nicht berechnen ließ. (Hört! hört! rechts.) Deshalb habe ich mit großer Sorgfalt und Vorsicht über diese Sache kein Wort geäußert, bis ich die volle Sicherheit hatte, daß die englische Regierung sich überzeugt hatte, daß weder ihr noch ihrer Kapkolonie irgend ein den deutschen Bestrebungen entgegenstehendes Recht zur Seite stände, und daß sie kein Interesse dabei hätte, unsere Bestrebungen zu hindern. Von dem Augenblicke an — ich glaube, nicht 24 Stunden, nachdem ich die telegraphischen Mitteilungen von diesem mir erwünschten Abschlusse erhalten hatte — habe ich nicht mehr geschwiegen. Sie können von einem auswärtigen Minister überhaupt nicht verlangen — es wird das in keinem Lande der Welt verlangt —, daß er über alle schwebenden Verhandlungen mit Ihnen *cartes sur table* spielt und Ihnen die innersten Winkel seines Herzens, alle seine Pläne hier offen darlegt. Ich erlaubte mir in der Kommission schon zu bemerken, wenn Sie überhaupt auswärtige Politik treiben wollen oder Politik, die Sie mit dem Auslande auch nur in Beziehung bringt, wie die Kolonialpolitik, so ist ein gewisses Maß von Vertrauen zu dem Leiter der auswärtigen Politik, zu den Vorschlägen, die er macht, ganz unentbehrlich, (sehr richtig! rechts) und Sie sagen, Sie hätten das zu mir; nur im Innern, nur in der inneren Politik sei ich der Gegenstand Ihres Mißtrauens und Ihres Widerspruches. So oft ich aber in der äußeren Politik etwas Außergewöhnliches unterstütze, wie diese Dampfervorlage, so habe ich immer noch gefunden, daß auch dort dieses Vertrauen

mir nicht zur Seite steht, und wenn der Herr Abgeordnete Rickert von Schmeicheleien spricht, die mir aufgedrungen werden sollen, so lasse ich mir das gerne gefallen, ich bin daran gewöhnt und dagegen abgestumpft, einen Ersatz aber für das Vertrauen, dessen ich bedarf, um ernste auswärtige Geschäfte des Deutschen Reiches zu führen, kann ich in diesen äußerlichen Kundgebungen von Wohlwollen nicht sehen, die nur einen Angriff, der demnächst auf mich erfolgt, mit mehr Nachdruck versehen, indem sie den Schein erwecken, als wenn selbst die wohlwollenden Freunde des Ministers, der sonst ihr Vertrauen verdiene, durch seine Unternehmungen außer stand gesetzt werden, ihm zu folgen. Solche Versicherung kann ich als einen Ersatz für die solide Basis des Vertrauens nicht annehmen. Außerdem ist von Kolonialbestrebungen in allen unseren Blättern über auswärtige Politik und über inländische in den letzten Monaten so viel die Rede gewesen, sehr viel mehr, als mir lieb gewesen ist. Es ist sehr schwer, das Geheimnis über die Pläne, die wir hatten, zu bewahren, und ich bin überzeugt, die Herren Abgeordneten Rickert und Bamberger haben bei der Feinfühligkeit, die sie in Bezug auf alle Erscheinungen in der Presse haben, bereits gewußt, um was es sich handelt, und den Zusammenhang zwischen überseeischer Kolonialpolitik und Dampfschiffsubvention erkannt. Ich glaube, dazu hätten Sie meine Führung nicht gebraucht, und mir scheint, Sie haben jetzt das Bedürfnis, von Ihrer Einsicht eine geringere Meinung in den Blättern zu verbreiten, als wirklich der Fall ist. Sie stellen sich so, als wenn Sie das nicht längst klar gesehen hätten; ich will mich nicht schärfer ausdrücken, wie Sie sich stellen (Heiterkeit rechts), aber jeder wird vom Gegner

am genauesten gewürdigt, und wenn ich mit Ihren Absichten nicht einverstanden bin, so muß ich doch der Geschicklichkeit und der Einsicht, mit der Sie die Sache vom Parteistandpunkte aus verfolgen, die vollste Gerechtigkeit widerfahren lassen, eine so weitgehende Gerechtigkeit, daß ich an Ihr Nichtwissen nicht glaube. Meine Pflicht zum Schweigen dehnte sich auch auf meine Beziehungen zu dem eigentlichen Pflegevater dieser Vorlage, dem Herrn Staatssekretär Stephan, aus. Ich habe auch diesem Herrn kein Wort von unseren Kolonialabsichten gesagt, weil ich, wo ich die Verpflichtung habe, zu schweigen, diese Verpflichtung sehr ernsthaft nehme auch den Leuten gegenüber, deren Verschwiegenheit mir vollkommen sicher ist.

Daß ich der Vorlage früher vor meiner Erklärung eine andere Bedeutung gegeben habe, als jetzt durch meine Versicherung, daß sie für mich unbedingt in Zusammenhang mit der Kolonialfrage steht, kann ich unmöglich zugeben. Ich glaube, Herr Rickert spielt da auf die Erklärung an, die ich in der Kommission zuerst abgegeben habe, nämlich daß es in keiner Weise meine Absicht sei, die bestehenden Linien und Interessen zu ignorieren, sondern daß ich schon vor Wochen, als ich einmal Gelegenheit hatte, mich über die Sache zu äußern, gesagt habe, ich wäre nicht für Regie, sondern für Subventionen. Ich habe hinzugefügt, daß ich als Regie jede durch gouvernementalen Einfluß neugeschaffene Linie ansehe. Wie ich dadurch, durch diese meine Erklärung das Bestehende pflegen und ausbilden zu wollen und nicht durch Konkurrenz zu zerstören, der Sache eine andere Färbung gegeben haben soll, verstehe ich nicht.

Das Vertrauensvotum, welches die Vorlage für den Reichskanzler verlangt, ihm die Verfügung über vier

Millionen vollständig zu überlassen, ist in so allgemeinen Ausdrücken gefaßt, daß diese meine Version eben so gut wie jede andere Platz greift, und wenn Sie von Hause aus die einseitige Erklärung der Sache gegeben haben, als müsse die Vorlage dahin führen, wenn sie angenommen würde, die bestehenden Linien durch die Konkurrenz zu ruinieren, so ist das Ihre Sache. Es ist wieder der Mangel an Vertrauen, über den ich vorher zu klagen hatte, daß Sie jederzeit das Gemeinschädlichste und Thörichtste den Intentionen zu Grunde legen, die der Reichskanzler haben könnte, wenn er einer Vollmacht bedarf. Ich habe nie eine andere Absicht gehabt, als mit den bestehenden Firmen zuerst zu verhandeln über die Aufbesserung ihrer Verhältnisse, über die Bedingungen, welche man ihnen zu stellen hätte, wenn sie sich diese Vorlage verdienen wollten. Ich glaube nicht, daß ich den Mut gehabt hätte, wenn ich es beabsichtigte, auf eigene Verantwortung zur Schöpfung einer vollständig selbstständigen, gewissermaßen fiskalischen Konkurrenz vorzuschreiten, ohne von neuem die Zustimmung des Reichstages dafür zu gewinnen.

Wenn Sie den Text der Vorlage genau lesen, so können Sie meine Behauptung nicht bestreiten, daß die Vollmacht, die mir durch dieselbe erteilt wird, so allgemein ist, daß sie weder diese, noch eine andere Version ausschließt; sie geht so weit, daß ich mich nie unterstanden haben würde, sie in voller Ausdehnung zu benutzen, ohne durch Kontrolle mich zu versichern, daß ich im Einverständnis mit denjenigen Körperschaften bliebe — nämlich mit dem Bundesrat und Reichstag —, die mir diese weitgehende Vollmacht anvertraut haben. Ich weiß, daß ich in dem, was ich thue, eine wohlwollende

Kritik nicht zu erwarten habe, und daß in einer neuen Branche der Thätigkeit, für die ich verantwortlich bin, nur eine neue Unterlage für die Kritik und die Angriffe meiner Thätigkeit geschaffen wird.

Wenn der Herr Abgeordnete Rickert den Wunsch ausgesprochen hat, daß ich in authentischer Form wiederholen möchte, was ich über die Kolonialprojekte und über meine Auslegung der Vorlage in der Kommission gesagt habe, so glaube ich in letzter Beziehung mich hier schon dementsprechend geäußert zu haben. Was die Kolonialfrage im engeren Sinne anlangt, so wiederhole ich die Genesis derselben, wie ich sie damals angegeben habe. Wir sind zuerst durch die Unternehmung hanseatischer Kaufleute, verbunden mit Terrainankäufen und gefolgt von Anträgen auf Reichsschutz, dazu veranlaßt worden, die Frage, ob wir diesen Reichsschutz in dem gewünschten Maße versprechen könnten, einer näheren Prüfung zu unterziehen. Ich wiederhole, daß ich gegen Kolonien — ich will sagen nach dem System, wie die meisten im vorigen Jahrhundert waren, was man jetzt das französische System nennen könnte, — gegen Kolonien, die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten, — daß ich meine frühere Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. Ich glaube, daß man Kolonialprojekte nicht künstlich schaffen kann, und alle Beispiele, die der Herr Abgeordnete Bamberger in der Kommission als abschreckend anführte, waren darauf zurückzuführen, daß dieser falsche Weg eingeschlagen war, daß man gewissermaßen einen Hafen hatte bauen wollen, wo

noch kein Verkehr war, eine Stadt hatte bauen wollen, wo noch die Bewohner fehlten, wo dieselben erst künstlich herbeigezogen werden sollten.

Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig, und zweitens, ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Unterthanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfen in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säften des gesamten deutschen Körpers naturgemäß herauswachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angebeihen zu lassen. Und das bejahe ich, allerdings mit weniger Sicherheit vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit — ich kann nicht voraussehen, was daraus wird, — aber mit unbedingter Sicherheit vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. (Sehr richtig! rechts.)

Ich kann mich dem nicht entziehen. Ich bin mit einem gewissen Zögern an die Sache herangetreten und habe mich gefragt: womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich diesen asiatischen Unternehmern, über deren Mut — ich habe die Herren persönlich gesprochen —, über deren Schneidigkeit, über deren Begeisterung für ihre Aufgabe ich mich herzlich gefreut habe — ich sage, womit könnte ich es rechtfertigen, wenn ich ihnen sagen wollte: das ist alles sehr schön, aber das Deutsche Reich ist dazu nicht stark genug, es würde das Uebelwollen anderer Staaten auf sich ziehen, es würde, wie Herr Dr. Bamberger sehr richtig schilderte, in unangenehme Berührung mit anderen kommen, es würde Nasenstüber (hört! hört! rechts) bekommen, für die es keine Vergeltung hätte; dazu ist unsere Flotte nicht stark genug! — alles das hat

Herr Dr. Bamberger in der Kommission vorgetragen. Aber ich muß sagen, daß ich als der erste Kanzler des neugeschaffenen Reichs doch eine gewisse Schüchternheit empfand, eine Abneigung, mich so auszusprechen, und selbst wenn ich an diese unsere Schwäche und Unfähigkeit geglaubt hätte, ich würde mich geniert haben, den Hilfesuchenden offen zu sagen: wir sind zu arm, wir sind zu schwach (Bravo! rechts), wir sind zu furchtsam, für euren Anschluß an das Reich euch Hilfe vom Reich zu gewähren. (Bravo! rechts.) Ich habe nicht den Mut gehabt, diese Bankrotterklärung der deutschen Nation auf überseeische Unternehmungen den Unternehmern gegenüber als Reichskanzler auszusprechen. Wohl aber habe ich mich sehr sorgfältig bemüht, ausfindig zu machen, ob wir nicht in unberechtigter Weise in wohlerworbene ältere Rechte anderer Nationen eingriffen, und die Bemühungen, mich darüber zu vergewissern, haben mehr als ein halbes Jahr Zeit erfordert. Sie werden mir wohl erlassen, das auseinanderzusetzen, weil es ohne Kritik nicht abginge. Ich habe mich dann entschlossen, an die englische Regierung die Frage zu stellen, ob sie auf Angra Pequena Rechtsansprüche geltend mache, und wie sie, im Fall daß es so wäre, glaube, diese begründen zu können. In Bezug auf andere Landstriche, wo ebenfalls deutsche Kaufleute sich in gleicher Weise zu etablieren beabsichtigen, konnte ich mich ohne Rückfrage bei anderen überzeugen, daß dort nur die eingeborenen Stämme bisher eine Souveränität ausüben, und daß da Zweifel nicht vorliegen. Es wird sich bald Gelegenheit bieten, (hört! hört!), auch hierüber, wenn Sie dann auch freilich nicht mehr versammelt sein werden, Eröffnungen zu machen; es wird sich diese Gelegenheit jeden-

falls in der nächsten Session finden, und die Zeitungen werden vorher schon Nachricht davon bringen. Aber in Bezug auf Angra Pequena war es nicht ganz zweifellos, es waren englische Bergwerksunternehmungen da, die gleichfalls von den dortigen Männern Konzessionen erworben hatten, es waren englische Kaufleute dort ansässig, es war dicht dabei eine zweifellos von Engländern früher einmal in Besitz genommene Insel ähnlichen Namens; kurz und gut, es waren dort so viele Zweifel vorhanden, daß ich einer so eng und traditionell befreundeten Regierung und Nation gegenüber, wie es die englische ist, auf keinen Fall leichtfertig vorgehen wollte, um nicht Anlaß zu einem Konflikt zu geben, aus dem wir uns entweder in Erkenntnis unseres Unrechts hätten zurückziehen müssen oder ihn durchsetzen auf Kosten einer Freundschaft, auf die wir Wert legen.

Es ist nun die Ermittlung einigermaßen dadurch verwickelt worden, daß die englische Regierung glaubte, nicht ohne Verständigung mit der Kap-Regierung, wohin die Verbindung noch nicht so schnell ist, wie zwischen hier und London, in der Sache vorgehen zu können. Es hat sich hingezogen, und erst die lebhafteren Verhandlungen in den letzten Wochen haben mich erkennen lassen, daß ein günstiges Resultat erreicht werden würde, und in der That ist dieses günstige Resultat im Laufe der vorigen Woche durch eine unumwundene Erklärung der englischen Regierung herbeigeführt worden, die dahin lautet, daß die englische Regierung lediglich wünschte, durch einen Notenaustausch die Rechte ihrer Konzessionäre und Unterthanen, die in jenen Bezirken bereits wohnen, sicher zu stellen, kurz die Achtung wohl erworbenen Rechte von uns zu verlangen — ein selbstverständliches Ver-

langen, dem wir durch Beantwortung der hierüber zu erwartenden englischen Note entsprechen werden.

Es ist das jederzeit unsere Absicht gewesen, wie wir überhaupt in keine exklusive Kolonialpolitik einzutreten gedenken, wie leider andere, weniger mächtige Staaten, als England, sie ausüben und dadurch das Aufblühen und den Handel ihrer Kolonien unterdrücken. Das liegt nicht in unserer Absicht, sondern ich glaube, soweit wir überhaupt eine Kolonialpolitik treiben, wird sie selbst die Zufriedenheit der veränderlichen Parteien in unserem Lande sich zu erwerben vermögen. Indessen das gehört der Zukunft an, das wollen wir abwarten.

Es ist sodann von dem Herrn Abgeordneten Richter darauf hingewiesen, daß unsere Kolonialunternehmungen ganz außerordentlich kostspielig sein und unseren notleidenden Reichsschatz in eine noch schlimmere Lage bringen würden als jetzt. Es ist das allerdings richtig, wenn wir, wie das früher bei ähnlichen Versuchen geschehen ist, damit anfangen wollten, eine Anzahl von oberen und unteren Beamten dort hinzuschicken und zunächst eine Garnison dort hinzulegen, Kasernen, Häfen und Forts zu bauen. Das ist aber nicht entfernt unsere Absicht, wenigstens die meinige nicht. Meine von Seiner Majestät dem Kaiser gebilligte Absicht ist, die Verantwortlichkeit für die materielle Entwicklung der Kolonie ebenso wie ihr Entstehen der Thätigkeit und dem Unternehmungsgeiste unserer seefahrenden und handeltreibenden Mitbürger zu überlassen und weniger in der Form der Annektierung von überseeischen Provinzen an das Deutsche Reich vorzugehen als in der Form von Gewährung von Freibriefen nach Gestalt der englischen Royal charters, im Anschluß an die ruhmreiche Laufbahn, welche die

englische Kaufmannschaft bei Gründung der ostindischen Kompagnie zurückgelegt hat, und (hört! hört! rechts) den Interessenten der Kolonie zugleich das Regieren derselben im wesentlichen zu überlassen und ihnen nur die Möglichkeit europäischer Jurisdiktion für Europäer und desjenigen Schutzes zu gewähren, den wir ohne stehende Garnison dort leisten können.

Ich denke mir also, daß man dann entweder unter dem Namen eines Konsuls oder eines Residenten bei einer derartigen Kolonie einen Vertreter der Autorität des Reiches haben wird, der Klagen entgegenzunehmen hätte, und daß irgend eines unserer See- und Handelsgerichte — sei es in Bremen oder Hamburg oder wo sonst — die Streitigkeiten entscheiden wird, die im Gefolge der kaufmännischen Unternehmungen entstehen könnten.

Unsere Absicht ist, nicht Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen, aber in der höchsten Entwicklung, auch solche, die sich eine Souveränität, eine schließlich dem Deutschen Reich lehnbar bleibende, unter seiner Protektion stehende kaufmännische Souveränität erwerben, zu schützen in ihrer freien Entwicklung sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft als auch gegen Bedrückung und Schädigung von seiten anderer europäischer Mächte. Im übrigen hoffen wir, daß der Baum durch die Thätigkeit der Gärtner, die ihn pflanzen, auch im ganzen gedeihen wird, und wenn er es nicht thut, so ist die Pflanze eine verfehlte, und es trifft der Schade weniger das Reich, denn die Kosten sind nicht bedeutend, die wir verlangen, sondern die Unternehmer, die sich in ihren Unternehmungen vergriffen haben. Das ist der Unterschied: bei dem System, welches ich das französische

nannte, will die Staatsregierung jedesmal beurteilen, ob das Unternehmen ein richtiges ist und ein Gedeihen in Aussicht stellt; bei diesem System überlassen wir dem Handel, dem Privatmann die Wahl, und wenn wir sehen, daß der Baum Wurzel schlägt, anwächst und gedeiht und den Schutz des Reiches anruft, so stehen wir ihm bei, und ich sehe auch nicht ein, wie wir ihm das rechtmäßig versagen können.

Ich bedauere, daß mein Gesundheitszustand im Augenblick mir nicht gestattet, meinen Auslassungen die Ausdehnung zu geben, die der Wichtigkeit der Sache und meinen eigenen Wünschen entspricht; ich befinde mich aber leider in den letzten Tagen nicht so, wie ich es im Interesse der Geschäfte wünschen möchte, und deswegen bitte ich, meine Mitteilungen, soweit ich sie gegeben habe, mit Nachsicht aufzunehmen.

Ich kann meinen Wunsch nicht wiederholen, daß jetzt noch Dinge beschlossen werden möchten; es würde auch zu nichts führen. Den Beschluß, jetzt nicht zu beschließen, welchen die Vertreter Ihrer Fraktionen ausdrücklich kundgegeben haben, konnte ich schon aus der literarischen Art der Kommissionsverhandlungen entnehmen. Wenn man dort gleich einen Aufschub von 8 Tagen zuerst in Aussicht nahm und dann wieder einen von 8 Tagen beantragte und dann, anstatt am Dienstag die Beratung fortzusetzen, sie auf den Freitag verschob — nun, meine Herren, ich bin Diplomat genug, um diese Sprache zu verstehen. (Heiterkeit.) Es heißt also: Sie wollen in dieser Session die Vorlage nicht weiter beraten, und ich muß mir daher vorbehalten, wenn ich es erlebe und im Amte bin, sie in der nächsten Session wieder vorzubringen. Ich nehme also nicht für immer

von dieser Vorlage Abschied, sondern ich sage auf Wiedersehen! (Bravo! rechts.)

In der lebhaften Fortsetzung der Debatte wiederholte den Freunden der kolonialen Entwicklung gegenüber der Abgeordnete Bamberger seine Warnungen, während der Abgeordnete Richter sichtlich bemüht war, in Bezug auf das Programm des Reichskanzlers einen minder gehässigen Ton anzuschlagen. Ihm erwiderte Fürst Bismarck aufs neue:

Der Herr Abgeordnete Richter hat eine eigentümliche Gabe, über die mein Nachbar, Herr Minister von Bötticher, sich neulich schon aussprach, die Gabe, die Neußerungen der Regierungsredner in einer Weise zurechtzustellen, daß sie ihm den Angriff erleichtern, aus unseren Neußerungen den Stoff herauszunehmen, um wirksame Angriffe auf uns zu machen und ihnen eine Gestalt zu geben, in der wir unsere eigenen Neußerungen gar nicht wiedererkennen. Ich will es nicht Entstellung nennen; denn ich glaube, es ist keine Absichtlichkeit dabei, es schwebt ihm selbst so vor. Selbst, wenn der Abgeordnete Richter wie heute zu meiner Ueberraschung und Freude in vielen Fällen mit mir einverstanden ist und mir anerkennende Worte ausspricht, so wird doch im ganzen jeder, der die Rede hört und liest, darüber nachdenken: welcher Stachel liegt hierin verborgen? denn es ist leider zur Gewohnheit geworden, daß schon der Ton und der Name des Abgeordneten Richter mit einer Anerkennung der Regierung im Publikum für unverträglich gehalten wird. (Widerspruch links. Sehr richtig! rechts.) Bei dem Wohlwollen für alle Menschen und für mich persönlich, das ihn beseelt, bin ich ja überzeugt, daß er alles, was er mir zu sagen hat, in der schonendsten und freundlichsten Weise immer vorbringen wird, und deshalb bin

ich überzeugt, das ist ein ungerechtes Vorurteil. Aber man glaubt einmal, wenn der Abgeordnete Richter spricht und den Namen des Reichskanzlers — der, ich weiß nicht wie viel Duzend Mal in der Rede vorkam — nennt, dann muß ein bitterer und harter Angriff folgen. Man prüft erst den Wortlaut genau, und findet man nichts, so legt man zweifelnd das Blatt aus der Hand und denkt: irgend wo muß es doch sitzen. (Heiterkeit.)

So z. B. hat der Abgeordnete Richter die Geschicklichkeit gehabt, auf Grund meiner Aeußerung, daß ich hoffte, wir würden Garnisonen nicht brauchen, und daß ich mich dem Prinzip der Garnisonen widersetze, nun vor den Augen der erschreckten Wähler den deutschen Landwehrmann in dem Gebiet der Namaquastämme hinter den Negern herlaufend dargestellt (Heiterkeit), als ob ich das gewollt hätte. Ich dachte, hier wäre ich wenigstens ganz sicher; aber latet anguis sub herba! Ich war sehr erstaunt, als der Herr Abgeordnete anfing, im gewöhnlichen Ton anerkennend zu erwähnen, daß ich also Garnisonen nicht brauchte. Damit war er sehr zufrieden; nun aber folgte im gehobenen Tone eine sehr scharfe Mißbilligung der Möglichkeit, daß der deutsche Landwehrmann womöglich im Alter von 39 Jahren seiner Frau und seinen Kindern entrissen werden könnte, um in West- oder Ostafrika, in einer „Sandbüchse“ — so, dünkt mich, nannte er Angra Pequena — verwendet zu werden, um fliehende Namaquas zu greifen. Und muß nicht jeder, der nur den Herrn Abgeordneten gehört hat, oder der nachher den geschickt zugestutzten Bericht liest, glauben, der Reichskanzler wolle dem deutschen Landwehrmann dergleichen zumuten? Und das knüpft Herr Richter an meine Bemerkung an, in der ich genau das Gegenteil

gesagt und mich gegen eine solche Auffassung verwahrt habe. (Sehr richtig! rechts.) Ich wünsche dem Herrn Abgeordneten Glück zu der Geschicklichkeit, aber ich möchte ihm als Warnung zurufen, was der französische Dachdecker im Fallen sagte: *Ca va bien, pourvu que ça dure.* (Heiterkeit.) Dergleichen kann auf die Dauer nicht behauptet werden, und ich glaube, es ist doch etwas anrühlig, immer dergleichen zu versuchen und auf diese Weise durch geschickte Dratorik der Regierung eine Menge Missethaten unterzuschieben, an die sie nicht entfernt gedacht hat.

Der Herr Abgeordnete sagte, es sei sehr tugendhaft, daß die Regierung es nicht will; aber wenn sie es wollte, das wäre schrecklich, und nun schildert er dieses ganze Wollen, — welches der Regierung fehlt, — in einer so drastischen Weise, daß es auf den Wähler den Eindruck macht, als ob es wirklich vorhanden wäre.

Dann habe ich aus dem ganzen Inhalt des Richterschen Vortrages entnommen, daß seine Auffassung der der Regierung heute sehr viel näher steht, als die des Herrn Abgeordneten Bamberger und als die seinige selbst am vergangenen Montag. Es ist das eine außerordentliche Annäherung. Ich möchte ihn nur bitten: fahren Sie so fort (Heiterkeit), dann werden wir ein Herz und eine Seele sein, und Sie werden sich als mein getreuer Kamerad an meiner Seite sehen (Heiterkeit), wenn Sie die Annäherung, die in diesen wenigen Tagen vollzogen ist, weiter fortsetzen.

Damals unterschied sich die Richtersche Auffassung kaum von der Bambergerschen: *Angra Pequena* war eben eine Sandbüchse, und ich erwiderte vergebens darauf, daß das Sache des Herrn Lüderik und nicht die des

Reiches wäre. Der Herr Abgeordnete Richter hatte eine sehr geringe Meinung, eine sehr viel geringere Meinung über die Möglichkeit der Annäherung und der Prüfung, die er heute zugegeben. Ich glaube, ich hätte am Montag Abend besser geschlafen, wenn er sich damals so ausgesprochen hätte, wie heute. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Richter hat vorausgesetzt, daß ich es bedauerte, daß die Beratungen sich hinzögen, und hat sich darüber gefreut, daß gerade dieses Hinziehen Gelegenheit zu interessanten Aussprachen nach dieser Seite gegeben habe. Ich habe mein Bedauern nicht sowohl auf das Hinziehen, auf das Verschleppen gerichtet, als auf die ganz hoffnungslose Stellung, die bei der ersten Beratung, wo ja eigentlich nur der Herr Abgeordnete Bamberger gesprochen hatte — es blieb für andere keine Zeit mehr übrig — (Heiterkeit), und bei der Kommissionsberatung sich geltend machte. Da mußte ich den Eindruck bekommen: die Sache mag sich hinziehen, so lange sie will, und mag nach dem Zeugnis der ganzen zivilisierten Welt eine nützliche und zweckmäßige sein; so lange das Land das Unglück hat, diese jetzige Verwaltung an der Spitze zu haben, wird sie nie den Beifall und die Stimme der Herren zu erwerben vermögen, die einmal das proton pseudos darin erkennen, daß ich nach 22 Jahren noch immer von diesem Platze nicht beseitigt werden konnte. Aber warten Sie nur noch 22 Jahre, meine Herren! (Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete hat uns vorgeworfen, wir hätten drei bis vier Monate Zeit gebraucht, um uns über die Sache zu orientieren. Das ist leicht möglich; darüber sind eine Menge Erkundigungen nötig gewesen, die hier nachher leicht ignoriert werden. Und die Herren Abgeordneten brauchten eine gleiche Frist

— nimmt Herr Richter vermutlich an: er sagte es nicht, da vier Wochen nicht genügten, auch nachdem die Sache in den Zeitungen besprochen war; — aber er meint, sie brauchen eine gleiche Frist, um sich schlüssig zu machen. Wie dreht sich das um? Ueber ein Amendement von der größten Tragweite, was plötzlich eingebracht wird, muß man sich in fünf Minuten schlüssig machen, die Regierung muß das, der Präsident muß es nach seiner ganzen Bedeutung klassifizieren, Gegner und Freunde müssen sich orientieren. Wer einmal eine Wahl übernommen hat, hat damit erklärt, daß er in fünf Minuten mit seinem Urteil über alle Dinge, die in der Politik vorkommen, fertig sein will; sonst kann er sich gar nicht auf solche Ueberraschungen, die ein plötzliches Amendement bringt, dessen Tragweite nur erkennbar ist durch Vergleichung mit dem größten Material, einlassen und sich darüber schlüssig machen.

Meine Herren, nehmen Sie an, ein Minister wird in einer Interpellation über Dinge der verwickeltsten Art gefragt, — denken Sie an die Interpellation, die im Jahre 1878 über die Lage der orientalischen Frage gestellt wurde, — ja, wenn ich da auch vier Wochen Zeit mir ausbitten würde, dann würden Sie sagen: die Beantwortung der Interpellation ist einfach abgelehnt, wir werden dilatorisch behandelt. Denselben Eindruck hat natürlich die Regierung, wenn Sie nach vier Wochen hierüber noch immer Informationen und Studium brauchen. Sie hat den Eindruck, ihre Vorlage ist abgelehnt oder dilatorisch behandelt. Es paßt Ihrer Taktik nach irgend einer Seite hin, sich darüber in diesem Augenblick nicht schlüssig zu machen, vielleicht niemals. Sie müssen doch mit etwas gleichem Maße messen! Geben Sie uns, der

Regierung, die Zeit nicht, uns über Anträge, die aus Ihrer Mitte hervorgehen, monatelang oder auch nur wochenlang zu besinnen und zu beraten, geben Sie uns die Zeit nicht, wenigstens nicht freiwillig, zwischen 25 Regierungen ein Einverständnis herbeizuführen, wenn hier eine Interpellation über eine politische Frage gestellt wird, die nur mit Kenntniss der Ansichten aller Regierungen beantwortet werden kann, so sind auch wir berechtigt, von Ihnen zu verlangen, über eine Frage, die jeder nach seinem Verstande und seiner Bildung beantworten muß, in vier Wochen ein Urtheil zu fällen. Wer das nicht will, der muß kein Mandat annehmen.

Was dann die Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Kapp betrifft über meinen Mangel an Dienstleister, so kann ich es dem Urtheil des Auditoriums überlassen, ob das, was der Herr Abgeordnete Kapp in Bezug hierauf sagte, und die Reproduktion und Verbreiterung, die der Herr Abgeordnete Richter in seinem stets bereiten Wohlwollen für mich übernommen hat, — ob jene Aeußerungen die Bedeutung gewonnen haben, die ich denselben vorhin beilegte. Ich bin durch wichtige Geschäfte genötigt worden, meine hiesige Anwesenheit zu unterbrechen. Ich kann nicht allen Sitzungen beiwohnen. Ich überlasse es den Herren Abgeordneten Kapp und Richter, untereinander auszumachen, wer von ihnen über meinen Dienstleister und mein Pflichtgefühl die schlechteste Meinung hat.

Sodann hat der Herr Abgeordnete Richter wieder ein eklatantes Beispiel gegeben, wie schnell die innere Gärung bei ihm eine Umgestaltung einer ministeriellen Aeußerung hervorruft. Er sagte zuerst, in meinem Auftrage wären die Verhandlungen in der Kommission stenographiert worden; wenigstens habe ich es aus seinen

ersten Aeußerungen so aufgefaßt. Die Herren, die hier anwesend waren — und ich glaube, der Herr Abgeordnete Richter war auch anwesend, und derselbe hat ein scharfes und schnelles Verständniß, was nicht vier Wochen braucht, um eine solche Sache sich klar zu machen, — die Herren haben gehört: ich habe gesagt, es wäre mir die Version vorgekommen; ich hätte meine Aeußerungen geprüft, weil mir gesagt worden wäre, sie beruhten auf einer stenographischen Niederschrift. Die Kenntniß, daß überhaupt stenographiert werden würde, hat mir ganz fern gelegen, und ich habe erst nach der Kommissionsitzung davon Mitteilung erhalten. Da dies aber behauptet wurde, habe ich mich verpflichtet gefühlt, meine Aeußerungen oder den Auszug meiner Aeußerungen, der darin war, durchzulesen, um zu sehen, ob irgend etwas darin stand, was ich in meiner Stellung als auswärtiger Minister nicht gedruckt zu sehen wünschte oder nicht gesagt zu haben glaubte. Das war für mich einfach Pflichterfüllung. Der Herr Abgeordnete Richter hat daraus einfach die Gelegenheit genommen, der Regierung eine offiziöse Mitschuld aufzubürden, daß seine Aeußerungen nur auszugsweise wiedergegeben wären. Ich weiß das nicht; ich habe die Aeußerungen anderer eben nicht gelesen; aber ich möchte ihn doch bitten, wenn er sich über die Norddeutsche Zeitung in dieser Beziehung beklagt, ungefähr zu vergleichen, in welchem Auszug die hiesigen Aeußerungen eines Ministers oder eines Abgeordneten der Rechten etwa im „Reichsfreund“ wiedergegeben sind (Heiterkeit), ob da eine rücksichtsvolle Ausführlichkeit vorhanden ist, die dem Redner vollständig gerecht zu werden wünscht. Ich glaube nicht, — ich weiß es nicht, da ich mit den Herren nicht persönlich bekannt bin, — daß die Redaktion der „Norddeutschen

Zeitung“ mit dem Herrn Abgeordneten Richter genau auf dem gleichen politischen Standpunkt steht; ich vermute eher nach den Präferenzen, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zu den politischen Gegnern des Abgeordneten Richter gehört. Also da möchte ich dem Abgeordneten Richter vorschlagen, doch seine Gegner in Bezug auf die Genauigkeit, in Bezug auf die Feindseligkeit in der stenographischen Wiedergabe seiner Äußerungen mit keinem anderen Maßstabe zu messen, als mit dem, mit welchem er die ihm selbst nahestehenden bei Wiedergabe von Regierungs- und konservativen Äußerungen mißt. Peccatur intra muros et extra. Ich bekämpfe immer das Parteiwesen; mein dringender Wunsch wäre, daß alles Fraktionswesen verschwände und bei Strafe verboten würde; aber ich werde das nicht erreichen. In antiken Gesetzgebungen, wo das öffentliche Wohl zwingender an der Spitze aller Aufgaben stand, in solchen Gesetzgebungen wäre es möglich gewesen, Besprechungen und Fraktionsvereinigungen zu gemeinschaftlicher Abstimmung bei Strafe zu verbieten. Es hat das auch seine zwei Seiten, wie alle Sachen; aber ich finde die eine Seite bei uns, die Seite der Fraktionspolitik, in steigender Progression so accentuiert, daß die Gesamtheit schließlich nicht mehr zu ihrem Recht kommt, und die Existenz der Fraktionen an und für sich ein an dem Wohl des Vaterlandes fressendes Uebel ist.

Der Herr Abgeordnete hat ferner heute ein dankenswertes Interesse für die Landwirtschaft an den Tag gelegt, indem er seine Besorgnis vor dem Fleischimport, welchen wir aus Australien bekommen würden, und vor der Beförderung der Auswanderung aussprach. Ja, meine Herren, ich glaube kaum, daß gerade die postalischen

Sendungen zur Beförderung der australischen Fleischproduktion, der Hammel, die zu 25000 Stück in einem einzigen Fahrzeug zum Gefrieren gebracht werden und hier in einem nicht sehr vollkommenen Geschmack ankommen, — die Herren werden ja am vergangenen Freitag in der Lage gewesen sein, darüber zu urteilen, — ich glaube also nicht, daß dazu gerade die postalischen Sendungen benutzt werden würden; das ist mir sehr unwahrscheinlich. Was von Australien und Amerika an Fleisch hierher gebracht werden kann, das bekommen wir ohnehin; das hängt hiermit nicht zusammen. Ich glaube auch nicht, daß dadurch die Auswanderung befördert wird; die Auswanderer haben ja so viel und so reichliche Gelegenheit, daß die stabilen Postdampfer sie nicht mehr als bisher zur Auswanderung verleiten würden. Ich bin kein Freund der Auswanderung im allgemeinen, und namentlich nicht der krankhaften Beförderung der Auswanderung, die wir in den ersten Jahren des Deutschen Reichs gehabt haben — unter meiner Unterschrift, gebe ich ja zu; ich habe aber damals dieser Sache meine Aufmerksamkeit nicht zugewendet. Ich kämpfe gegen die Beförderung der Auswanderung; ein Deutscher, der sein Vaterland abstreift, wie einen alten Rock, ist für mich kein Deutscher mehr; ich habe kein landsmannschaftliches Interesse mehr für ihn, und wenn die Beförderung der Korrespondenz und des Verkehrs und unseres Exports eine Beförderung der Auswanderung sein würde, so würde dies ein Grund dagegen sein; aber — ich habe gerade das Wort Export gebraucht — der Export ist ein Mittel, die Auswanderung zu hindern. Es ist eine auffällige Thatsache, daß gerade die bevölkerten Landstriche Deutschlands, die wir die industriellen nennen

dürfen, von der Auswanderung so gut wie frei sind, und daß diejenigen Landstriche, in denen keine Industrie ist, die baltischen Provinzen und die, welche in ähnlichem Kulturstande sind, Posen und Mecklenburg, das Hauptkontingent der Auswanderer liefern. Geben Sie denen Industrie, geben Sie denen Export, geben Sie denen Schutzzölle, und die Leute werden nicht mehr auswandern. (Sehr richtig!) Gerade die Förderung des Exports, die Förderung der Verbindung und womöglich thatsächliche Förderung einer sicheren Verbindung hindert die Auswanderung.

Dann haben die Herren stets ihren Patriotismus bei diesen Diskussionen dadurch zu dokumentieren gesucht, daß sie darauf verwiesen, wie sie den Bedürfnissen der Marine ohne weiteres ihr Votum gegeben haben. Ja, meine Herren, das ist kein Verdienst; entweder Sie sind überzeugt, daß die Marine das Geforderte braucht: dann werden Sie zustimmen; oder Sie sind nicht überzeugt: dann werden Sie dagegen stimmen. Es läßt sich ja nicht leugnen, daß die Marine in der Opposition — ich will es mit einem Worte sagen — populärer ist als das Landheer. Das Landheer hat immer mit viel größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als die Marine. Ich will darüber nicht weiter rechten, will der Marine das von Herzen gönnen, daß wenigstens ein Teil unserer Wehrkraft sich der Gunst aller Parteien erfreut; ich hoffe nur, daß diese Gunst eine dauernde ist und nicht an das Regime Stosch geknüpft ist, sondern auch auf das Regime Caprivi übergehen werde. Daß die frühere Verwaltung der Marine bei der Opposition populär war, das weiß ich. Ich habe häufig davon reden hören — ich weiß nicht, ob mit oder ohne Befriedigung meines

früheren Kollegen aus der Marineverwaltung —, daß mein Kollege Herr von Stosch öffentlich als mein möglichst baldiger Nachfolger im Reichskanzleramt angesehen wurde. Ich habe deshalb diesen Herrn immer mit besonderem Interesse angesehen, und ich bin von der Befürchtung nicht frei gewesen, daß die reichlichen Subventionen der Marine, die ihm von der Opposition bewilligt wurden, an deren Spitze der Herr Abgeordnete Rickert stand, der auch für die Danziger Institute eine große Vorliebe hatte, — ich habe immer die Befürchtung gehabt, daß das vielleicht beim Austritt des Herrn von Stosch sich ändern könnte. Zu meiner großen Freude ist dies nicht der Fall gewesen, und ich bitte Sie, dem jetzigen Herrn Chef der Marineverwaltung dasselbe Wohlwollen und Vertrauen zuzuwenden, das Sie seinem Vorgänger nicht versagt haben. Namentlich ist der Herr Abgeordnete Rickert die wesentliche Stütze des Herrn Ministers von Stosch gewesen.

Ich muß dann noch leider auf einige Worte kommen, die mir trotz aller gegenteiligen Versicherungen der Herren beweisen, wie gering das Vertrauen ist, das Sie auf die Reichsregierung und persönlich auf meinen guten Willen und meine Einsicht setzen. Also der Herr Abgeordnete Bamberger hat gesagt, er wolle nicht, daß die Ehre des Reichs nach der Inspiration eines jeden abenteuerlustigen Deutschen engagiert werde; er nimmt also an, daß das Deutsche Reich im allgemeinen in der Lage ist, daß der Beamte, der an seiner Spitze steht, die Ehre desselben engagieren würde — denn ohne denselben kann sie nicht engagiert werden — für einen jeden Abenteurer, der sich in fremden Meeren umhertreibt. Das ist doch wirklich eine Geringschätzung meiner Urteilsfähigkeit und

Sachkunde, wie ich sie in ähnlicher Weise selbst von Herrn Bamberger bisher kaum gehört habe. Als ob es hinreichend wäre, daß ein abenteuernder Lump an mich schreibt, damit ich sofort mit der ganzen Schwere der deutschen Masse für den Mann mich engagieren würde! Wenn Sie jemals einen solchen Narren von Reichskanzler haben, auf den diese Voraussetzungen des Herrn Bamberger passen, dann streichen Sie ihn und jagen ihn weg; das ist das Beste, was Sie thun könnten.

In eine ähnliche Kategorie, obgleich nicht so scharf und verlegend für mich, gehört die Aeußerung des Herrn Abgeordneten Richter, der sagt, die Herren würden diesem Ministerium jeden Groschen bewilligen. Ja, meine Herren, darin liegt die Voraussetzung, daß dieses Ministerium, das aus mir allein besteht, jeden Groschen fordern würde. Das ist doch ebenso, als ob wir in unseren maßlosen Forderungen an die Steuerpflichtigen für das Wohl des Landes kein Herz hätten, sondern daß wir jeden Tag bedacht wären, zu nehmen, was wir kriegen können, zu nehmen, was irgendwie bewilligt würde, und das wäre kaum anders möglich, als daß durch Lug und Trug und Fiktionen nicht vorhandene Bedürfnisse in den Vordergrund gestellt würden, deren Bewilligung unvernünftig wäre. Das alles, die Möglichkeit, daß die jetzige Regierung dergleichen unvernünftige Forderungen machen könnte, liegt, vielleicht im Hinblick auf die Wahlen, angedeutet in dem: diesem Ministerium jeden Groschen, mag er noch so ungerecht gefordert werden.

Ja, meine Herren, wenn Sie, nachdem ich nun seit 1862 unter schweren Zeiten an der Spitze Preußens und des Reichs gestanden habe, nicht das Vertrauen zu mir gewonnen haben, daß ich überhaupt auf Albernheiten,

Thorheiten, Berrücktheiten, Landesverrat nicht hineinfalle, — wenn Sie das heute noch von mir nicht glauben, so ist die Zeit, die noch vor mir liegt, zu kurz, um das Vertrauen zu gewinnen. Ich kann es bedauern, — es demütigt mich nicht, aber ich muß bekennen: ich verzichte darauf. (Bravo! rechts.)

In einer neuen Rede wandte der Abgeordnete Richter ein, er habe nicht gemeint, daß der Landwehrmann etwa nach Afrika ziehen solle; er habe vielmehr an das Wort des Reichskanzlers aus der Kommissionsitzung über die Thore von Mex gedacht, und auch das sei keine verlockende Aussicht. Hierauf bezieht sich der wichtigste Teil der wiederholten Replik des Fürsten Bismarck:

Ich möchte zuerst den Herrn Vorredner beruhigen über den Gedanken, daß er mich ärgere, wenn er laut spricht. Im Gegenteil, je lauter, desto lieber höre ich ihn; es ist mir nur verdrießlich, wenn ich ihn nicht ganz genau hören kann; — es mag in der Akustik dieses Hauses liegen, für die ja keiner kann, — die Herren von dort her (links) hört man hier nur dann vollständig, wenn sie laut sprechen; aber ich bitte den Herrn Abgeordneten Richter, immer recht laut zu sprechen; ich glaube, es ist nützlich auch für die Reichsregierung.

Wenn der Herr Abgeordnete Richter vorhin sagte, daß er von der Kombination eines Ministerium Stosch niemals gehört habe, so ist mir das ganz erklärlich: er war nicht drin, diejenigen Herren, die drin sein wollten, bedurften aber vorher seiner Unterstützung vielleicht noch; also das überrascht mich nicht, daß das ihm verschwiegen geblieben ist. Ich glaube, der Plan war zu Zeiten, wo mein Rücktritt wahrscheinlich war, ziemlich ausgearbeitet, aber, wie gesagt, ich weiß nicht, ob mit Wissen des Herrn von Stosch; aber man rechnete eben auf seine Mitwirkung,

auf seine Kraft und seine Verbindungen, um dem künftigen Kabinett Haltung zu geben.

Dann die vorliegende Sache betreffend muß ich noch eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Richter relevieren. Er sagte, er habe nicht den deutschen Landwehrmann gegenüber dem afrikanischen Namaqua vorher im Sinne gehabt, obschon ich das nach dem Zusammenhange seiner Rede glauben mußte; denn er knüpfte es an Garnisonen in Kolonien; ich halte also seine Berichtigung auf die Gegend von Mex hin für etwas, was ihm später eingefallen ist, daß er das hat sagen wollen; aber ursprünglich knüpfte er es an Garnisonen in Kolonien, indem er meine Ablehnung solcher utilizierte, um etwa zu sagen, das wäre ja noch besser, wenn wir dazu kommen sollten, daß in solchen Gegenden —; aber wenn er so weit geht, daß der deutsche Landwehrmann auch dazu nicht berufen sein soll, — um in der Sprache des Herrn Bamberger zu bleiben, — Nasenstüber, die wir irgendwo empfangen, unmittelbar an unserer Grenze zu vertreten und abzuwehren, ja, dann weiß ich nicht: wozu haben wir Landwehr und Armee? Dann können wir sie einfach abschaffen (sehr wahr! rechts), wenn wir so ängstlich damit sein wollen, daß wir jedem Konflikt, in fernen Meeren sowohl wie in der Nähe, unbedingt aus dem Wege gehen müssen. Wenn auf dem Kontinent hier unsere Truppen sich schlagen müssen, so ist die Unannehmlichkeit, die daraus hervorgeht, nicht minder groß; — denn jeder Krieg, auch der siegreiche Krieg, ist immer ein großes Unglück für das Land, das ihn führt; für das Land ist die Ursache ziemlich gleichgiltig, aus der er entsteht, — so ist die Unannehmlichkeit für den Landwehrmann, bei Mex erschossen zu werden, gerade so groß

als bei Angra Pequena erschossen zu werden, und dadurch wird, wie ich glaube, das irrtümlich ergriffene Argument des Herrn Abgeordneten Richter nicht saniert, daß er das Lokal jetzt nach Mex übertragen will. Ich muß dabei bemerken, daß dieses Accentuiren gerade des geographischen Punktes von Mex für mich in der Kommission eine Notwendigkeit war.

Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger sagte, wir können uns gegen „Nasenstüber“ nicht decken, so mußte ich die Frage lokalisieren, wie wir uns decken können, sowohl England als Frankreich gegenüber. Wenn aber das nun von dem Herrn Abgeordneten Richter wieder aufgegriffen wird, gerade das Lokal von Mex, so bin ich überzeugt, daß das wieder ein Ausdruck ist seiner immer mehr sich annähernden Uebereinstimmung mit der Politik des Reichskanzlers und seines Wohlwollens für mich; aber einen Dienst hat er mir diplomatisch damit nicht erwiesen, indem er gerade diesen Satz unterstreicht und reproduziert. Indessen es schadet das auch nichts; unser Verhältnis zu Frankreich und besonders meine persönlichen Beziehungen zur französischen Regierung sind so gut, daß der Herr Abgeordnete Richter nicht in der Lage ist, ihnen zu schaden. (Unruhe links.) Ich erinnere an die Zeiten bald nach dem Frankfurter Frieden, wo hier nicht bloß von den rein oppositionellen Fraktionen, sondern vor allen angenommen wurde, in kurzer Zeit würden wir wieder Krieg haben. Im Jahre 1875 wurde mir hier einmal — damals ging es vom Zentrum aus — gesagt, die Entscheidung über Krieg und Frieden liege bei Rußland, und wir seien davon abhängig; kurz, unsere ganze Situation machte hier nach dem Frieden von 70 den Eindruck, als ob sie eine prefäre wäre, als

ob wir, wie Friedrich der Große nach dem ersten schlesischen Kriege einen zweiten führen mußte, sofort nach dem ersten französischen Kriege einen zweiten führen müßten. Es hat ja nicht an Elementen gefehlt, welche diese Möglichkeit herbeizuführen gesucht haben, in Frankreich natürlicherweise, wo die von uns im Verteidigungskampf geschlagene Wunde noch nicht vernarbt war; aber auch bei anderen Nationen hat es nicht gefehlt an der Neigung, die Eventualität des Krieges näher zu rücken und wahrscheinlicher zu machen, und dennoch, meine Herren, müssen Sie mir das Zeugnis geben, daß die Politik heute ziemlich 14 Jahre nach der Zeit, wo der nächste Krieg in ganz kurzer Zeit erwartet wurde, uns rundum, so weit wir sehen können, nur friedliche Aussichten bietet, und absolute Unwahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß wir in der nächsten Zeit in Krieg geraten könnten (Bravo!), daß wir aber namentlich mit der französischen Regierung, mit der jetzigen sowohl als der vorigen, ununterbrochen in so vertrauensvollen Beziehungen gestanden haben, daß mein persönliches Wort jeder Zeit genügt hat, die französische Regierung über unsere Absicht für die Zukunft vollkommen zu beruhigen. (Bravo!) Das ist bei den historischen Verhältnissen, wie sie sich seit 1870 entwickelt haben, außerordentlich viel, diesem Maß von Glauben und Vertrauen in unserer Politik dauernd zu begegnen durch mehrere Regierungen hindurch, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß dieses gegenseitige Vertrauen auch jetzt und für die Zukunft unverändert fortbesteht. Also unsere Beziehungen zu Frankreich und zu der französischen Regierung, — wenn es auch Parteien und Zeitungen in Frankreich gibt, die lieber heute als morgen Krieg haben möchten,

— sind gerade so freundschaftlich und vertrauensvoll, wie zu jeder anderen in Europa, und es ist keine Befürchtung vorhanden, daß es in der Möglichkeit eines oppositionellen Redners liegen würde, uns dadurch Verlegenheiten mit Frankreich und dessen jetziger Regierung zu bereiten, daß er die Möglichkeit eines französischen Krieges, wenn sie einmal besprochen wird, sehr in den Vordergrund drängt. Zwischen unserer und der Regierung in Frankreich herrscht volles Vertrauen auf die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der gegenseitigen Beziehungen und auf das Wohlwollen, mit dem wir jede französische Bestrebung betrachten, die nicht gerade auf die Wiederherstellung der früheren unnatürlichen Einrichtung, die von Ludwig XIV. her datierte, gerichtet wäre. Es ist aber kein Grund, augenblicklich zu befürchten, daß die französische Politik dahin ginge, und es freut mich, daß der Herr Abgeordnete Richter durch seine Wiedererwähnung des Wortes Metz mir Gelegenheit gegeben hat, nicht nur den Reichstag, sondern unsere ganze Bevölkerung über die Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich, soweit menschliche Voraussicht reicht, jetzt und für die Zukunft vollständig zu beruhigen. (Bravo! rechts.)

Auf die halbe Entschuldigung, die Abgeordneter Kapp in einer persönlichen Bemerkung für sich versuchte, erwiderte der Reichskanzler:

Der Herr Abgeordnete Kapp sagt, er hätte von mehreren glaubwürdigen Seiten gehört, daß die Vorlage schon seit Monaten bei mir gelegen habe, ohne bearbeitet zu werden.

Dann hat der Herr Abgeordnete Kapp von diesen

mehreren glaubwürdigen Seiten die Unwahrheit gehört. Ich wiederhole, daß die Vorlage keine 24 Stunden bei mir gelegen hat, und berufe mich hierfür auf das Zeugnis meiner Kollegen hier. Ich bitte Herrn Kapp, doch gegenüber meiner Behauptung nicht zur Wiederholung solcher unwahrer ihm angeblich von glaubwürdiger Seite zugekommener Nachrichten zu schreiten. (Bravo! rechts.)

und auf eine neue, immer noch bedingte Aeußerung desselben Redners abermals:

Ich war weder durch meine Gesundheit, noch durch etwas anderes verhindert, die Sache in die Hand zu nehmen, sondern ich habe sie jederzeit in die Hand genommen, eine halbe Stunde nachdem ich sie bekommen habe. Ich weiß ja, daß ich unfähig bin, meine Geschäfte zu besorgen; aber es ist nicht hübsch, mir das immer vorzuhalten.

Staatsminister v. Bötticher legte darauf aus den Akten die Daten der Vorgeschichte des Gesetzesentwurfs aufs genaueste dar, worauf der Abgeordnete Richter darüber klagte, daß man es dem Reichstage verARGE, wenn er nicht in vier Wochen eine Vorlage erledige, die auf dem Wege aus dem Kabinett des Kaisers bis zur Einbringung über zwei Monate gebraucht habe. Auch diesmal blieb Fürst Bismarck die Abwehr nicht schuldig:

Der Herr Abgeordnete Richter stellt den Zeitbedarf des Bundesrats zu seinen Beratungen und den des Reichstages vollständig auf gleiche Linie. Ich hätte bei ihm eine genauere Kenntnis unserer Verfassungszustände vorausgesetzt, als daß er in diesen Irrtum verfallen könnte. Es trifft das leider nicht zu. Bekanntlich brauchen die Mitglieder des Bundesrats für ihre Abstimmungen In-

struktionen. Daß der Herr Abgeordnete seinerseits Instruktionen von seinen Wählern bedarf, kann ich mir nicht denken: das wäre im Widerspruch mit der Verfassung, wonach er an keine Instruktion gebunden ist, sondern nach seiner eigenen Ueberzeugung abstimmt. Die eigene Ueberzeugung eines jeden Mitgliedes des Bundesrats mag bei demselben von vornherein feststehen; er ist aber nicht berechtigt, danach abzustimmen. Der Abgeordnete ist aber berechtigt, nach seiner eigenen Ueberzeugung abzustimmen; steht die nicht fest, so ist es das eben, was ich beklage. Ein Mitglied des Bundesrats muß erst nach Hause schreiben und fragen, ob seine Regierung ihm dies erlauben will. Er kann telegraphieren, aber nicht alle Sachen lassen sich telegraphisch erledigen. Es ist in der Diskussion schon darauf hingewiesen, daß die Postbasis, auf der die Vorlage beruht, keine gleichmäßigen Beiträge aller Regierungen bedingt, daß diejenigen Regierungen, die ihre eigene Post haben, Bayern und Württemberg, besonders zu befragen sind. Dies müßte auch in den Augen eines so strengen Richters, wie des Herrn Vorredners, der Regierung einige mildernde Umstände dafür verschaffen, daß sie eine gewisse Zeit zu diesen Verhandlungen gebraucht hat. Ich weiß nicht, ob in die Zeit gerade Festtage fielen; für die Regierung gibt es keine, wir arbeiten auch Sonntags, und es gibt auch keine dreiwöchentliche Ferien; im Gegenteil haben wir dann die Arbeiten nachzuholen, die wir außerhalb der Ferien wegen unserer Beschäftigung im Reichstage haben hinauschieben müssen. Aber ich bitte den Herrn Abgeordneten, die Arbeitskraft und die Möglichkeit, maschinenmäßig eine Uebereinstimmung im Bundesrat herzustellen, nicht zu überschätzen. Die Frist vom 11. bis

zum 19. — es war wenig über eine Woche — ist wirklich nicht zu lang, wenn 25 Regierungen mit einander zu korrespondieren haben. Der Herr Abgeordnete aber hat mit niemandem zu korrespondieren, sondern kann, wenn er morgens aufsteht und sich angezogen hat, abstimmen; er trägt seine Ueberzeugung bei sich wie seinen Rock. Insofern ist dieser Vergleich nicht zutreffend.

Ich würde Ihre Zeit nicht nochmals in Anspruch genommen haben, wenn ich nicht fände, daß Sie überhaupt an die Regierung in dieser Beziehung unbillige Ansprüche machen. Wir sind außer stande, die Uebereinstimmung so plötzlich, wie es zu wünschen ist, herzustellen: meine Ueberzeugungen stehen ebenso fest, wie die des Herrn Abgeordneten; ich brauche aber schonende, vorsichtige Verhandlungen und Argumentationen, um meine Ueberzeugung anderen annehmbar zu machen oder um meinerseits den Ueberzeugungen anderer Rechnung zu tragen, ohne die eigene Ueberzeugung zu verletzen. Dazu ist die Zeit sehr kurz bemessen, und sie hat so kurz nur durch den ungewöhnlichen Fleiß und durch die Pflichttreue der Mitglieder des Bundesrats bemessen werden können.

Während der Vertrag mit Korea alsbald genehmigt ward, blieb die Erledigung der Dampfervorlage der nächsten Session vorbehalten.



Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart, Berlin, Leipzig.

Becker's

1000
Illustrationen
und
Karten.

→: Dritte Auflage. :←
Neu bearbeitet und bis auf die Gegenwart
fortgeführt von
Professor Wilhelm Müller.

Weltgeschichte

→ • 66 Lieferungen zum Preis von nur 40 Pfennig.

So viele neue und zum Teil wertvolle Bearbeitungen der Weltgeschichte auch im Laufe der letzten Jahrzehnte erschienen, in einer Hinsicht steht das ursprüngliche Becker'sche Werk heute noch unübertroffen, ja unerreicht da: in der außerordentlich faßlichen, ansprechenden und fesselnden Darstellung, welche die gesamte Weltgeschichte mit der Anschaulichkeit von Wandgemälden vor dem Leser aufrollt und dasselbe zu einem Lieblingsbuche des deutschen Volkes, zu einem Bildungsmittel ersten Ranges für Alt und Jung gemacht hat.

Diesen Vorzug des berühmten Becker'schen Originalwerkes zu erhalten und unter Berücksichtigung der neuesten Forschungen auf die Höhe der heutigen Geschichtswissenschaft zu bringen, war die Aufgabe, welche der Bearbeiter der vorstehenden Ausgabe, Prof. Wilh. Müller in Tübingen, sich gestellt und welche er glänzend gelöst hat.

Wir empfehlen diese günstige Gelegenheit, eines der renommiertesten Geschenkwerke (für Alt und Jung passend) in neuer illustrierter Ausgabe zu außergewöhnlich billigem Preise für die Hausbibliothek zu erwerben.

Bibliothek

Herausgegeben von

G. Falkenhofst.

Mit
zahlreichen
Illustrat.

denkwürdiger Forschungsreisen

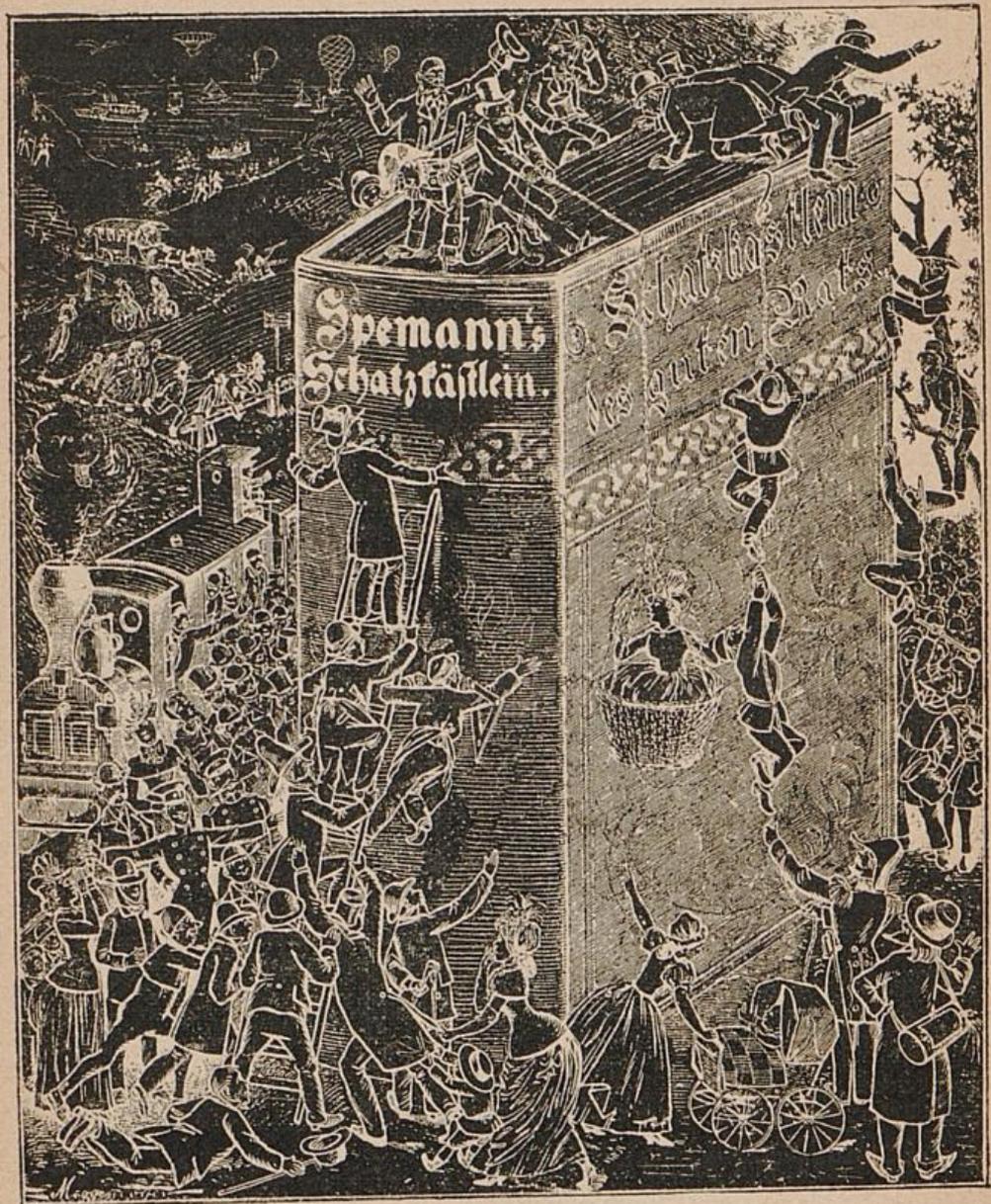
36 Lieferungen zum Preise von nur 40 Pfg., oder 12 Bände eleg. gebunden
à Band Mk. 2.50.

Verzeichnis der 12 Bände: 1. Emin Paschas Vorläufer im Sudan. — 2. Emin Pascha, Gouverneur von Gatt-el Estiwa. — 3. Henry M. Stanleys Forschungen am Kongo und Nil. — 4. Deutsch-Ostafrika. Geschichte der Gründung einer deutschen Kolonie. — 5. Auf Bergeshöhen Deutsch-Afrikas. — 6. Durch die Wüsten und Steppen des dunklen Weltteils. — 7. In Meerestiefen. Geschichte der Erforschung und Eroberung der Meere. — 8. Prschewalskis Reisen in Centralasien. — 9. Nordpolfahrten. — 10. Luftfahrten. — 11. Weltentdecker und Weltumsegler. — 12. Amerikanische Staatengründer und Staatenzerstörer.

Jeder Band bildet ein für sich abgeschlossenes Ganzes und ist einzeln käuflich.

In recht populärer Darstellung bei billigem Preis sollen die Schilderungen Eingang finden in die Hausbibliothek jeder deutschen Familie, um zu jeder Zeit eine Quelle anregender Unterhaltung und ernster Belehrung zu bieten.

Zu beziehen durch die meisten Buchhandlungen.



Dieses Hausbuch gibt auf alle möglichen Fragen, die das tägliche Leben mit sich bringt, ausführliche Antwort. Der Inhalt gliedert sich in folgende Abteilungen: Unser Haus — Die Gesundheit — Die Haushaltung — Am Schreibtisch — Unsere tierischen Hausfreunde — Der Hausgarten — Die gute Lebensart — Die Frauenarbeiten — Die Berufswahl — Spiele — Unser Recht; also ein reichhaltiger Stoff, der unendlich viel des Wissenswertesten und Nützlichsten bietet. Ein genaues Register erleichtert das Nachschlagen ungemein.

Preis gebunden 5 Mark.

Zu haben in den meisten Buchhandlungen.

auch sein Streben nach sittlicher Besserung der
firchl. und sozialen Zustände wohl anmerkt.
160—162. **Chackeray, M.**, Eitelkeitsmarkt.
Uebers. v. H. Lobedan, mit einer Einleitung
von Joh. Prölsch.
Dieses Werk des geistvollsten u. originellsten
Satirikers d. 19. Jahrh. spiegelt dessen literar.
Physiognomie in so unmittelbarer Schärfe u.
drahtlicher Frische wieder wie kein andres.

V. Französische Litteratur.

319. **Am Glück vorbei.** Von ... Uebers. von
J. V. Devrient.
215. **Balzac, Honoré de,** Oberst Chabert.
Uebers. v. Fabian Philipp. Mit einer Einl.
v. Ferd. Lottheisen.
Ein Hauptvorzug der Balzac'schen Romane
ist die psychologische Wahrheit, die sich besond.
i. d. Zeichnung d. Frauen-Charaktere bekun-
det. Er ist ein Pessimist durch u. durch u. reizt
häufig zum Widerspruch.
219. **Chateaubriand, I.** Atala. René. Der
Lehete der Abencerragen. Uebersetzt und mit
einer Einl. von Steph. Born.
In „Atala“ u. „René“, welche beide im Ur-
walde von Louisiana ihren Schauplatz haben,
ist der Dichter zum Maler geworden und wirkt
durch alle Zauber einer uns fremd. tropischen
Welt auf die Phantasie des Lesers.
76. **C. Daudet,** Ein Märtyrer der Liebe. Die
Baronin Amalti. Uebers. v. Hymus u. König.
89. **France, Anatole,** Sylvester Bonnard.
Uebers. von F. Alsberg.
Ein fesselndes und psychologisch hoch in-
teressantes Produkt der neueren französischen
Schule liegt in obigem Roman vor uns,
dessen Autor es wohl verstanden hat, die
Klappen der modern-realistischen Richtung zu
vermeiden.
207. 208. **Hugo, V.,** Notre Dame v. Paris.
214. 216. **La Brundre,** Die Charaktere.
Uebers. und mit einer Einl. von H. Hamel.
Ein überraschender Reichtum an anregen-
den Gedanken tritt uns aus diesen Essays,
welche im glänzendsten Stile geschrieben sind,
entgegen.
8. **Le Sage,** Der hintende Teufel. Mit
einer Einleitung von Ferd. Lottheisen.
213. **Mérimée, Prosp.,** Colomba, Carmen
Uebers. u. mit einer Einl. von O. Mülius.
In vorzüglicher Uebersetzung werden hier
zwei Novellen geboten, von denen die zweite
um so mehr interessieren wird, als aus ihr
der Stoff zu einer beliebigen Oper der Zeit-
zeit entnommen ist.
303. **Penrebrune, Madame de,** Das Fräu-
lein von Tremor.
218. **Racine, J.** Andromache. Britannicus.
Mithridat. Uebers. u. eingel. v. F. Schröder.
Das Wort Friedrichs des Großen: „Wer
nicht wie Racine schreibt, sollte auf die Poesie
verzichten“, ist wohl hinreichende Empfehlung
für das vorstehende Werk.

- 201—203. **Rousseau, J. J.,** Bekenntnisse. Mit
einer Einleitung von Prof. Dr. St. Born.
211. 212. — — Die neue Heloise.
210. **Saintine, A. B.,** Picciola. Uebers. und
mit einer Einleitung von Difeid Mylius.
Jeder Leser dieses Buches wird das Auf-
sehen verstehen, welches dasselbe bei seinem
Erscheinen machte, und sich unwiderstehlich von
dem tiefen Gemüt des Verfassers angezogen
fühlen.
204. **Saint-Pierre, P. de,** Paul und Virginie.
Mit einer Einleitung und in neuer Uebers.
von K. Saar.
217. 220. **Saint-Simon,** Memoiren. 2 Bde.
Mit einer Einleitung von Ferd. Lottheisen.
Diese an Tacitus gemahnenden Schilder-
ungen des französischen Staatslebens und
des Versailles Hofes werden nie ihren Wert
verlieren.
209. **Sand, George,** Indiana. Uebers. von
H. Meister, mit einer Einl. von St. Born.
Diese Jugendarbeit gehört in ihrer pade-
nischen Durchführung, durch die Kraft der Cha-
raktere und das spannende Fortschreiten der
Handlung zu dem Besten, was die geniale
Frau geschrieben hat.
314. 315. **Sue, Eugen,** Vater Rodin. Episode
aus dem „Ewigen Juden“, für die Gegen-
wart bearbeitet von Martin Deutschländer.
206. **Sévigné, Madame de,** Ausgewählte
Briefe. Uebers. u. eingel. von F. Lottheisen.
Die Briefe der Mad. de Sévigné zeichnen
sich durch lebhaften Geist und wahres Gefühl
aus und bieten die lebendigsten Schilderungen
der franz. Hofverhältnisse im 17. Jahrhundert.
205. **Tilher, Claude,** Mein Onkel Benjamin.
Uebers. und eingeleitet von K. Saar.
Ein Roman, welcher durch seine Eigenart
in der ganzen Litteratur dieses Jahrhunderts
kaum seinesgleichen hat und zu den Werken
gehört, welche bleiben.
82. **Töpffer, Ad.,** Genfer Novellen. Uebers.
von H. Zscholke.

VI. Italienische Litteratur.

96. **De Amicis, Edm.,** Skizzen aus dem
Soldatenleben. Uebers. von Agn. Burchard.
311. 312. 313. **Fogazzaro, A.,** Malombra.
Roman in 3 Bänden.
23. **Mancini, Lydia,** Uebers. von H. Lobedan,
mit einer Einleitung von F. Lewald.
258. — — Vom Fenster aus. Uebersetzt von
H. Lobedan.
253. 254. **Manzoni, Aless.,** Die Verlobten.
Uebers. und mit einer Einl. von W. Kaden.
Einer der vorzüglichsten histor.-nation.
Romane der Weltlitteratur, der das ital. Leben
im 17. Jahrhundert mit Meisterschaft schildert,
mit einer Wahrheit, einem Farbenreichtum,
der das Geschriebene als Wirklichkeit er-
scheinen läßt.
63. **Misast, Nicola,** Kalabrische Novellen.
Uebers. und eingel. von Wolbemar Kaden.
251. 252. **Petrarcas** Gedichte. I. Sonette und

Jeder Band ist einzeln käuflich.

— 2 Bei Bestellung genügt Angabe der Bandnummer. — 2

auch sein Stre
 kirchl. und se
 160—162. Th
 Ueberf. v. H
 von Joh. P
 Dieses Wer
 Satirikers d. I
 Physiognomi
 drahtlicher Fr

V. Fr

319. Am Glück
 J. L. Devri

215. Balzac,
 Ueberf. v. F
 v. Ferd. Lot
 Ein Haupt
 ist die psychol
 i. d. Zeichnun
 det. Er ist ein
 häufig zum L

219. Chateaub
 Letzte der Ab
 einer Einl. v
 In „Atala
 walde von L
 ist der Dichter
 durch alle Za
 Welt auf die

76. C. Daudet
 Baronin Au

89. France,
 Ueberf. von
 Ein feffel
 tereantes P
 Schule liegt
 dessen Autor
 Klippen der
 vermeiden.

207. 208. Hug
 214. 216. La
 Ueberf. und
 Ein überre
 den Gedanken
 welche im gl
 entgegen.

8. Le Sage,
 einer Einle

213. Merimè
 Ueberf. u. r
 In vorzüg
 zwei Novelle
 um so mehr
 der Stoff zu
 zeit entnom

303. Penrebr
 lein von T

218. Racine,
 Mithridat.
 Das Wor
 nicht wie Ra
 verzichten“, i
 für das vor

Bekanntnisse. Mit
 f. Dr. St. Vorn.
 eloise.
 pla. Ueberf. und
 Otfried Mylius.
 wird das Auf
 selbe bei seinem
 widerstehlich von
 affers angezogen

auf und Virginie.
 in neuer Ueberf.

emoiren. 2 Bde.
 Ferd. Lotheisen.
 nenden Schilde
 taatslebens und
 i nie ihren Wert

ia. Ueberf. von
 l. von St. Vorn.
 t in ihrer paden
 ie Kraft der Cha
 Fortschreiten der
 was die geniale

: Rodin. Episode
 für die Gegen
 in Deutschländer.
 e, Ausgewählte
 von F. Lotheisen.
 Sévigné zeichnen
 d wahres Gefühl
 en Schilderungen
 17. Jahrhundert.
 Onkel Benjamin.
 n R. Saar.
 ch seine Eigenart
 ies Jahrhunderts
 d zu den Werken
 m.

Novellen. Ueberf.

teratur.
 Skizzen aus dem
 n Agn. Burchard.
 A., Malombra.
 von G. Lobedan,
 F. Lewald.
 Ueberfetzt von

Die Verlobten.
 l. von W. Raden.
 n histor.-nation.
 der das ital. Leben
 fterschaft schildert,
 Farbenreichtum,
 Wirklichkeit er-

brische Novellen.
 Woldemar Raden.
 e. I. Sonette und

Inches 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 8

Centimetres 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19

Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

TIFFEN Color Control Patches

© The Tiffen Company, 2007